

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne ober oder unten Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Waffenstillstand.

Die Vertrauensleute der Bergarbeiter des Ruhrbezirks haben am Donnerstag mittag beschlossen, den Streikenden die vorläufige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Der gegen fünf Stimmen gefasste Beschluss lautet:

In Erwägung, daß der Herrschaftspunkt des Streiks für die bergbaulichen Interessen durch diesen Kampf in nächster Zeit noch nicht gebrochen werden kann und die Verlobenigen nach wie vor Verhandlungen mit der Siebener-Kommission ablehnen;

In fernerer Erwägung, daß durch die Weiterführung des Kampfes das gesamte Wirtschaftsleben einer unermesslichen Erschütterung ausgesetzt wäre,

glauben wir an die Opferwilligkeit der Bergarbeiter wie der Gesamtarbeiterschaft keine höheren Anforderungen stellen zu dürfen. Im Hinblick darauf, daß nahezu die gesamte öffentliche Meinung auf Seiten der streikenden Arbeiter steht und die Regierung, gedrängt durch die imposante Kundgebung der Bergarbeiter, im Reichstage bereits Gesetzentwürfe betreffend Arbeitskammern und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angeklündigt sowie die seit mehr als einem Jahrzehnt versprochene Reform der Berggesetzgebung auf das Bestimmteste zugesagt hat, in welcher

1. die Schichtzeit gesetzlich geregelt,
2. das Ueberschichtwesen verboten bzw. eingeschränkt,
3. die Anknappschäfte verbessert,
4. das Wagenmüllern verboten,
5. die vielen und hohen Strafen beseitigt,
6. die Arbeiterausschüsse allgemein eingeführt werden.

Beschließt die Konferenz der Delegierten der vier Verbände, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Sollten die Versprechungen, die man den Bergarbeitern während des Kampfes seitens der Staatsregierung gegeben hat, nicht erfüllt, die Beschwerden unbeachtet, die Mißstände im Bergwerksbetriebe in aller Weise fortbestehen bleiben, dann behält sich die Bergarbeiterschaft vor, so einmütig, wie sie den Kampf geführt, aufs neue wieder den Kampfplatz zu betreten, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erzwingen. Die Bergarbeiter verpflichten sich, die Stärkung ihrer Organisation energisch zu betreiben, um jederzeit für einen neuen Kampf gerüstet zu sein.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen der Konferenz, die in Essen tagte, meldet uns weiter unser E-Korrespondent:

Die Konferenz tagte drei Stunden unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Siebener-Kommission wurde ein Vertrauensvotum ausgestellt. Effert, der Vertreter des christlichen Gewerkschafts, trat für die Aufhebung des Streiks ein. Es sei mehr erzwungen worden, als man habe erwarten können. Für Aufhebung des Streiks traten auch ein Arbeiterssekretär Robert Schmidt namens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und der christliche Arbeiterssekretär Giesberts, Hoffeld, Dortmund und Hartmann, Vertreter des alten Verbandes, sprachen gegen die Aufhebung des Streiks. Hoffeld erklärte, 25 000 Kameraden des Dortmunder Reviers hätten ihn beauftragt, gegen die Aufhebung des Streiks zu sprechen. Niemand wolle anfragen. Sache verweise auf den Mangel an Geld. Ueber eine Million Mark seien zwar für Unterstützungen gezahlt worden, doch sei das noch viel zu wenig für eine einzige Woche. Mehr sei aber nicht aufzutreiben gewesen. Auch Silber Schmidt, der gleichfalls als Gewerkschaftsvertreter antwortend war, rief zur einstweiligen Einstellung des Kampfes.

Es wurde beschlossen, daß die Siebener-Kommission bestehen bleibt, um die Verhandlungen mit der Regierung weiter zu führen und über die Ausführung der Versprechungen der Regierung zu wachen.

Darauf wurde die Resolution angenommen, die sofort in einem Flugblatt allen Bergarbeitern mitgeteilt werden soll. Außerdem sind für den Abend eine große Zahl Bergarbeiter-Versammlungen einberufen, denen die Beschlüsse der Revierkonferenz unterbreitet und zur Annahme empfohlen werden sollen.

Effert schloß die Verhandlungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Einigkeit der Verbände. Unter den zahlreich vor dem Versammlungsort versammelten Bergarbeitern machte sich, als der Beschluss bekannt wurde, zunächst eine starke Erbitterung bemerkbar.

Wir verstehen die Erbitterung der Massen sehr wohl, hoffen aber nichtsdestoweniger, daß in den Versammlungen des Abends die Disziplin über den Zorn siegen wird.

Aufgehoben ist nicht aufgehoben, so sagte Silber Schmidt, der Vertreter der Gewerkschaften bei den Verhandlungen, als er zur einstweiligen Einstellung des offenen Kampfes rief. Das sagt auch die Resolution. Die Vertrauensleute der Bergarbeiter sehen ein, daß sie das vereinigte Grubenkapital noch nicht unmittelbar zu Zugeständnissen zwingen können; darum verlassen sie vorläufig das offene Kampffeld, um die Reiben der Kämpfer zuvor noch dichter zu schließen, ihre Waffen wirksamer zu gestalten und aus's neue zum Angriff vorzugehen, wenn die Zeit gekommen ist.

Ein organisierter Rückzug, wenn man die Unmöglichkeit eines sofortigen und unmittelbaren Erfolges einsieht, ist ein Akt der Klugheit. Er ist schwieriger durchzuführen, als der Angriff, aber wenn er gelingt, dann ist gerade dies ein Beweis der Stärke der Arbeiterorganisation, weil sich in ihm die Macht der Disziplin sinnfällig ausdrückt. Gelingt er so, wie wir es hoffen, dann wird gerade dies den Unternehmern zeigen, welche Macht die Organisation besitzt, und sie werden dann nicht mehr das Argument verwenden können, daß ihnen eine schwache Organisation keine Gewähr böte für die Einhaltung etwaiger gemeinsamer Verabredungen über die Gestaltung des Arbeitsvertrages.

Das disziplinierte Abbrechen des Kampfes nach kurzer Dauer, wenn er zunächst keine günstigeren Chancen bietet, ist

eine Form des Klassenkampfes, die noch erst in wenigen Fällen angewandt worden ist, die aber ganz besonders aussichtsreich scheint. Welche Stärke, welche Ruhe und Ueberlegung, welche kluge Haushaltung mit den vorhandenen Kräften zeigt sich darin. Eine Arbeitermasse, die durch wahrwichtige Profitgier eines übermühtigen Unternehmerindikats zur hellen Empörung getrieben ist, greift zum Kampfe, um zu prüfen, was sie durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft dem mächtigen Gegner, dem starken Herrn abgewinnen kann. Nachdem sie ihre Kräfte geprüft und sich noch zu schwach befunden hat, kehrt sie, anstatt sich der Vernichtung auszugeben, mit überlegener Klugheit, mit ungebrochener Kraft wieder zur Arbeit zurück, um einstmals mit vermehrter Kraft den vertagten Kampf wieder aufzunehmen. In dieser Taktik, wenn sie erfolgreich durchgeführt werden kann, liegt eine solche Kraft, daß man von ihr geradezu sagen kann, ihr gehöre die Zukunft.

Begonnen hat der vorläufige Rückzug der organisierten Bergarbeiter unter den besten Ansichten. Die erfreuliche Einigkeit der vier Arbeiterorganisationen ist ungebrochen; ihre gemeinsame Vertretung, die Siebenerkommission, bleibt bestehen und wird auch während des Waffenstillstandes die Interessen der Arbeiter gegen den gemeinsamen Gegner wahrnehmen. Das ist ein Erfolg für die Arbeiter, der den Unternehmern wohl zu denken geben wird. Saugt doch der Klassenstaat unter der Herrschaft des entwickelten Kapitalismus einen wesentlichen Teil seiner Macht aus der mangelhaften Ausrüstung und der Uneinigkeit der Arbeiter. Einer einzigen, von einem Willen beseelten, einem klar erkannten Ziele zustrebenden Arbeiterklasse kann der kapitalistische Klassenstaat auf die Dauer nicht widerstehen. Mögen die Massen dem klugen Rate und dem guten Beispiele ihrer Führer folgen. Der Lohn wird ihnen sicher sein.

Zunächst ist es nun an der Regierung, das Vertrauen, das die Bergarbeiter in ihre Versprechungen setzt, zu rechtfertigen, ihr versprochenes Wort einzulösen und die von ihr selbst als dringenden bezeichneten gesetzlichen Reformen herbeizuführen. Die Bergarbeiter haben ihr gezeigt, daß sie bei ihnen noch etwas zu verlieren hat. Sie wird hoffentlich nicht im Zweifel darüber sein, daß nun aber auch die Zeit der bloßen Versprechungen vorüber ist. Will sie eine ruhige, gesunde Fortentwicklung, dann wird sie an ihrem Teile dafür sorgen, daß wenigstens die bescheidenen Forderungen erfüllt werden, die die Bergarbeiter jetzt an die Gesetzgebung stellen. Das Beispiel Rußlands zeigt jedem, der sehen kann, daß auch die äußerlich stärkste Staatsmacht auf lönernen Füßen ruht, wenn sie sich beharrlich den Forderungen der Zeit verschließt. Keine Staatsmacht kann auf die Dauer gegen den organisierten Willen des Volkes bestehen.

Es ist der Unterschied in der politischen Entwicklung beider Staaten, der den Unterschied in der Austragung der Kämpfe bedingt, wie er sich zurzeit zwischen den Kämpfen in Rußland und denen im deutschen Reiche zeigt. Aber nicht dieser Unterschied allein. Die Stärke der Erschütterung, die ein solcher Kampf herbeiführt, wird auch bedingt durch die Spannung zwischen den aus der wirtschaftlichen Entwicklung geborenen Anforderungen an politische Einrichtungen und den tatsächlich bestehenden Einrichtungen. Es hängt also von der Einsicht der Regierenden ab, von ihrer Erkenntnis des zurzeit auf einer gegebenen Entwicklungsstufe politisch Notwendigen, in welchen Formen sich der Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen abspielen wird. Der bisherige Kampf der Bergarbeiter hat die Form des geordneten gewerkschaftlichen Kampfes nicht verlassen. Trotzdem war er eine schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens, und dies haben die herrschenden Parteien und ihre Regierung in Gemeinschaft mit dem Kohlenindikat verschuldet. Hätten sie früher den auf die Dauer unabwiesbaren Forderungen der Bergarbeiter nachgegeben, dann wäre auch dieser Kampf vermieden worden. Je länger man aber nunmehr zögert, zu tun, was längst getan werden mußte, um so stürmischer werden die Vergleute ihre Forderungen geltend machen. Und die Forderungen werden nicht geringer, wenn sie unerfüllt bleiben. Geboren aus der wirtschaftlichen Entwicklung, müssen und werden sie wachsen mit deren Fortschreiten. Allmähliches rechtzeitiges Nachgeben gegen die Forderungen, die aus der Natur der Entwicklung notwendig erwachsen, bedingt den friedlichen Fortschritt, starres Festhalten am Veralteten, unmöglich Gewordenen gebiert den Kampf.

Es ist in diesen Tagen des Streikkampfes viel gemurmelt worden, daß am Ende der „Radikalismus“ den Vorteil davon haben werde. Wenn man „Radikalismus“ für politischen Fortschritt setzt, dann ist das unbedingt richtig. Den hält keine Macht auf die Dauer auf. Versteht man aber unter Radikalismus die Form des Kampfes um den politischen Fortschritt, dann liegt es allein in den Händen der herrschenden Klasse, dem „Radikalismus“ das Wasser abzugraben.

Die Bergarbeiter haben nunmehr der Regierung und den herrschenden politischen Parteien ihr Schicksal in die Hand gegeben. Das heißt das Schicksal der Regierung und der herrschenden Parteien; nicht das der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter halten ihr Schicksal in ihrer eigenen Hand, und auch Regierung und herrschende Parteien halten das ihre in ihrer eigenen Hand. Verstehen diese die Wohnung der letzten Ereignisse, und tun sie mit Klugheit, was die Notwendigkeit gebietet, dann handeln sie nur zu ihrem eigenen Vorteil. Wir harren ihrer Taten!

Ueber die Aufnahme des Beschlusses der Revierkonferenz in den Versammlungen meldet uns unser E-Korrespondent:

In Essen fanden soeben zwei außerordentlich stark besuchte Bergarbeiterversammlungen statt. In beiden Versammlungen wurde einstimmig beschlossen, im Kampfe zu verharrten und nicht wieder anzufahren. In B o r e d fand ebenfalls eine Versammlung statt, die auch beschloß, der Parole zur Aufhebung des Generallstreiks nicht zu folgen, sondern nach wie vor im Kampfe zu verharrten.

Wir hoffen trotzdem, daß die Vergleute, so schwer es ihnen auch zunächst ankommen mag, nach einiger Ueberlegung im Interesse der Disziplin und der Organisation und damit in ihrem eigenen Interesse dem Rate der Führer geschlossen folgen werden. Eine Zersplitterung würde nur den Kohlenbaronen Freude machen.

Ein Vorspiel.

Mit dem Bergarbeiter-Streik beschäftigte sich am Donnerstag der Deutsche Landwirtschaftsrat. Es stand eine Resolution über die Stellung des Staates zum Kohlenbergbau zur Debatte. Diese Resolution, die schließlich angenommen wurde, spricht sich gegen die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues aus. Sie verlangt die Verstaatlichung nur insoweit, daß er in Notfällen den Eisenbahnverkehr aufrechterhalten und allgemein auf die Festsetzung der Preise und die sonstigen den Betrieb des Kohlenbergbaues betreffenden Einrichtungen ausschlaggebend einwirken kann.

Unter diesen Gesichtspunkten sprach man sich in der Debatte allgemein gegen eine Verringerung der Berggesetzgebung im gegenseitigen Augenblicke aus. Das bedeutet aus dem Agrarischen in gewöhnlichen Deutsch überseht, daß man der Verringerung der Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter nicht zustimmt. Offen sprach das der konservative preussische Landtags-Abgeordnete v. Grifa aus, indem er sagte:

Wir haben die berechtigte Besorgnis, daß die preussische Staatsregierung die jetzige Bewegung im Ruhrgebiet dazu benutzen wird, um dem Landtage eine Gesetzesvorlage zu machen. Sie muß jedoch mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Vorlage nicht durchgeht.

Sehr nett ist die Wendung, daß die Konservativen die „berechtigte Besorgnis“ haben, die Regierung werde eine Vorlage zugunsten der Arbeiter machen. Das zu einer Zeit, wo sich die Regierung bereits öffentlich in aller Form verpflichtet hat, binnen wenigen Tagen eine Novelle zum Berggesetz einzubringen. Es ist darin der Rat an die Regierung enthalten, ihr Versprechen lieber nicht einzulösen, da ihr eine Niederlage gewiß sei.

Die Forderungen der Bergarbeiter an die Gesetzgebung.

Die Siebener-Kommission hat dem Reichstages die ihm telegraphisch angeklündigte Eingabe überreicht. Ueber ihren Inhalt meldet W. L. B., die Kommission spreche darin ihr Bedauern darüber aus, daß die preussische Regierung einer reichsgesetzlichen Regelung der Berggesetzgebung nicht zustimme, und um Aufnahme folgender Punkte in das preussische Berggesetz bittet:

1. In allen Steinkohlen-Bergwerken tritt vom 1. April 1906 ab eine Höchstdauer der Schicht von 8 1/2 Stunden, vom 1. Januar 1907 ab von 8 Stunden ein. Vor zu heißen Arbeitsorten und an solchen von mehr als 28 Grad Celsius ist die Dauer der Schicht auf höchstens 6 Stunden festzusetzen. Die Schichtzeiten verstehen sich für alle Grubenarbeiter vom Beginn der Anfahrt des einzelnen Mannes bis zu Beginn seiner Ausfahrt (Seilfahrt).

2. Verbot aller Ueberschichten und Sonntagsarbeiten. Es sind solche nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen oder Schachtopparaturen zulässig. Haben im Sommer wegen Mangel an Absatz Feiertagsarbeiten eingelegt werden müssen, so kann die betreffende Zeche dieselben im Winter wieder nachholen lassen. Mehr als zwei Schichten dürfen im Monat jedoch nicht nachgeholt werden und auch Doppelschichten dürfen dabei nicht gemacht werden.

3. Verbot des Wagenmüllerns. So Wagenkontrollreue von der Belegschaft gewählt werden, dürfen denselben Schwierigkeiten seitens der Zechenverwaltung nicht gemacht werden. Auch müssen die Kontrollreue seitens der Zechenverwaltung genau wie Belegschaftsmitglieder anerkannt werden, deren Rechte ihnen verbleiben. Den Lohn des Wagenkontrollreue zahlt die Zeche verlagsweise aus und zieht ihn der Belegschaft am Lohnstage ab.

4. Auf jeder Zeche mit über 30 Mann Belegschaft wird innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein aus geheimer Wahl hervorgegangener Arbeiterausschuss eingesetzt. — Wahlberechtigt ist jedes großjährige Belegschaftsmitglied. Wählbar ist jeder Arbeiter, der über ein Jahr auf der Zeche gearbeitet und über 25 Jahre alt ist. — Arbeiterausschüsse sollen nicht nur alle Beschwerden und Mißstände bei der Verwaltung vorbringen, sondern haben auch die Grube mit zu kontrollieren, die Unterstützungs-kasse zu verwalten, sofern zu letzterer nicht besonders ein aus geheimer Wahl hervorgegangenes Arbeiterkomitee vorhanden ist.

5. Strafen dürfen erstmalig 50 Pf. nicht überschreiten. Die höchste Strafe für ein Vergehen darf nicht höher als die Hälfte des täglichen Durchschnittslohnes des betreffenden Arbeiters sein. Die Gesamtstrafe für verschiedene Vergehen darf in einem Monat höchstens 4 Mark betragen. Bei Verhängen von Strafen, die höher als eine Mark sind, ist der Arbeiterausschuss erst zu hören.

6. Die Reform des Anknappschäftenswesens bitten wir dringend so zu gestalten, wie es in den beiden Petitionen verlangt wurde, welche der christliche Gewerksverein und der Verband deutscher Bergarbeiter im März 1901 an das königliche Staatsministerium für Handel und Gewerbe und an das Haus der Abgeordneten abgegeben und die bis heute noch nicht erledigt sind. Diese Punkte unserer Forderungen haben ja in dem Regierungsentwurf zu Artikel 7 des Berggesetzes, welcher im Oktober 1903 veröffentlicht, aber noch nicht erledigt wurde, Aufnahme gefunden. Wir bitten dringend, daß auch unsere übrigen Forderungen bei der bevorstehenden Gesetzesänderung Berücksichtigung finden. Wir verweisen dabei auf die Begleitendung in den genannten Petitionen.

Zur Maßregelungsfrage.

Das wir in unseren gestrigen Betrachtungen sagten über das dem Agenten des evangelischen Arbeitervereins angeblich zugehende

Versprechen Kirddorf, keine Maßregelungen vorzunehmen, wird fast Wort für Wort bestätigt durch die in später Nachtstunde eingegangene eigene Erklärung Kirddorf, die wir noch unter den letzten Nachrichten der gestrigen Nummer verzeichnen konnten. Danach hat der Agent des evangelischen Arbeitervereins überhaupt nicht mit Herrn Kirddorf gesprochen. Und der Herr, mit dem der Agent gesprochen hat, hat auch keineswegs versprochen, Maßregelungen zu unterlassen, sondern er hat ausdrücklich erklärt, „Herr“ müssten aus der Verlagschaft entfernt werden. Bei der bekannten Auffassung der Herren Unternehmer, die jeden Vertreter von Arbeiterforderungen als Heizer ansehen, ist das die ausdrückliche Erklärung, daß Maßregelungen stattfinden würden, also das gerade Gegenteil dessen, was der evangelische Arbeiterverein durch seinen Agenten Fischer der Öffentlichkeit mitgeteilt hat. Und da Herr Kirddorf erklärt, daß Fischer diesen Standpunkt des Unternehmers als durchaus berechtigt anerkannt hat, so hat Herr Fischer wider besseres Wissen seine Behauptung aufgestellt, somit also die Öffentlichkeit dreist angelogen.

Und zum Ueberflus fügt Herr Kirddorf noch hinzu, daß die von seinem Vertreter abgegebenen Erklärungen natürlich nicht für andere Unternehmer, sondern nur für die Gelsenkirchener Aktiengesellschaft abgegeben wurden, so daß diese nicht im geringsten behindert sind, Maßregelungen nicht nur an sogenannten Hezern, sondern nach Belieben vorzunehmen, um „Exempel zu statuieren“.

Die „Vossische Zeitung“ ließ sich bekanntlich vor einigen Tagen die aus müssiger Phantasie geborene Meldung machen, Effert, der Führer des christlichen Gewerksvereins, hätte erklärt, gegen die Maßregelung rabiaten Elemente habe er nichts einzuwenden. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird heute in aller Form erklärt, daß Effert niemals eine derartige Äußerung getan hat, der Berichterstatter der „Vossischen“ habe das frei erfunden.

Weder den Bergarbeiter-Unterstützungsversuch der Stadtverordneten in Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Der Antrag der Demokraten lautete:

„Je größer die nationale Bedeutung des Bergarbeiterstreiks im westfälischen Kohlenrevier erscheint, umso wichtiger ist es, daß die Regelung nicht durch die Notlage der Arbeiter überfordert, sondern in einer die Arbeiterinteressen und diejenigen der Allgemeinheit sicherstellenden Weise erfolgt. Es ist dies nur angängig, wenn neben den von Privaten bewilligten Zuschüssen auch die Kommunen helfend eingreifen. Ohne daß die städtischen Behörden als solche zu der Frage selbst Stellung nehmen, ist die Gewährung einer angemessenen Summe allein schon durch die traurige Lage der Arbeiterfamilien angezogen. Die Unterzeichneten beantragen deshalb, den Magistrat zu ersuchen, den Betrag von 15 000 Mark für Unterstützung der Familien der ausständigen Bergarbeiter im westfälischen Kohlenrevier zu bewilligen und abzuführen.“

Geteilt wurde die Summe, aber abgelehnt wurde sie noch nicht werden. Denn namens des Magistrats erklärte der Oberbürgermeister Widies, daß er es grundsätzlich ablehne, sich in derartige politische Angelegenheiten zu mischen. Dementsprechend wird er auch dem Beschluß nicht beitreten. Die Bergarbeiter brauchen sich also keine Hoffnung auf die 15 000 Mark zu machen. Wegen den Antrag stimmten nur die Nationalliberalen aus den vom Oberbürgermeister dargelegten Gründen. Von den Mittelständlern war beantragt worden, 30 000 Mark zu geben, und die drei Sozialdemokraten beantragten gar 50 000 Mark zu geben. Diese beiden Anträge wurden von der demokratisch-nationalliberalen Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde ein anderer sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem der Magistrat aufgefordert wird, bei der Regierung dahin zu wirken, daß durch reichsgesetzliche Maßnahmen die Angst der Grubenbarone eingeschränkt wird. Aber auch diesem Beschluß wird der Magistrat kaum entsprechen. Dazu ist Herr Widies viel zu großkapitalistisch-regierungstreu geneigt.

Der Wert der staatlichen Grubenkontrolle.

Unser Wochener Parteiblatt ist in der Lage, folgenden Brief zu veröffentlichen:

Alienengesellschaft „Nordstern“,
Steinlohlen-Bergwerk Jeche „Holland“,
Herrn Steiger Keilmann.
Morgen früh kommt in Revier 8 hoher Besuch, Herr Bergassessor Hermann, Bergassessor Dilling und noch einige Herren. Da, wie ich erfahre, Steiger Keilmann krank ist, so müssen Sie heute nicht drin bleiben und in erster Linie die Jahrsüberhauen in „Katharina“ und „Elise“ 4 und 5, Abbau in beste Ordnung setzen. Ebenfalls müssen die Querschläge 4-5, Abbau 4, Sohle tadellos sein. Ich denke, die Herren haben am besten dort herunter. Im anderen Falle den Fahrweg (Elise) herunter zum 1. Ausbruch mit im Auge behalten.
Arens, Fahrsteiger.

Rißhandlungen Streikender durch Arbeitswille.

Ein größerer Trupp Arbeitswille, schon in der Nähe der Jeche „Viktor“ in Nauvel auf einige Ordner. Der Streikende Janzen erhielt drei Revolverkugeln und wurde in den Genatinal getrieben. Der Streikende Andre, der ebenfalls in den Kanal getrieben wurde, ist durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt.

Der Ausstand in Oberschlesien.

Kattowitz, 9. Februar. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Auf den Gruben „Emma“, „Charlotte“, „Leo“, „Römer“ des Mybniter Bezirks streiken seit gestern sämtliche, auf „Hoyngrube“ ein Teil der Bergleute.

Weitere Meldungen besagen, daß auch auf der „Glückhülfs“- und „Friedenshoffnungsgrube“ 141 streiken. Im ganzen sollen im Rattwitzer Bezirk 3108 Mann streiken.

Im Waldenburger Bezirk fehlten in der Nachmittags zum 8. sowie in der darauffolgenden Früh- und Mittagschicht auf der Konf. „Karl Georg Vitorgrube“ von 2358 Mann 1047, auf der „Komb. Gustafgrube“ von 1118 Mann 649, auf der „Abendrotgrube“ von 1081 Mann 24. Neu in den Ausstand trat die Verlagschaft der Schweißerschächte des Steinlohlenbergwerks „Ver. Glückhülfs-Friedenshoffnung“ zu Hermsdorf, und zwar saßen von 1913 Mann nur 312 an.

Der allgemeine Ausstand in Belgien.

Brüssel, 9. Februar. (B. T. V.) Im Westen von Charleroi streiken heute 26 000 Mann, das sind zwei Drittel des Grubenarbeiterbestandes. Im Dornage, wo ebenfalls 26 000 Mann streiken, ist der Ausstand allgemein. Der Ausschuß der Landesbergarbeiterverbände hielt heute in Charleroi eine Beratung ab und beschloß ein Manifest zu erlassen, in welchem mitgeteilt wird, daß sich bereits 80 000 Bergleute im Ausstand befinden. Die Kundgebung appelliert an die Solidarität der übrigen Grubenarbeiter und fordert dieselben auf, ebenfalls in den Ausstand zu treten und ruhig zu bleiben. Der Ausschuß beschloß ferner, eine aus fünf Mitgliedern bestehende Abordnung an den Arbeitsminister zu senden, um seine Vermittlung anzurufen.

Die Gesamtzahl der belgischen Bergarbeiter beträgt 134 000.

Wucher-Ernte.

Am bringt die Reichstagsmehrheit des Budgetarises die reiche Ernte in die Scheuern. Was als Zufahrtwürfe zu den Handelsverträgen zur Beratung steht, enthält die gewaltige Beute, die Junkertum und Trust-Industrien aus der deutschen Arbeit davonzutragen sollen. Wohl hat die schwachbille Wucherpolitik zu erheblichem Teil den 16. Juni-Sieg der Sozialdemokratie herbeigeführt, aber jene Kardorff-Mehrheit konnte gleichwohl nicht beseitigt werden und heimt nun froh aufatmend ein, was dem Volke geraubt wird. Die Folgen dieser neuen handelspolitischen Vera aber werden neue Hunderttausende befehlen, was sie sich geschaffen, indem sie Männer in den Reichstag sandten, die bereit sind zu Handelsverträgen, die nur diesen Namen haben, aber dem Handel und der Industrie die schwersten Wunden schlagen und an der Arbeiterklasse, an allen

Unbemittelten des deutschen Volkes eine schamlose Plünderung begeben.

Ein parlamentarischer Kampf, dessen Ausgang feststeht, kann nicht die Erregungen herbeiführen, die eine unentschiedene politische Frage von großer Bedeutung auslöst. Die Annahme der Verträge ist gewiß und es kann der Opposition nur die Pflicht obliegen, nochmals die Unfähigkeit dieser Politik zusammenfassend vorzuführen und die Pländerer dem Urteil des Volkes preiszugeben. Zwischen den Jollpartei und den Regierungen aber ist von ernstlichen Gegenfragen keine Rede. Die Klassen, welche durch die Jollpolitik ihre wirtschaftliche Bereicherung betreiben, haben die Regierung völlig in ihre Hände gebracht und Graf Válo hat für die Magnaten des Großgrundbesitzes und für die Gewaltigen des lastverteilten Industriekapitals alles getan, was eine Regierung tun kann, die das Gemeinwohl nicht sieht. Er, der „moderne Staatsmann“, der im Anbeginn seiner Kanzlerschaft schwankte, wohin er sich wenden sollte, ist völlig vom agrarischen Winde eingefangen. Da er am Mittwoch im deutschen Landwirtschaftsrat den Erfolg seiner handelspolitischen Bemühungen pries, zeigte er, wie völlig er nun an diesen Kreis der „Geldherrscher der Nation“ akklimatisiert ist. Wohl versuchte er dort abzuweichen, daß die Industrie „unerträgliche Opfer“ bringen müsse — Opfer scheint er also selbst zuzugestehen —, aber als Haupterfolg seiner Bemühungen erklärte er, daß die Regierung „die deutsche Landwirtschaft wieder aus dem Größten herausgehauen habe“. Gern hätte er noch weitere Vergünstigungen für die Landwirtschaft erzielt, und für die Zukunft verpflichtet er sich bereits zu neuen Dienstleistungen für die Landwirtschaft. „Die Landwirtschaft“ — das ist das Lösungswort, unter dem die Regierung sowie die Mehrheit des Reichstages die neuen Zollhöchungen vor dem Volke zu entschuldigen trachten. „Die Landwirtschaft“ und ihre Bedürfnisse sagt man, die Interessen der großen und größten Grundbesitzer sind gemeint und werden bedient.

Der erste Beratungstag der Vorlage zeigte das Reichshaus anfänglich besetzt. Auch die Zuschauertribünen waren überfüllt. Und auf den Bundesratsbänken waren nicht nur preussische Minister, unter Heberwindung sonstiger Reichstagsmänner, reichlich erschienen — man sah u. a. das wohlkürrierte Schädelchen des Ministers Rheinbaben neben dem weinroten Antlitz Pöbdielskis —, sondern auch eine zahlreiche Schar aus den mittleren und süddeutschen Staaten, Vertreter der Regierungen, welche die Interessen ihrer Länder dem ostelbischen Junkertum und der westfälischen Industriegewalt bis zur Uneigentlichkeit aufgeopfert haben.

Es kamen am ersten Tage bereits Redner aller entscheidenden Parteien zu Wort und es zeigte sich, wie nicht anders erwartet werden konnte, daß in der Stellung der Parteien seit den Dezembertagen von 1902 keine Veränderung eingetreten ist. Zentrum, Konfessionale und Nationalliberale sind bereit, den Verträgen wider den Handel zuzustimmen, die Sozialdemokratie ist seit je entschlossen, das volksfeindliche Werk zurückzuweisen und die freisinnigen Gruppen scheinen nach längeren schwierigen Auseinandersetzungen gleichfalls zur Ablehnung zu gelangen.

Für das Zentrum sprach der Herr Old des Budgetarises. Er erklärte zwar, daß seine Partei in einer Kommissionsberatung über verschiedene „dunkle Punkte“ Auskunft wünsche und danach erst endgültige Stellung nehmen werde. Doch seine freundliche Zustimmung zu dem allgemeinen Charakter der neuen Verträge zeigt, daß die Kommissionsberatung für das Zentrum keine andere Bedeutung hat, als die Regierung weiterhin, insbesondere bezüglich der Regelung der Handelsbeziehungen zu den übrigen Staaten, mit denen bisher Verträge nicht bestehen, agrarisch zu beseligen. Herr Herold erklärte an, daß „die Landwirtschaft“ durch die neuen Verträge „erheblich besser gestellt“ werde, und der Industrie suchte er den Trost zu spenden, daß sie „verhältnismäßig auch nicht schlecht“ fahren werde. Er bedauerte, daß nicht noch mehr für die Landwirtschaft heraus gewirtschaftet sei. Er hätte gewünscht, daß u. a. auch Kefel, Pflaumen und sonstige Obstarten eine erhebliche Verteuerung erfahren würden. Selbst diejenigen Arbeiter, die dem Zentrum noch immer blind gefolgt, werden an den Wirkungen seiner industriefeindlichen Politik erfahren, welche Interessen diese Partei in Wahrheit vertritt.

Nach dem Zentrumredner sprach für die Sozialdemokratie Genosse Bernstein. Er schilderte in sachlicher Darstellung die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens in Verfolg der Caprivischen Handelsverträge und zeigte, daß die Handelspolitik, welche jetzt eingeschlagen wird, den völligen Bruch mit der damaligen Regierungspolitik bedeutet, welche vom deutschen Kaiser als rettende Tat gefeiert wurde. Unser Redner zeigte vor allem die schweren Schädigungen, welche große Teile der verarbeitenden Industrien, insbesondere der Exportindustrien durch die neuen Verträge erfahren werden, ferner die Wirkungen, welche die Behinderung und Einschränkung der Industrie nicht nur auf die industrielle, sondern auch die Kleinbäuerliche und landarbeiterliche Bevölkerung ausüben muß, welche durch die Verminderung der Kaufkraft der industriellen Arbeiterklasse im Abfall ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse betroffen wird. Unser Redner stellte dem Interesse der herrschenden Klassen das Interesse der arbeitenden Volks entgegen und zeigte, welchen schweren Gefahren, welchen Not- und Hungererpreien das deutsche Volk unter dem System der hochgestiegenen Zölle entgegensteht, sofern eine ungünstige wirtschaftliche Konjunktur oder Missernten eintreten. Auf die Mehrheitspartei warf er die Verantwortung für die zu erwartende Verlangsamung der deutschen industriellen und kommerziellen Entwicklung und für die verdrängerische Herabsetzung der Lebenslage gerade der armen und ärmsten Schichten des Volkes.

Als darauf Graf Vosadowsky das Wort ergriff, durfte erwartet werden, daß er, der fleißigste Arbeiter des Jollwerkes, eine gründlichere und sachliche Rechtfertigung unternehmen würde und durch würdigere Auffassung der Regierungsaufgabe die Gemeinplätze vergessen zu machen trachten würde, die der Reichskanzler in seinem Einführungsmonolog zusammengetragen hatte. Doch auch Graf Vosadowsky scheint eine geistige Bemühung um das gesicherte Wort nicht mehr für nötig zu halten. Zunächst verbreitete er sich pathetisch über die großen technischen Schwierigkeiten, die solches Vertragswerk bringt. Dann offenbarte er dem willigen Laienverständnis, daß die neuen Bestimmungen nicht einen grundstürzenden Umwälzung bedeuten, weil ein großer Teil der Vertragsfüge gleich bleibt. Zur Begründung der agrarischen Zollhöchungen aber vollbrachte er Ausführungen, die irgend ein konservativer Dudenmann über die Not der Landwirtschaft und ihr Recht auf Hilfe zu leisten befähigt ist. Gleich einem Landwirtschaftsbüchler rief er: Entweder werde die Landwirtschaft preisgegeben oder der Jollschuß müsse erhöht werden. Und in der Wüste des Nichtwissenden entrüstete er sich: Ob man denn den Landwirt mit Verlust arbeiten lassen wolle; von keinem Gewerbe können die Konsumenten fordern, daß es mit Schäden verlaufe; die Landwirtschaft habe das Recht, ihr Betriebskapital normal zu verzinzen und den Betriebsleiter standesgemäß zu bezahlen. Als ob Graf Vosadowsky nicht wüßte, daß die „Not der Landwirtschaft“, soweit sie im Großgrundbesitz existiert, nicht durch das Sinken der Getreidepreise auf dem Weltmarkt, das durch die gewaltig gestiegene Intensität der landwirtschaftlichen Arbeit mindestens weit gemacht wird, verursacht ist, sondern durch das rapide Steigen der Grundrente. Der

Staatsmann Vosadowsky müdet dem schaffenden Volk zu, durch seine Arbeit eine Klasse zu erhalten, welche immer unfähiger wird, das Land, das sie sich angeeignet, zu bebauen, eine Klasse, die dazu die brutalste Vergewaltigung alles politischen Fortschritts, aller Volksrechte betreibt. Wenn es aber wahr ist, daß der Großgrundbesitz ohne Zollhöchungen nicht existieren kann, so ist ihm damit das Todesurteil gesprochen, so mag diese Junkerkasse von der Schandbühne verschwinden — zum Heile des ganzen deutschen Vaterlandes.

Für die Nationalliberalen erklärte der Abgeordnete Sieg die begeisterte Zustimmung seiner Partei zu den Verträgen, er hält nicht einmal Kommissionsberatung für erforderlich. Die Forderung des nationalliberalen Agrarierturns beendete er durch das löbliche Wort: der Reichstag solle sich nun wieder großen Aufgaben zuwenden, da handle es sich aber nicht um materielle Interessen, sondern um die Lösung der sozialen Frage. Dieser interessante Nationalliberalismus beginnt die Lösung der sozialen Frage durch die künstliche Bereicherung des Reiches und die gewalttätige Verleerung aller Lebensmittel des Volkes. Herr Kaempff von der freisinnigen Volkspartei kritisierte die Vorlage eindringlich, wenn auch etwas allzu exportindustriell, und zeigte vornehmlich die zu erwartende Schädigung zahlreicher Industriezweige.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Donnerstag in zweiter Lesung den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung und bewilligte schon nach einigen Stunden dem Minister Müller sein Gehalt. Die vorausgegangene Debatte verlief von Anfang an in Einzelheiten. Mit dem geplanten Landesgewerbeamt, das zum ersten Mal im Etat erscheint und dem als Ergänzung dazu gedachten ständigen Beirat erklärten sich die Redner aller Parteien einverstanden. Ebenso waren alle einig darin, daß das Handwerk gefördert werden müsse; nur über die Mittel und Wege gingen die Ansichten auseinander. Die einen, unter Führung der Herren Felisch (L.) und Euler (Z.) verlangten, wie alljährlich, die Einführung des Befähigungsnachweises, während man von anderer Seite durch Fachschulen, Meisterkurse u. dgl. den Untergang des Handwerks aufzuhalten glaubt. So unterhielt man sich stundenlang in der oberflächlichsten Weise, ohne daß ein Redner auch nur den Versuch gemacht hätte, die Ursachen des Niedergangs des Handwerks zu erschöpfen. Zwischenredner pries der freisinnige Abgeordnete Newoldt sein allerneuestes unfehlbares Mittel zur völligen Ausrottung der Sozialdemokratie an; es besteht in der Einrichtung eines Rechtsberatungs-Bureaus für das Handwerk. Dadurch wird nach Ansicht des geistreichen Erfinders der „sozialdemokratischen Vergiftung“ entgegengetreten, denn die Sozialdemokraten erteilen heute auch solchen Leuten, die ihr nicht angehören, Rechtschutz und gewinnen auf diese Weise Anhänger. Hoffentlich leistet die preussische Regierung dieser Anregung Folge; wir sind überzeugt, die Zahl der sozialdemokratischen Wähler wird dann mit einem Schlag um eine Million oder noch mehr abnehmen.

Unterbrochen wurde die eintönige Debatte durch den konservativen Minister Herr Hamer aus Zehlendorf, das enfant terrible seiner Partei, der sich für irgend einen seiner Wähler verwandt hatte und wie es scheint, infolge seines zu feinen Auftretens aus dem Ministerium herauskomplimentiert ist. Darüber beschwerte er sich. Die Folge war, daß die Regierungsvorrede ihn wie einen Schulbuben abkanzeln; seine Freunde kamen ihm nicht zu Hilfe, sondern wandten sich demonstrativ von ihm ab.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Dann folgt die Beratung des Budgetarises.

Ein vereiteltes Fest. Einen höchst seltsamen, für unsere Zustände sehr charakteristischen Nachruf widmete „Reichsanzeiger“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dem Maler Adolf Menzel. Der Tod wird hier fast wie eine Privatangelegenheit des Kaisers behandelt. Auf den wenigen leeren Seiten findet man dreimal den Hinweis auf Wilhelm II. Und fast scheint es so, als ob der offizielle Leichenredner weniger über den Tod des Künstlers klagt, als darüber, daß er gerade vor seinem 90. Geburtstag gestorben ist und darum ein vielleicht bereits vorbereitetes Fest mühsch verhindert hat. Man lese dieses Meisterstück aus Ohnzang:

„Mit dem heute eingetretenen Tode des Altmeisters Adolf v. Menzel hat ein selten reiches und geeignetes Künstlerleben seinen Abschluß gefunden. Mit dem ganzen Vaterlande, ja der gebildeten Welt, steht Seine Majestät der Kaiser und König an der Waise dieses bewundernswürdigen Greises, dessen geniale Kunst mit Vorliebe der Verherrlichung des preussischen Ruhmes gewidmet war, und dessen Meisterhand es verstanden hat, den großen König und seine Helden dem Bewußtsein und der Bewunderung der Nachlebenden wieder lebendig zu machen. Einen Schatz der altpreussischen Lebenserfahrungen verdankt namentlich auch die Armer dieser Wiederbelebung jener kriegerischen Gestalten aus großer Zeit, deren fühne und harle Eigenart Menzels Stift mit wunderbarer Schärfe zum Ausdruck gebracht hat.“

Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, den nahe bevorstehenden Abschluß des neunzigsten Lebensjahres zu begehen, zu dessen Feier sein dankbarer König ihm neue Ehrungen zugehacht hatte. Ein sanfter Tod hat dem unerlässlich Schaffenden den Stift aus der Hand genommen. Sein Ruhm wird fortleben, solange es Deutsche gibt, und die Dankbarkeit seines Königs folgt ihm über das Grab.“

Wozu heiläufig zu bemerken ist, daß die friederizianischen Reigungen Menzels in einer Zeit wurzeln, da der bürgerliche Liberalismus in der Verherrlichung Friedrichs II. das Mittel sah, um die reaktionäre, miederische Romantik Friedrichs Wilhelm IV. zu bekämpfen. Dieser Kultus war oppositionell, nicht byzantinisch! Das sollte doch schließlich selbst der „Reichsanzeiger“ wissen! —

Neue Gesezgeber. Durch königliche Erlasse vom 27. Januar d. J. sind in das Herrenhaus berufen worden unter Verleihung erblichen Rechts: 1. der Fideikommißbesitzer, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie Graf Adolf Grote auf Greese im Bruche bei Danneburg, und 2. der Fideikommißbesitzer, Rittmeister a. D. Graf Hermann von dem Busche-Jppenburg, genannt v. Reffel, auf Jppenburg im Kreise Wittlage und auf Reußenhof im Kreise Altens i. W.

Diese sind befohlene Gesezgeber, ihre Nachkommen aber sind bereits geborene Staatsweise! —

Arzneilage und Gewichtsordnung. Der Bundesrat hat der Einführung einer einheitlichen Arzneilage zugestimmt und der Entwurf einer neuen Maß- und Gewichtsordnung den zuständigen Ausschüssen überwiefen. —

Zur „Laurahütte“ befördert ist nunmehr der aus dem Saarbrücker Projekt bekannte Bergbau Hilger. Er verbandt also seinem projektierten Witzgeschick den finanziellen Fortschritt, daß er aus dem Staatsdienst in eine private Goldgrube gefahren ist. —

Wegen Soldatenmißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung Untergetener hatte sich am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division der Unteroffizier Hahnelt von der 12. Kompanie des 4. Garde-Regiments zu Fuß zu verantworten. In der Mannschafsstube 54 hatten die Rekruten Griffe geübt und verließen zum Teil die Stube, während gleichzeitig andere Mannschaften in das Zimmer hereintraten, sodann an der Tür ein Gedränge herrschte. In diesem Zeitpunkte trat der Angeklagte in die Tür und wurde von dem Grenadier Gerst an der linken Schulter angerepelt. Der Unteroffizier schlug sofort den Grenadier mit seinen Handschuhen ins Gesicht und versetzte ihm mit beiden Händen einen heftigen Stoß vor die Brust, sodann gegen die Tür zurücktaumelte. An dieser „Abwehr“ hatte der Unteroffizier noch nicht genug; er schlug den Rekruten wiederholt mit den Händen ins Gesicht, sodann die Wangen mehrere Tage hindurch hart gestößt war. Dann befahl Hahnelt seinem Untergetenen, sich auf die Erde zu legen, und als dieser bei der zweiten Aufforderung — die erste hatte der Soldat, durch den Stoß und die Schläge halb betäubt, nicht verstanden —, das Experiment zu langsam ausführte, half der Unteroffizier nach, indem er den Grenadier auf die Erde niederdrückte. Auch in diesem Falle gab der Angeklagte zu, den Gerst mehrere Male gestossen zu haben, will dies aber nur getan haben, um den Grenadier „abzuwehren“, von dem er sich absichtlich gestossen glaubte. Ins Gesicht will er nicht absichtlich geschlagen haben. Den Befehl zum Niederlegen will er nur deshalb erteilt haben, weil er fürchtete, G. werde sich tatsächlich an ihn vergreifen. Er habe den Soldaten nur deshalb auf die Erde gedrückt, um sich in Gegenwart der Mannschaften keine Blöße zu geben und seine „Autorität“ zu wahren. Die Beweisaufnahme ergab, daß Gerst den Unteroffizier nur versehentlich in dem herrschenden Gedränge angestossen habe und nach den erhaltenen Schlägen keineswegs Miene zeigte, gegen den Vorgesetzten vorzugehen. Der Gerichtshof gelangte zu einer Verurteilung zu 14 Tagen geindeten Arrestes, indem er dem Angeklagten eine große Erregung, in die er an dem betreffenden Tage durch verschiedene Umstände geraten war, und seine sonstige tadellose Führung zugute hielt.

Vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf hatte sich der Unteroffizier Emil Reinsch der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 16 in Wilhelm a. Rh. wegen Mißhandlung Untergetener zu verantworten. Der Menschenhinder hatte, wenn er nach Mitternacht nach Hause kam, die Soldaten aus den Betten geprügelt, damit dieselben die Stuben reinigen sollten. Bei der Gelegenheit schlug er die Leute ins Gesicht, prügelte sie mit dem Fesensiel und ließ sie über denselben springen. Er zwang sie zu längeren Stubeputzen und hegte außerdem die alten Mannschaften gegen die Rekruten auf. Diese Schandthaten hatte der Inhold ungeführt drei Jahre betreiben können, ohne daß eine Beschwerde erfolgte. Nebenbei hatte er auch noch 13 R. Militärgehälter unterschlagen. Das Gericht fällt ein mildes Urteil. Nur sieben Monate Gefängnis erhielt der Soldatenpeiniger; er wurde auch die Degradation ausgesprochen.

Ausland.

Frankreich.

Die Trennung von Staat und Kirche. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der vom Unterrichtsminister ausgearbeitete Entwurf über die Trennung von Staat und Kirche sich von dem Entwurf des früheren Ministerpräsidenten Combes insbesondere dadurch unterscheidet, daß die Kultusvereinigungen Verbände bilden und sich auch über andere Departements erstrecken und anderen Beistand leisten dürfen. Diese Bestimmung wird, wie man glaubt, zweifellos nicht nur von den Katholiken, sondern auch von den Protestanten mit großer Befriedigung aufgenommen werden.

Paris, 9. Februar. In der Deputiertenkammer brachte der Außenminister Vivienne Martin heute unter dem Vorfall der Linken den Gesetzentwurf betreffend Trennung von Staat und Kirche ein. Der Entwurf wurde unter dem Widerspruch der Rechten an die Kommission verwiesen.

Belgien.

Ein Auffsehen erregender Prozeß

Spiegelte sich letzter Tage in Brüssel ab: Genosse Coenen stand vor den Schranken unter der Anklage, in dem antimilitaristischen Organ „Die Kaserne“ durch ein an die Rekruten gerichtetes Manifest die militärische Disziplin öffentlich untergraben zu haben usw. Coenen ist Sekretär der belgischen sozialistischen Jugendgarde, die — zurzeit etwa 13 000 Mitglieder zählend — bekanntlich von Partei wegen offiziell mit der schönen Aufgabe betraut sind, die antimilitaristische zielsträchtige Propaganda in Belgien nicht zum Schweigen kommen zu lassen. Neben der permanenten Organisations-Arbeit entfalten die Jugendgarde vor allen Dingen zweimal im Jahre eine ganz besondere Agitation: Einmal, wenn die Aushebungen vor sich gehen, und dann, wenn die Rekruten zur Fahne einberufen werden.

In dem inkriminierten Manifest wurden die Soldaten beschworen, falls sie in Streitzeiten gegen die Ausführenden Kommandiert würden, nicht zu schießen, nicht durch Befolgen eines verabschwörungswürdigen Befehles den Mund ihrer Väter, ihrer Mütter, ihrer Schwwestern, ihrer Freunde auf sich zu laden. Unter ungeheuerem Jubel wideln sich die Prozeßverhandlungen ab. Coenen bekennt sich „schuldig“, den Aufruf verfaßt zu haben und proklamiert die antimilitaristische Propaganda als eine der ruhmvollsten Missionen der internationalen Sozialdemokratie.

Die Genossen Scheide und Rogas verteidigen den jungen Idealisten mit einer Selbst für belgische Verhältnisse seltenen Wärme und scheuen sich nicht, an den ostasiatischen und Petersburger Greueln der Gegenwart zu beweisen, wie hoch vom Standpunkte der Moral die antimilitaristische Propaganda zu bewerten sei.

Coenen wird freigesprochen! Die sozialistische Jugend aber feiert diesen Erfolg am Abend durch einen antimilitaristischen Demonstrationzug, der sich unter enthusiastischen Stummbegleitungen des Publikums durch die Straßen von Brüssel bewegt.

Italien.

Rom, 9. Februar. In einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen tausend Eisenbahnangestellte, im Falle der Militarisierung des Eisenbahnpersonals sofort in den Ausstand zu treten.

Russland.

Der ermordete finnische Senatsprokurator Johanson war einer der bei finnischen Vaterlandsfreunden am meisten verhassten Kreaturen der russischen Gewaltherrschaft. Von Geburt Finnländer und mit einem Amte betraut, das ihn verpflichtete, über die Unverletzlichkeit der Verfassung und der Gesetze Finnlands zu wachen, gab er sich dazu her, die russischen Verfassungsbrüche und Gesetzesverletzungen durchzuführen zu helfen und diejenigen zu verfolgen, die für die vom Jaren beschworenen Rechte Finnlands eintraten. Für den Verrat seines Vaterlandes wurde er auf Veranlassung des damaligen Generalgouverneurs Bobrisko geädelt. Der schmähliche Mißbrauch, den er mit dem Prokuratoramt trieb, wurde, wie wir feierlich mitteilen, bereits Ende Dezember in einer Sitzung der Ritterschaft und des Adels des finnischen Landtages gebrandmarkt. Er wurde damals von Arne Leberholm als ein Werkzeug der Gewalt und Willkür bezeichnet, als ein Mann, der das Amt, das er besaß, in ein Verbrechen verwandelt habe, was es eigentlich sein sollte. In jener Sitzung bemerkte derselbe Redner noch mit Rücksicht auf den Tod Bobrisko's:

„Es gibt Fälle, wo ein Mensch, wenn auch ein in sich selbst unbedeutender, sich so betragen kann, daß sich der Haß eines ganzen Volkes gegen ihn konzentriert, und dieser Haß kann unter gewissen Umständen so stark sein, daß keine Polizeimacht der Welt und keine Parteidisziplin diejenige Tat abwenden kann, die dann zuweilen der Lohn seiner Handlungen wird.“

Diese Worte sind auch jetzt wiederum eingetroffen.

Amerika.

In San Domingo sind die Amerikaner eingezogen. Laut eines Uebereinkommens mit dem Präsidenten Morales ist Onkel Sam als Sachwalter der Angelegenheiten der kleinen Republik eingekerkert worden und er hat sein Amt in den ersten Tagen des Februar übernommen. Von Washington aus wird berichtet, daß nicht die Absicht vorliegt, San Domingo zu annektieren. Die oppositionelle Presse in den Vereinigten Staaten bemerkt dazu, das möge richtig sein, aber es komme auf die Formalität dabei nicht an, jedenfalls habe die Regierung ihre Reichthümer weiter ausgedehnt. Seit 1898, gleich nach Beendigung des spanischen Krieges, begannen die Unruhen auf der Insel Haiti, die zwischen Kuba und Porto Rico liegt, und es schien, als wären die Amerikaner an den Unruhen nicht unbeteiligt. Bis dahin hatte Henrey als Präsident von San Domingo 14 Jahre lang regiert. Jetzt folgte ein Aufruf dem anderen, und an der auswärtigen Schuld, die auf 25 Millionen Dollar geschätzt wird, wurde nichts mehr bezahlt. Von 1898 bis jetzt fanden fünf Revolutionen statt und fünf Präsidenten folgten einander, bis der jetzige, Morales, ein Freund der Amerikaner, sich zu behaupten verstand. In amerikanischen Kapitalistenkreisen ist man mit der jetzigen Wendung der Dinge ganz zufrieden. Haiti ist eine reiche und fruchtbare Insel.

Der Kongreß, dessen Zeit am 4. März d. J. abgelaufen ist, hat noch eine Menge von Vorlagen zu erledigen, und es wird befürchtet, daß der neue, der 59. Kongreß, manche Arbeiten seines Vorgängers übernehmen und zu einer Extrassession zusammentreten müsse. Alle erfahrenen Politiker versichern aber, daß alles noch seine Erledigung finden wird; die meiste Arbeit geschieht in den Komitees, auf welche sich das Haus unbedingt verläßt. Manche Vorlage freilich, wie z. B. Roosevelt's gegenwärtiger Lieblingsplan, ein bundesgesetzliche Regelung der Eisenbahnfragen, wird trotz allem Geschrei zurückbleiben, weil viel geheimer Widerstand dagegen besteht. Besonders hart haben sich die Eisenbahnen in der letzten Zeit bemüht, den Kongreß zu beeinflussen und wenn nicht eine Ablehnung, so doch eine Verzögerung der Annahme des Gesetzes herbeizuführen. — Der Senat hat sich doch endlich entschlossen, einer seit langem hartnäckig verteidigten Vorlage zuzustimmen und einige Territorien als Staaten anzuerkennen. Zwei neue Staaten sind in die Union aufgenommen worden; Oklahoma und das Indianer-Territorium bilden den einen, Neu-Mexiko den anderen Staat. Dagegen bleibt Arizona, welches dieselben Ansprüche stellte, noch Territorium. (Somit besteht der Bund, der unter der jetzigen Verfassung mit 18 Staaten am 4. März 1789 begann, jetzt aus 47 Staaten.)

Australien.

Das Programm der australischen Arbeiter. Letzten Sonntag fand in Sidney ein Kongreß der Arbeiter der fünf australischen Kolonien statt. Der Kongreß erklärte: Das Ziel der australischen Arbeiterpartei ist Hebung der materiellen und der geistigen Entwicklung des australischen Gemeinwesens, Selbstregierung, Erhaltung der Vorkolonialität der weißen Rasse! Der gesamte Ertrag ihrer Arbeit soll den Produzenten dadurch gesichert werden, daß die großen Monopole in den Besitz der Nation übergeführt und die wirtschaftlichen und industriellen Funktionen des Staates und der Gemeinden erweitert werden.

Dieses Programm deckt sich zwar nicht mit dem der internationalen Sozialdemokratie, die ja nicht die Monopole, sondern alle Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz überführen und der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ein Ende machen will. Aber immerhin zeigt die Annahme solcher Forderungen doch wenigstens, wie weit die australischen Arbeiter heutzutage von den Lehren der Individualisten und der Rangeführer abgerückt sind.

Hoffentlich nimmt auch in Australien die Entwicklung ihren weiteren Verlauf in dem Sinne, daß wir in nicht allzu fernem Zukunft auch die australische Gesamt-Arbeiterchaft in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie freudig begrüßen können.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf auf den heute früh im Alter von 90 Jahren verstorbenen Adolf v. Menzel.

Eingegangen ist folgender dringliche Antrag Antrid

und Genossen (Soz.): Die Versammlung ersucht den Magistrat, gegenüber den in letzter Zeit sich mehrenden Abweisungen aufnahmefähiger Kranter in den städtischen Krankenhäusern schleunigst geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Gegen die Beratung des Antrages in heutiger Sitzung wird Widerspruch nicht erhoben.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in einer Zuschrift eine Vertretung über das Referat des Berichterstatters Stadtv. Reimann in der Sitzung vom 12. Januar zu der Vorlage über den Bau von fünf städtischen Straßenbahnen eingefandt hat.

Auf Antrag Singer wird die Angelegenheit vertagt. Auf dem städtischen Grundstück Schulstraße 101, Ecke Reinholdsdorferstraße, 4823 Quadratmeter groß, beabsichtigt ein Dr. Nagelschmidt

Baraden für Geschlechtskranke

zu errichten. Er will deren etwa 100 aufnehmen und zu dem üblichen Tageslohn von 2,50 M. verpflegen. Da er circa 80 000 M. Kapital aufzubringen gedenkt, will er einen Miethvertrag auf sechs Jahre abschließen, wozu die Genehmigung der Versammlung notwendig ist. Die Vorlage war an einen Ausschuss überwiesen, der nach längeren Erörterungen sich schließlich dahin schlüssig gemacht hat, die Genehmigung zur Vermietung des Grundstücks auf sechs Jahre gegen jährlich 1200 M. Mieth zu empfehlen, gleichzeitig aber folgende Resolution vorzuschlagen:

Die Versammlung ersucht jedoch den Magistrat, die Errichtung von Baraden für Geschlechtskranke im Anschluß an ein bestehendes Krankenhaus sofort in die Wege zu leiten.

Stadtv. Runge (A. L.) erklärt sich gegen die Resolution und für unveränderte Annahme der Vorlage.

Stadtv. Dr. Bernheim (Soz.): Nur der Not gehorchend, nehmen wir die Vorlage an. Die Schaffung solcher Anstalten ist die eigentliche Domäne der Stadt, und es ist sehr wenig schön, daß die Stadt hier als Benefiziatarin eines Privatmannes erscheint, denn daß der nicht auf seine Kosten kommt, ist sicher. Die Stadt hat bisher ihre Pflicht in kaum nennenswerthem Umfang erfüllt. Wann wird denn endlich das Wichow-Krankenhaus eröffnet werden? Nicht vor dem 1. Oktober 1906. Zurzeit stehen bloß 400 Betten alles in allem zur Verfügung. Da muß interimistisch Abhilfe geschaffen werden.

In der Geschlechtskranke-Station des Obdachs sollen ja 400 Betten vorhanden sein; trotzdem werden Geschlechtskranke dort ebenso abgewiesen, wie in der Charité! Im Moabiter Krankenhaus verträgt sich doch die Pflegerinnen-Gesellschaft mit einer Station für Geschlechtskranke. Bei der dringenden Gefahr im Verzuge appelliere ich an die städtischen Behörden, schleunigst vorzugehen.

Am Ueban-Krankenhaus wäre passendes Terrain vorhanden, das zwar für eine Kirche reserviert sein soll, aber einstweilen könnte es für Baradenzwecke Verwendung finden. Auch sonst mangelt es an Platz dafür nicht.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Daß der Vertreter des städtischen Medizinalreferats für diese Anlagen kein Wort der Widerlegung oder wenigstens der Befähigung hat, muß doch bedauern. Es handelt sich hier nicht um allgemeine Redensarten. Im Laufe der letzten vier Wochen sind von Berliner Krankenhäusern 75 syphilitisch Erkrankte abgewiesen worden, und diese Zahl bezieht sich nur auf acht Berliner Krankenhäuser. Es besteht also tatsächlich in Berlin eine Syphilisnot. Es handelt sich auch nicht um leichte Fälle,

sondern nach dem Zeugnis der Ärzte um Fälle hervorragender Ansteckungsgefahr. Deshalb bitten wir um die Annahme der Ausschussvorlage.

Stadtv. Wallach (A. L.): Es ist unmöglich, von Stadt wegen dem Rothaus, das ja zugegeben werden muß, abzuhelfen. Daß die Stadt sich von Dr. Nagelschmidt ein Geschenk machen läßt, davon kann keine Rede sein.

Darauf wird die Vorlage angenommen, die Resolution aber abgelehnt.

Ueber die Errichtung einer Anzahl von Bauhütten auf den Kielesfeldern im Jahre 1905 hat eine eingehende Ausschussberatung stattgefunden, in welcher namentlich die Frage der Wiederaufnahme einer städtischen Milchwirtschaft in größerem Umfang gründlich erörtert worden ist. Ueber diesen Teil der Vorlage referierte namens des Ausschusses Stadtv. Borgmann (Soz.), über die übrigen Bauprojekte Stadtv. Wallach (A. L.). Letzterer beantragt, einen Teil der hier geforderten Ausgaben auf Anleihemittel anzuweisen. Dagegen spricht sich entschieden der stämmere Nagel unter Berufung auf die konstante Preis der letzten 15 Jahre aus.

Stadtv. Borgmann fährt als Referent aus, daß entgegen den Befürchtungen mehrerer Ausschussmitglieder gar nicht beabsichtigt sei, die Milchwirtschaft allgemein einzuführen, daß es sich vielmehr nur darum handle, die in Buch und Spundort gelegenen städtischen Anstalten mit Milch zu versorgen und zu diesem Zweck die Milchviehwirtschaft, wie sie vorhanden sei, rentabler zu machen, die Kosten zu verringern und die Erträge zu erhöhen.

Stadtv. Jden (A. L.) kann sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß die Stadt event. den Milchhändlern Konkurrenz machen möchte.

Die Vorlage wird nach den Ausschussanträgen angenommen.

Darauf beantragt Stadtv. Singer, den dringlichen Antrag Antrid nunmehr zu verhandeln. Da die Dringlichkeit bereits anerkannt sei, wolle doch die Versammlung den Antrag heute verhandeln.

Stadtv. Kullmann (Fr. Fr.) will in der üblichen Reihenfolge verhandelt wissen; der dringliche Antrag gehöre ans Ende.

Stadtv. Singer: Nachdem die Dringlichkeit anerkannt ist, hat die Versammlung ungewisshast das Recht, die Tagesordnung umzustellen. Daß dringliche Anträge an die letzte Stelle gehören, ist neu.

Stadtv. Wallach: Ein Grund dafür, daß wir der Dringlichkeit nicht widersprechen, war der, daß wir annahmen, die Sache würde bei der großen Tagesordnung nicht mehr herankommen. (Weiterkeit.)

Stadtv. Dinske (A. L.) macht sich diese Motive nicht zu eigen, will aber ebenfalls an der Gewohnheit festhalten, dringliche Anträge ans Ende der Sitzung zu verhandeln.

Stadtv. Singer: Man kann doch von Ueberrumpelung nicht reden, wenn man einen Antrag 24 Stunden in Besitz hat. Sie wollen den Antrag heute nicht verhandeln und Herr Wallach hat das auch offen ausgesprochen. Dann aber hätten Sie würdiger gehandelt, wenn Sie der Dringlichkeit widersprochen.

Stadtv. Gassler (A. L.): Es handelt sich hier um einen materiellen Antrag, über den wir uns in unseren Kreisen erst vorbereiten müssen, und darum scheint es uns nicht ersprießlich, heute schon in die Beratung einzutreten.

Der Antrag Singer wird abgelehnt; die Versammlung fährt in der Erledigung der Tagesordnung fort.

Die Vorlage betr. die Frequenz in den Gemeindefischen am 1. November 1904 wird auf Antrag Borgmann abgelehnt.

Der Etat der Fleischbeschau für das von auswärts eingeführte Fleisch für 1905 wird nebst dem bisherigen Gebührentarif genehmigt.

Zur Vorlage betr. die Errichtung von drei weiteren Baracken und einer Turnhalle für die 270. Gemeindefische, Bremerstraße 38/40, erklärt Stadtv. Singer, daß er, um den dringlichen Antrag recht bald zur Verhandlung gelangen zu lassen, auf das Wort verzichte. (Weiterkeit.)

Die Vorlage wird angenommen.

Im Reglement für die Fürsorge-Erziehung ist die Bestimmung, daß den zu Fürsorgern ernannten Waisenältern für jeden Bögling monatlich 50 Pf. Entschädigung für Zeitaufwand und dergleichen gewährt werden soll, nicht genehmigt, weil es sich hier um ein Ehrenamt handle.

Stadtv. Volkendorf (Soz.): Wir werden gegen die Vorlage stimmen; wir können nicht einsehen, daß die zuständigen Minister mit Grund ihre Forderung stellen. Wir sind der Meinung, daß das Geld nicht die Hauptrolle spielt, sondern wenn der Fürsorgezögling aus der Zwangs-erziehung in Pflegefamilien oder Dienststellen gegeben wird, dann muß eine Kontrolle stattfinden, und nicht bloß einmal, sondern unbedingt drei- bis viermal im Jahre. (Beifall.)

Stadtv. Bülow (Fr. Fr.): Es entspricht dem Gesetz, welches die Fürsorgekontrolle als Ehrenamt behandelt, daß eben kein Entgelt Platz greifen darf.

Stadtv. Volkendorf (Soz.): Wir haben doch schon das Mißgeschick, daß das Eldorado für unsere Waisenkinder Weidenburg und Posen ist. In Weidenburg sind die Erbpächter und in Posen ist es auch solche Sache. Ansonst können Sie keinen Vertrauensmann für unsere dortigen Fürsorgezöglinge bekommen.

Die Vorlage wird angenommen. In der Vorlage betr. die Verpachtung, Bedienung und Unterhaltung der städtischen Sprengwagen wird die Verlängerung des bisherigen Vertrages vom 1. April 1905 ab auf weitere drei Jahre vorgeschlagen; die Unternehmer Bröhme und Genossen sollen wie bisher pro Wagen und Tag 8,40 M. beziehen. Die Ausschreibung hatte als Mindestangebot 9,20 M. ergeben, dieses motiviert mit der Erhöhung, daß ein Mindestalter der Aufsicht von 21 Jahren vorgeschrieben war. Da die Erhöhung 50 000 M. Mehrkosten verursacht hätte, ließ der Magistrat die Bedingung fallen.

Stadtv. Pfannkuch (Soz.) behauert dies und bemängelt ferner, daß es trotz einstimmigen Botums der Deputation nicht gelungen sei, einen Mindestlohn für die Aufsicht von 3 M. durchzusetzen. Jetzt zahlten die Unternehmer 2,50 M. und noch darunter. Selbst in der Partverwaltung seien doch die Löhne erhöht worden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung bis auf den dringlichen Antrag erledigt.

Stadtv. Dinske beantragt die Abfertigung, damit man den Antrag zunächst prüfen könne. (Stadtv. Wehl: Innerört! Gelächter.)

Stadtv. Singer: Diese Begründung kann nicht gelten, weil die Herren dann das Material nicht zur Kenntnis bekommen, welches von vieler Nähe aus den Krankenhäusern und Krankenhäusern gesammelt worden ist. Wenn Sie recht eingehend beraten wollen, können Sie nichts Besseres tun, als den Antrag begründen zu lassen.

Stadtv. Dinske: Es gibt auch andere Wege, sich das Material zu beschaffen. Auch nach acht Tagen wird es immer noch Zeit sein, darauf einzugehen.

Stadtv. Singer: Wenn man diesen Weg geht, dann wird man wohl zu den verlangten Vorkehrungen kommen, wenn die Not vorüber ist. (Große Heiterkeit.) Lachen ist kein Argument. Selbstverständlich handelt es sich bloß um einen vorübergehenden Kostenstand, der in den Wintermonaten auftritt und für den eventuell schnelle Abhilfe geschaffen werden muß. Den Vorwurf möchte ich eben von der Versammlung abwählen, daß Sie, obwohl sich dieses Kostenstandes bewußt, durch Ihre Haltung die Situation noch mehr verschlechtert. (In der Versammlung herrscht große Unruhe, an deren Erregung Stadtv. S. a. S. besonders beteiligt ist.)

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.) kann nicht glauben, daß ein von der Versammlung zuerst als dringlich anerkannter Antrag nachher nicht beraten werden soll. Die Bürgerchaft habe ein Recht darauf, zu erfahren, ob der Magistrat seine Pflicht getan habe oder nicht (Unruhe), bezw. ob der Antrag begründet sei oder nicht.

Stadtv. Semmelfeld (A. L.): Die Bürgerchaft hat aber auch ein mindestens ebenso erhebliches Interesse daran, daß nicht eine ganze Woche lang einseitig aufgestellte Behauptungen unwidersprochen bleiben. Worauf die Behauptungen der Antragsteller hinauslaufen,

das erfahren wir ja in den Hauptpunkten schon jetzt aus dem Antrage selbst. Der Magistrat braucht sich nicht von einer Fraktion auf seine Pflicht aufmerksam machen lassen. Wir haben deshalb ein berechtigtes Misstrauen gegen das zusammengestellte Material.

Stadtv.-Vorsteher-Stellvertreter **Michelet** schlägt als Weg der Versöhnung vor, die Antragsteller heute anzuhören, um nachher in den Fraktionen dazu Stellung nehmen zu können. (Große Unruhe und Widerspruch.)

Stadtv. **Singer**: Herr Sonnenfeld füllt sich in der Rolle des Klammern, der da sagte: Ich kenne die Gründe der Herren nicht, aber ich mißbillige sie. (Heiterkeit.) Es kommt gar nicht darauf an, ob er antworten kann oder nicht, sondern darauf, was der Magistrat antworten kann. Wenn Sie sich nicht so an formalen Klammern, würden Sie in der Zeit, die diese Geschäftsordnungs-Debatte beansprucht, die Begründung schon vernommen haben.

Stadtv. **Weyl** (Soz.): Mein Material ist im wesentlichen dem Magistratsbezernenten bereits persönlich übermitteln; außerdem besteht es aus amtlichen Dokumenten, was ich inbezug auf die vorweg behauptete Einseitigkeit hinzufügen möchte.

Stadtv. **Dinse**: Das ist uns sehr angenehm zu hören; denn amtliches Material könnten wir ja heute am wenigsten auf seine Richtigkeit hin beurteilen. Was der stellvertretende Vorsitzende vorschlug, war kein Versöhnungs-, sondern ein Aufhebungsantrag. (Große Unruhe.)

Stadtv. **Singer**: Der Herr Vorsteher hat wohl nicht gehört, daß der Stadtv. Dinse unseren Antrag einen aufhebenden genannt hat (Zurufe: Nein, den Antrag Michelet!)... wenn dem so ist, wenn man Herrn Michelet das unterstellt, so hätte ich erwartet, daß der Vorsteher diese Unberücksichtigung zurückweisen würde. (Große Unruhe und Widerspruch. Der Vorsteher rügt den Ausdruck Unberücksichtigung.)

Stadtv. **Barth** beantragt den Schluß der Geschäftsordnungs-Debatte. (Heiterkeit. Rufe: Gibt's nicht! Fortdauernde große Unruhe.)

In dem Moment, wo der Vorsteher zur Abstimmung schreitet, will der Stadtv. **Singer** einen Antrag vom namentlichen Abstimmung überreichen; dieser wird jedoch vom Bureau zurückgewiesen.

Die Mehrheit beschließt darauf die Abfertigung des Antrags Antrid.

Das Berliner Proletariat gegen den Zarismus.

Die Revolution in Rußland! Eine vorwichtige Frühlingssonne hatte den Tag über grell und glänzend die roten Miesenplataste an den Anschlagssäulen beleuchtet, auf denen zum Besuch der 21. Volksversammlung eingeladen wurde. Zur Mittagsstunde waren in den Arbeitergegenden diese Plataste oft so dicht belagert, daß man glauben konnte, die Polizei hätte wieder einmal 1000 M. für das Auffinden eines durch die Lappen gegangenen Raubmörders ausgelegt. „Wo wohl Rußland sprechen wird? Wat meenst: im Eiskeller?“ Es lag Stimmung in diesen Gruppen. Und aus ihren Gesprächen tönte mehr als eine müßige Reugler heraus.

Und diese Stimmung hielt an. Als die Dämmerung über die Dächer kroch und die Bauten Feierabend machten, da strömte es vom Norden, vom Osten und vom Süden her den Versammlungstokalen zu. Erst nur vereinzelte Trupps, dann aber, nach Schluß der Fabriken, kamen sie in größeren, geschlossenen Gruppen. An den Haltestellen der Elektrischen und der Omnibusse, auf den schwerer zu passierenden Plätzen, an den Straßenecken merkte man: es war „wieder mal etwas in Berlin los“.

Es ist kurz nach Arbeitschluß, 1/2 7 Uhr. Der große Saal der Brauerei Friedrichshain ist zu Dreivierteln gefüllt. Vom Königstor her und durch den Friedrichshain von der Weinstraße her strömt es in dichten Kolonnen: Männer und Frauen. Von einem starken Polizei-Aufgebot ist noch nichts zu sehen. Ist auch gar nicht nötig. Die Demonstranten sorgen selbst für Ruhe und Ordnung.

Innen im Saal sitzen sie Tisch an Tisch. Gewöhnlich bildet eine „Bude“, oder doch ein paar Fachkollegen, die Tafelrunde. Mutter hat die Stullen ausgepackt. Die Kellner wenden sich durch die schmalen Gänge. „Es futtert sich hier ganz gut“, meint einer. „Wie beim Jaren“, antwortet ihm ein lustig dreinblickender Braukopf. Hin und wieder ein Handlungsgeschehle, eine Buchhalterin oder Verkäuferin, die heute früher Feierabend gemacht haben. Eine feste, selbstbewußte Stimmung flattert durch den Raum, an dessen Eingangspforte sich die Einlaß Behühenden dicht und dicht stauen...

In Weimanns „Volksgarten“ in der Badstraße ist kurz nach 7 Uhr bereits alles bis auf den letzten Platz gefüllt. Schon fängt man an, die Tische auszuräumen. Ein halbes Dutzend Polizisten suchen vor dem Torweg „Ordnung“ in die heranstömenden Massen zu bringen. Immer neue Menschenmengen wälzen sich vom Wedding her. Der Eiskeller ist bereits gesperrt. Der dort nicht hereingelassen wurde, sucht in der Brunnengegend gegen die russischen Greuelthaten zu demonstrieren. 2000 füllen nach Entfernung der Tische und Stühle den „Volksgarten“, sodas leider einige Frauen infolge der Hitze und Enge in Ohnmacht stelen.

Ein gewaltiges Menschengewoge staut sich vor dem Eiskeller-Etablissement. Das Trottoir und ein Stück Straßendam ist mit Versammlungsbefuchern, die keinen Einlaß mehr fanden, förmlich besetzt. Die Droshken und Geschäftswagen müssen Schritt fahren, stauen sich... Die Elektrischen arbeiten unablässig mit der Klingel. In den anstößenden und gegenüberliegenden Häusern sind die Fenster zu einem großen Teil geöffnet. Reugierige begaffen sie sich drängende, erregte Volksmasse. „Du, Frihe, wenn der Trepow zu sehen kriegte!“ „Der mühte sich im Lage schmeigen!“ Die Schugmannschaft verhält sich wenig aufdringlich; sie hofft auf ein Abflauen der Menge.

In den benachbarten Schankwirtschaften ist kein Stuhl mehr zu haben. Hier hat man auf den Vortrag verzichtet und diskutiert nun die Russenfrage. Derbe Worte sind, die hier fallen, und Vergleiche zwischen Rußland und Deutschland werden gezogen, die deutlich davon Kunde geben, daß auch der deutsche Arbeiter weiß, wessen er sich in seinem gesegneten Vaterlande gewärtigen kann.

Das Herz der Miesstadt ist tot — wenigstens politisch tot. In der Elektrischen, im Omnibus, auf der Straße zwischen Oranienburger Tor und Belleallianceplatz dieselben blasferten Gesichter wie sonst. Erst im Süden der Metropole wird es wieder lebendig. In den Straßenzügen, die zum „Sofjäger-Balast“ führen, wieder dasselbe Bild wie im Norden: eine kleine Völkerwanderung. Fünf Schugmannsposten, hintereinander im Eingang des Etablissementes gruppiert, sperren den Eintritt. Schon seit einer Stunde ist der Versammlungsraum wegen Ueberfüllung geschlossen. Mit betrübten Gesichtern stehen sie draußen: „Bebel spricht!“ Mit neidischen Augen verfolgen sie mich, dem die Legitimation den geschlossenen Raum öffnet.

Eine tausendköpfige, atemlos laufende Menge. Stuhl an Stuhl, Mann an Mann. Aus allen Winkeln, aus allen Ecken, aus allen Rischen tauchen die Köpfe mit den begeisterten, blanken Augen. Bebel spricht! Seine Stimme durchdringt, durchdröhnt den Miesraum. Eine Armbeuge unterstreicht hier ein Wort, dort betont ein leichtes Wiegen des Oberkörpers eine besonders kraftvolle Stelle. Nur seine Stimme in diesem Raum. Sonst kein Laut. Tausende von Augen hängen an diesem Kopf mit den weißlich-grauen Haaren und Tausende von Ohren lauschen den zündenden, mit jugendlichem Feuer herausgeschleuderten Worten...

Auch der „Rätkische Hof“ in der Admiralstraße ist polizeilich abgesperrt. Auch hier eine dicht gedrängte Menge, denen ein ehrlicher, heller Zorn über die Greuelthaten des Zarismus aus den Augen leuchtet. — Und ein Versammlungssaal wie der andere; Kopf an Kopf und Arm an Arm. Und in allen Gesichtern das ausgeprägt, was in diesen Herzen lodert und nach einem flammenden Protest ruft: „Was man unseren russischen Brüdern getan, wir empfinden's, als wäre es an uns geschehen. Nieder mit dem Zarismus! Hoch die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit!“ So demonstrierten die Arbeiter Berlins.

Es ist unmöglich über alle der 21 Versammlungen zu berichten. Wir greifen deswegen nur heraus, was von besonderem Interesse war.

Einen eigenen Charakter trug die Versammlung im Koobiter Gesellschaftshaus. Dieses Lokal besitzt einen der größten Säle Berlins. Aber für den Andrang der Tausende von Demonstranten, welche gestern abend nach dem Gesellschaftshause strömten, war selbst dieser Miesensaal zu klein. Die Tische waren sämtlich entfernt, die Stühle so eng wie möglich aneinandergerückt, und überall, wo noch Stehplätze freibleiben, wurden sie alsbald von einer Kopp an Kopp gedrängten Menge eingenommen. Selbst die mannshoch über dem Fußboden angebrachten Fensterbänke und Wandlänje wurden als willkommene Sitzgelegenheiten in Anspruch genommen. Nur mit Mühe konnte der vorchriftsmäßige Mittelgang freigehalten werden. Am 8 Uhr sperrte die Polizei den Saal ab, nachdem etwa 4000 Personen in demselben Platz gefunden hatten. — Klara Jettin nahm, mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. In knappen Umrissen zeichnete die Rednerin ein anschauliches Bild der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, aus denen die gegenwärtige revolutionäre Bewegung in Rußland erwachsen ist, eine Bewegung, die sich von den früheren revolutionären Kämpfen dadurch unterscheidet, daß sie getragen ist von einem von modernem Geist erfüllten Proletariat. Das zeige sich namentlich in Rußisch-Polen, wo allein das Proletariat die revolutionäre Bewegung trägt. In Petersburg scheine dagegen die Bewegung nicht von sozialdemokratischen Führern, sondern von Gapon ausgegangen zu sein, der allerdings nur ein Zufallsführer war. Die Richtung habe die Bewegung erhalten durch die jahrelange unermüdlige Arbeit der Sozialdemokratie. Man dürfe die Rolle nicht überschätzen, welche der Liberalismus, die Intelligenz in dieser Bewegung spiele. Wer der Meinung sei, daß Gorki deshalb verhaftet wurde, weil er das Haupt der Bewegung sei, der kenne die russischen Verhältnisse nicht. Gorki sei ein glänzender Schriftsteller, der warm für das Proletariat fühle, aber in dieser revolutionären Bewegung spiele er keine Rolle. Er sei nur ein Soldat unter den Tausenden von kämpfenden Proletariern. — Verfehlt sei es auch, wenn man den russischen Sozialdemokraten rate, zum Sturz des Absolutismus mit anderen Oppositionsparteien zusammenzugehen. Dies schädliche Pakt habe sich selbst für ein vorübergehendes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie als ungeeignet erwiesen. — Zum Schluß gab Genossin Jettin den Ueberzeugung Ausdruck, daß die Befreiung des russischen Volkes, der Sturz des Absolutismus nur erreicht werden könne durch das kämpfende russische Proletariat unter Führung der Sozialdemokratie. — Aufsehender Beifall folgte dem wirkungsvollen Vortrag.

In der Proletariatsstadt Rigdorf sollten die Versammlungen nicht so glatt verlaufen. Im Eisermannschen Saale waren außer den uniformierten auch zwei Kriminalbeamte anwesend, die vor Beginn der Versammlung von den Vorstehenden hinausgewiesen wurden. Im Thielischen Saale wurde die Versammlung aufgelöst. Da der Referent verhindert war, mußte die Versammlung wiederholt vertagt werden, bis der telephonisch herbeigerufene Genosse Dr. Silberstein erschien. Als dieser gerade den Saal betrat, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf, weil dieselbe vertagt war, ohne daß in die Tagesordnung eingetreten war. Beschwerde ist eingereicht worden.

Die Versammlung in Panlow trug einen eigenen Charakter dadurch, daß derselben auch zahlreiche Bürgerliche beizuhörten. Bümersdorf. Die von ungefähr 500 Personen besuchte Versammlung nahm nach einem äußerst wirkungsvollen Referat des Genossen Kagenstein in die Resolution an und überwies den Vortrag der Zellerammlung den Hinterbliebenen der Opfer des Zarismus.

In allen Versammlungen wurde einstimmig die nachfolgende Resolution angenommen:

Die Volksversammlung gibt ihrer flammenden Entrüstung Ausdruck über die Schlächtereien und Missetaten, welche die russische Regierung am 22. Januar in Petersburg an wehrlosen Männern, Frauen und Kindern verübte, Schlächtereien und Missetaten, die sich seitdem in zahlreichen anderen Städten des russischen Reiches, insbesondere an streikenden Arbeitern, wiederholten.

Diese Schandthaten geben den russischen Zarismus und seine Denkerschneide der Verachtung der gesamten Kulturwelt preis.

Die Versammlung spricht allen denen ihre aufrichtige Bewunderung und ihre Sympathie aus, die in dieser großen revolutionären Bewegung alle ihre Kräfte daran setzen, um Rußland in die Reihe der modernen Staaten zu heben und für das von seinen Tyrannen niedergedrückte und ausgelagene Volk menschenwürdiger Zustände herbeizuführen.

Insbondere spricht die Versammlung ihre größte Genugung aus, daß die russische-polnische Sozialdemokratie in diesen Kämpfen für die Befreiung des russischen-polnischen Volkes ihre historische Mission in so glänzender Weise erfüllt und keine Opfer scheut, um ihr Ziel zu erreichen.

Endlich fordert die Versammlung, daß die unwürdige Rolle, die Deutschland-Preußen gegenüber dem russischen Zarismus spielt, ein Ende nimmt, und der russisch-preussische Auslieferungvertrag vom Jahre 1885, der eine Schmach für Preußen ist, sofort gelündigt wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bergarbeiter-Bewegung.
Effen a. d. Ruhr, 9. Februar. (W. Z. V.) In den heute nachmittag stattgehabten Versammlungen der Bergarbeiter, welche, wie gemeldet, die Fortsetzung des Ausstandes beschloßen, kam es fast überall zu tumultuarischen Szenen. Gegen die Siebener-Kommission wurden heftige Vorwürfe erhoben und die Mitglieder als Verräter, die bestochen seien, bezeichnet. Aus Gelsenkirchen, Herne und Dortmund liegen ähnliche Meldungen vor. Auch dort haben sich die Bergarbeiter mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Ausstandes ausgesprochen.

Sorbed, 9. Februar. (W. Z. V.) Hier fanden zwei Bergarbeiter-Versammlungen statt. Die erste beschloß, die Arbeit nicht aufzunehmen; die zweite war nicht rechtzeitig angemeldet und wurde deshalb vertagt.

Aufrost, 9. Februar. (W. Z. V.) Eine Delegierten-Versammlung der Zeche Reumühl beschloß die Arbeit wieder aufzunehmen.

Miteneßen, 9. Februar. (W. Z. V.) Eine hier abgehaltene Bergarbeiter-Versammlung konnte zu dem Beschluß der Delegierten-Versammlung nicht Stellung nehmen, da die Polizei die Versammlung aufhob wegen des sich erhebenden Tumultes.

Karnap, 9. Februar. (W. Z. V.) Eine hier abgehaltene Bergarbeiter-Versammlung stimmte dem Beschluß der Delegierten-Versammlung zu.

Wochum, 9. Februar. Die „Westfälische Volkszeitung“ meldet: Eine von ungefähr 8000 Bergleuten besuchte Versammlung des Bochumer Reviers erklärte sich nach einem Referat des Abgeordneten Sachse und des Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter einstimmig für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Mühlheim (Ruhr), 9. Februar. (W. Z. V.) Eine hier abgehaltene Bergarbeiter-Versammlung erhob Protest gegen den Beschluß der Delegierten-Versammlung.

Überhausen, 9. Februar. (W. Z. V.) Zwei hier abgehaltene Bergarbeiter-Versammlungen sprachen sich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit aus.

Eine Ableitung des Auswandererstroms.
Bremen, 9. Februar. „Wismann-Bureau“ meldet: Der amerikanische Generaleinwanderungskommissar Sargent führte neulich in einer Rede aus, daß er alles aufbieten werde, um zu verhindern, daß sich künftig in New York und Chicago große Massen von Einwanderern niederlassen, vielmehr zu erreichen, daß die Einwanderer sich künftig über Galveston nach dem Süden und Südwesten der Vereinigten Staaten hinziehen, und durch eine Reihe von Vergünstigungen die Einwanderer zu veranlassen, den Weg über diesen Hafen zu nehmen. Infolge dieser Ankündigung hat der „Norddeutsche Lloyd“ beschloßen, einen direkten Verkehr zwischen Bremen und Galveston einzurichten und den Fahrpreis auf dieser Linie von 170 M. auf 150 M. herabzusetzen.

Ausstand der Elektricitätsarbeiter.
Paris, 9. Februar. (W. Z. V.) Der Ausstand der Elektricitätsarbeiter, den man für beendet hielt, nimmt an Ausdehnung zu. Die Ausständigen der Edison-Gesellschaft, welche glauben, daß ihre Forderungen nicht in ausreichendem Maße befriedigt seien, beantragten bei den Arbeitern anderer Elektricitätswerke, daß man in den allgemeinen Ausstand trete. Die Arbeiter der Edison-Gesellschaft stimmten dem Antrage zu.

Einstellung des Verfahrens.
Lausanne, 9. Februar. (W. Z. V.) Die Anklagekammer des Bundesgerichts beschloß, heute das gerichtliche Verfahren gegen Janitsch, welcher am 10. Juni v. J. auf den russischen Gesandten Schadowitsch mit einem Revolver geschossen hatte, einzustellen und den Angeklagten freizulassen unter Vorbehalt von administrativen Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit.

Eine bedauerliche Personenverwechslung.
Petersburg, 9. Februar. (W. Z. V.) Ausländische Blätter bringen die Nachricht, der deutsche Reichsangehörige Hosh sei infolge der Vorgänge am 22. Januar verhaftet und am anderen Morgen wieder in Freiheit gesetzt worden. Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt, der deutsche Reichsangehörige Kaufmann Hosh wurde am 22. Januar verhaftet und auf Intervention der deutschen Botschaft am folgenden Tage wieder aus der Haft entlassen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß eine bedauerliche Personenverwechslung vorgelegen. Das russische Ministerium des Innern hat alsbald Hosh schriftlich sein lebhaftes Bedauern über dies grobe Versehen ausgedrückt und ihm mitgeteilt, daß der betreffende Polizeibeamte, welcher die Verhaftung veranlaßt hatte, bestraft worden ist.

Der unbegrenzte Absolutismus.
Petersburg, 9. Februar. (W. Z. V.) Heute nachmittag wurde der Petersburger Korrespondent der „Zef. Itg.“ im Winterpalast von dem Generalgouverneur Trepow empfangen. Trepow erklärte: Die Unruhen sind vorüber, die Bewegung ist jetzt nur noch eine ökonomische, alle Fabriken arbeiten, das Verlangen nach einer Konstitution ist aber unerfüllbar, der Zar ist Autokrat.

Die Revolution in Rußland.
Warschau 9. 2. (W. Z. V.) In Lodz haben die Arbeiter trotz der ihnen gemachten Konzessionen die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Es herrscht dort vollständige Ruhe.

Moskau, 9. Februar. (W. Z. V.) Die Adelsgenossenschaft entschied in einer Sitzung, es sei wünschenswert, in der Frage zur Schaffung von Gesetzen für die Bauern die Wünsche der Bauern selbst zu hören und zu diesem Zwecke ihre Vertreter nach Petersburg zu beauftragen. Die Versammlung beschloß sodann, sich zum Verteidiger der Autonomie des Bauernstandes zu machen, sowie des Rechtes ihrer Meinungsäußerung über Reformen, die sie angingen.

Sosnowice, 9. Februar. (W. Z. V.) In der „Katharinenhütte“ kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Arbeitern. Die Truppen gaben mehrere Salven auf die Streikenden ab, da letztere die Arbeiter der Elektricitätsstation angegriffen hatten, um sie zu zwingen, die Arbeit einzustellen. Bis heute sind hier acht Bataillone Infanterie, acht Eskadronen Kavallerie und ein Regiment Kosaken eingetroffen. Der Verkehr zwischen Sosnowice und Oskuch ist wieder aufgenommen.

Siban, 9. Februar. (W. Z. V.) Von den 5500 Arbeitern der hiesigen Fabriken hat der vierte Teil die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Am Hafen herrscht reges Leben. 18 Schiffe sind mit Ladung angegangen. Die Schiffe „Cormorin“ und „Prinzess Alexandra“ werden hierher kommen, da sie ihren Bestimmungsort Rebal eisendwegen nicht erreichen können.

Schneider, 9. Februar. Die Arbeiter sämtlicher Druckerien, die Schneider und Schuhmacher sind in den Ausstand getreten; die Ruhe ist nicht gestört.

Tiflis, 9. Februar. (W. Z. V.) Der Ausstand dauert fort. Mit Ausnahme eines Blattes ist heute keine Zeitung erschienen. Die Schlächtergeschellen und Knochelergeschellen sind ebenfalls ausständig. Die Polizei nahm eine Reihe von Verhaftungen vor. Auch das Eisenbahn-Personal ist hier und an anderen Orten in Ausstand getreten und verlangt Lohnerhöhung. In Batumi und auf anderen Eisenbahn-Stationen wird militärischer Schutz verlangt.

Die China-Politik Amerikas.
New York, 9. Februar. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der „World“ aus Washington habe der Staatssekretär Hay mit Genehmigung des Präsidenten tatsächlich beschloßen, zwei- und zwanzig Millionen Dollars chinesische Entschädigungsgelder, die nach Befriedigung der Ansprüche von Bürgern und Missionsgesellschaften übrig geblieben sind, nach Befriedigung des Krieges im fernen Osten zurückzugeben. Er glaube, daß hierzu kein besonderer Beschluß des Kongresses nötig sei, da die Vereinigten Staaten nicht berechtigt seien, das Geld zu behalten, weil China nicht für den Vorentscheid verantwortlich sei.

Die Vereinigten Staaten haben während des Chinazuges immer in kluger Weise für China gewirkt! —

Eisenbahn-Unfall.
Milwaukee (Wis.), 9. Februar. (W. Z. V.) Acht Wagen des Schnellzuges nach Milwaukee stürzten von einer Hängebrücke, als der Zug eine Geschwindigkeit von 70 Meilen in der Stunde hatte. Hierbei wurden vier Personen getötet, 24 verwundet. Die Ursache des Unfalls ist Schienenbruch.

Reichstag.

187. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratsvorsitzende: Graf Posadowski, v. Podbielski, v. Rheinbaben, v. Stengel, v. Nichte-hofen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der sieben Handelsverträge (Zusatzverträge) mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Serbien und Oesterreich-Ungarn sowie das Viehschweigen-Übereinkommen mit Oesterreich-Ungarn.

Abg. Herold (Z.):

Nach langwierigen Verhandlungen und großen Schwierigkeiten ist vor 2 Jahren der Zolltarif zustande gekommen. Sein Ziel war, einen verstärkten Schutz der heimischen Landwirtschaft zu bringen, eine unbedingte Notwendigkeit, wenn die deutsche Landwirtschaft überhaupt am Leben erhalten bleiben soll, wie es im Interesse des Staatswohls dringend geboten ist.

Die Unterscheidung zwischen Malz- und Futtergerste hat in der Presse schon große Bedenken hervorgerufen. Die Gewichtsgrenze von 65 Kilogramm halte ich für keineswegs maßgebend; gute Braugerste kann bedeutend weniger wiegen. Nur durch Denaturierung der Futtergerste bei genauerer Kontrolle seitens der Zollbehörden kann die Unterscheidung von Brau- und Futtergerste durchgeführt werden.

Meine politischen Freunde sind ohne Ausnahme von der schlechten Behandlung von Hopfen und Malz aus unangenehmste berührt worden. Auch der Zollschutz für Obst erscheint uns in keiner Weise ausreichend. Ganz besonders schlecht ist das Holz gefährdet. Auch der Zoll für Holzstoff und Cellulose ist leider herabgesetzt worden.

Im allgemeinen kann man sagen, daß eine Verbesserung des bestehenden Zustandes durch die Handelsverträge herbeigeführt ist, speziell die Landwirtschaft hat einen wesentlich erhöhten Zollschutz erhalten.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren außerordentlich charakteristisch. Er sprach von dem „erheblich besseren“ Schutze für die Landwirtschaft und von dem „verhältnismäßig guten“ Schutze für die Industrie. „Erheblich besser“ und „verhältnismäßig gut“ — da versteht man, daß die Herren trotz aller Wenn und Aber im ganzen mit diesen Verträgen einverstanden sind.

Abg. Bernstein (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren außerordentlich charakteristisch. Er sprach von dem „erheblich besseren“ Schutze für die Landwirtschaft und von dem „verhältnismäßig guten“ Schutze für die Industrie. „Erheblich besser“ und „verhältnismäßig gut“ — da versteht man, daß die Herren trotz aller Wenn und Aber im ganzen mit diesen Verträgen einverstanden sind.

aufhören zu bekämpfen, als bis sie sämtlich befeitigt sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn angefaßt dieses Standpunktes die Sozialdemokratie für die Verträge stimmte und darauf verzichtete, eine Politik der leeren Demonstration des Alles oder Nichts zu treiben, so tat sie es nicht etwa, weil die Entscheidung von ihr abgehangen hätte, denn am 18. Dezember waren 341 Stimmen für die Handelsverträge und nur 48 dagegen. Sie tat es, weil damals mit den Verträgen eine Entlastung des Volkes verbunden war.

Präs. Graf Ballestrem (unterbrechend): Sie dürfen nicht sagen, daß im deutschen Reichstage die Geschäftsordnung verewaltigt worden ist!

Abg. Bernstein (fortfahrend):

Das ist das Urteil der großen Mehrheit des Volkes und der bedeutendsten außerhalb dieses Hauses stehenden Juristen. Mit diesen neuen Handelsverträgen ist man also aus den gesegneten Bahnen herausgetreten. Man sage nicht, das Prinzip der Handelsverträge sei festgehalten. Heute handelt es sich nicht darum, die Erleichterung des Handels herabzusetzen, sondern ihn weiter möglichst zu erschweren. Mit der Handelspolitik des Grafen Caprivi ist grundsätzlich gebrochen worden.

(Reichstagsler Graf Willow nimmt am Bundesratsvorsitz Platz.) Und diese hohen Zölle, diese hohe Verteuerung erscheint dem Abg. Herold noch nicht hoch genug! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er verlangte z. B. einen höheren Obstzoll. Nun, ich habe lange in England gelebt und fand dort die Obstpreise im Verhältnis zu denen in meiner Jugend sehr hoch. Als ich aber nach Deutschland zurückkehrte, waren sie noch höher!

ist, haben wir gesehen, als Sie den Städten geradezu unterlagten, das Vieh auf den Schlachthöfen gründlich zu unterjochen. Herr von Podbielski hat geradezu ausgesprochen: Wir können alles und für jederzeit ausfüllen. Beim Schweine-Import an der ober-schlesischen Grenze war die Seuchengefahr mit einem Male geringer, weil die ober-schlesische Industrie billige Schweine brauchte für ihre Arbeiter! Und Graf Willow hat im Landesökonomie-Kollegium ausgesprochen, daß durch die 130 000 russischen und die 80 000 österreichischen Schweine für Deutschland eine Preisverminderung nicht eintreten würde.

Deutlicher kann man es doch nicht zum Ausdruck bringen, welche bedeutende Rolle bei der Seuchenbekämpfung die Hochhaltung der Lebensmittelpreise spielt. Sie ist das A und O der ganzen Seuchenbekämpfung. Der Landwirtschaftsminister schloß jüngst eine Vorlesung über die einzelnen landwirtschaftlichen Zölle mit einem Satz: Wer sich die neuen Zölle vorurteillos vor Augen hielte, werde zugefassen, daß überall eine bedeutende Steigerung eingetreten sei. (Sehr wahr!) Und solche Handelsverträge müßte man uns zu, anzunehmen. Selbst den Grenzverkehr der armen Leute hat man nicht zollfrei gelassen.

So ist kein einziges wirklich wertvolles Objekt im Bereiche der Landwirtschaft ungeschützt geblieben. Hingegen ist eine Reihe sehr wichtiger Industrieinteressen einfach geopfert worden. Eine objektive regierungsfremde, schützamerliche Stimme, die Zeitschrift „Industrie“ sagt, daß in erster Linie die Metallindustrie, die Eisen-, die Maschinenindustrie die Kosten des neuen Zolltarifs werde tragen müssen. Ihre Position sei durchweg erheblich verschlechtert.

Da werde hoffentlich die Statistik der nächsten Jahre zeigen. Und wenn die deutsche Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht aushalten kann, wenn sie an Abhangen leidet und wenn die Arbeitslosigkeit im Lande steigt, was dann?

Unsere lieben Nachbarn im Osten und Südosten, Rußland, Oesterreich, Rumänien, Serbien haben uns die Zollserhöhgungen in den Tarifen nachgemacht und gleich noch etwas daraufgeschlagen, um Kompensationsobjekte für die Handelsvertrags-Verhandlungen zu haben. Und wenn Sie dann bei den Vertragsverhandlungen etwas von den übermäßig hohen Zollsätzen abgelassen haben, wird das von der Regierung als Zugeständnis bezeichnet. Das erinnert an den Richter, der einem Kläger, dem ein anderer die Rippen eingeschlagen hätte, zur Antwort gab, er solle zufrieden sein, daß der andere ihm nicht auch die Zähne eingeschlagen habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

So ist z. B. im rumänischen Zolltarif der Zoll für Gewebe und Baumwolle von bisher 50 erhöht worden auf 75, 100 und 125, die Unterhändler sind dann zurückgegangen auf 55, 65 und 100, das heißt es bleibt eine Erhöhung von durchschnittlich 80 Prozent. Und bei diesen Industrien kommt gerade eine besonders arme Schicht der arbeitenden Bevölkerung in Betracht. Von Rußland wurde der Zoll auf Maschinen erhöht von 0,75 auf 3,20 und dann ist man zurückgegangen auf 1,50. Das nennt man dann Zugeständnisse. Im österreichischen Zolltarif sind die Zölle für Schloßer erhöht von 17 und 28 auf 50 und 65 und dann ist man auf 50 und 40 zurückgegangen. So wird eine ganze Reihe von Industrien mißhandelt werden und in den meisten Fällen sind es große Industrien, die verhältnismäßig viel Arbeiter beschäftigen. Die Eisenzölle, die Gattzölle, andererseits aber sind unverändert geblieben. Für die Arbeiter wird das Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen zur Folge haben. Und damit sind unsere Agrarier noch immer nicht zufrieden. (Sehr richtig! rechts.) Aber auf diese Weise ist die agrarische Frage zu lösen. Warum man heute von Rot der Landwirtschaft spricht, das liegt einfach daran, daß die Ansprüche der Bauern und Götter sind auch der ländlichen Arbeiter wesentlich gestiegen sind. (Lachen rechts.) Bauern und Landarbeiter machen heute ganz andere Kulturansprüche und brauchen darum ein höheres Einkommen. Der Geist der Agrarier befehlt die Handelsverträge und um bestmöglichen Lebensbedingungen der Arbeiter auf Jahre hinaus erschwert werden, wir sollen zu Notpreisen, zu Hungerpreisen kommen. (Hört! rechts.) Von welchem Geist die Agrarier befehlt sind, lehrt deutlich ein Vortrag im Landesökonomie-Kollegium. Es handelte sich um die Kornlager für Kornhaus-Genossenschaften. Es war der Antrag gestellt, daß die Regierung diese Kornlager kaufen solle, und zwar auf dem Wege der Auktion. Diesen letzten Zusatz beantragte Herr Erffa zu streichen, weil sich die Händler, mit anderen Worten die Juden, dahintersetzen würden. (Lachen rechts.) Der Regierungsvertreter bekämpfte den Antrag des Referenten, weil die Angebote auf einen für den Staat unannehmbaren Preis herabgeschraubt würden. Einen krassen Fall haben wir ja erlebt: die Bauern des Kornhauses beliefen sich auf 171 000 M. und jetzt bietet die Genossenschaft dem Staat 40 000 M. Das ist ein Wunderangebot und das soll hinter verschlossenen Türen erledigt werden, nicht vor der Öffentlichkeit, damit sich die Händler nicht einmischen. (Hört! hört! links.) Ein derartig geringes Maß von Schamgefühl zeigen die Kreise, um derentwillen die Arbeiterklasse und ein großer Teil der Bevölkerung sich die Verteuerung der Lebensmittel gefallen lassen sollen. (Lachen.) Ich erlaube an, daß die Verträge eine Reihe von Verkehrverbesserungen enthalten. Aber die Zollmauern werden darin doch wesentlich erhöht, obwohl wir im Zeitalter des Verkehrs leben. Dabei ist es noch zweifelhaft, ob der österreichisch-ungarische Handelsvertrag beim Umsturz der Verhältnisse in Ungarn dort gebilligt werden wird. Zweifelhaft ist es auch, ob die jetzige russische Regierung in der Lage sein wird, diesen Vertrag zu ratifizieren, ob sie überhaupt in der Lage sein wird, wenn dieser Krieg so fort geht, irgend einen Vertrag zu ratifizieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen an, daß in den Handelsverträgen einige Fortschritte gegenüber dem autonomen Tarif vorhanden sind. Kamentlich das Prinzip der Schiedssprüche bei Zollunterschieden hat unsere Sympathien. Aber wir müssen sagen wie Karl Moor zu den Räubern sagte: „Teuer, zu teuer!“ Wir haben den Preis zu zahlen. Wir können es nicht verantworten, weil wir beschränkt müssen, daß Industrie und Handel durch diese Verträge leiden. (Mit erhobener Stimme.) Darum überlassen wir Ihnen (zur Rechten und zum Zentrum) die Verantwortung. (Lachen rechts.) Wir aber sagen: Nein, nein, nein! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Wer am Wege hat, der hat viele Meißer, sagt ein altes Sprichwort; und die vielen Meißer urteilen ohne volle Schätzung der ungeheuren Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zu überwinden waren. Wir hatten unseren Tarif völlig unanbarbeiten, wir hatten mit fünf Staaten zu verhandeln, die ebenfalls neue Tarife aufgebaut haben; wir hatten ferner mit sieben Staaten gleichzeitig

zu verhandeln, da unsere Verträge mit diesen sieben Staaten ein einheitliches Ganzes bilden. Haben wir einigen Staaten für ihre Ausfuhr Kompensationen gemacht, so haben wir von anderen Staaten wieder Kompensationen für unsere Ausfuhr erlangt. Hat die Industrie an einer Stelle Schäden erlitten, so hat sie an anderer Vorteile erzielt. Will man die Verträge gerecht beurteilen, so muß man sie als ein Ganzes auffassen. Um Ihnen einen Begriff von den Schwierigkeiten zu geben, die zu überwinden waren, will ich nur bemerken, daß wir über 3700 Positionen zu verhandeln hatten, das heißt, nicht nur unsere Wirtschaftsleben, sondern auch das der sieben anderen Staaten ist Gegenstand mündlicher Verhandlungen gewesen. Doch ist die Umgestaltung nicht so radikal, wie behauptet wird. Die Zölle sind erhöht für 37 Proz. der Einfuhrwaren, ermäßigt für 10 1/2 Proz. und auf dem bisherigen Maße geblieben für 52 Proz. Unter den erhöhten Waren befinden sich landwirtschaftliche Artikel im Werte von 750 Millionen Mark. Von unserer Einfuhr nach den Vertragslisten im Werte von 1831 Millionen Mark sind 57 Proz. durch Vertrag festgelegt. Von diesen 57 Proz. haben 44 Proz. überhaupt keine Veränderung, 7 Proz. eine Ermäßigung erfahren und nur 6 Proz. sind im Zoll erhöht worden. Von denjenigen Waren, die autonom geblieben sind, sind 33 Proz. in den autonomen Tarifen der anderen Staaten erhöht worden, 8 Proz. ermäßigt und 59 Proz. sind auf dem bisherigen Stande gelassen worden. Nicht einbezogen sind eine Anzahl Halb- und Galfabrikate, die entweder im Zoll gar nicht oder nur minimal erhöht worden sind. Jene, die den Wert dieser Fabrikate ab, so ergibt sich, daß von unserer Einfuhr nach sieben Vertragsstaaten 71 Proz. auf dem bisherigen Stande gelassen worden sind. Von einer totalen Umwälzung unserer handelspolitischen Beziehungen kann also sicher nicht gesprochen werden. Man hat mir vorgeworfen, daß ich **Millionäre züchte**. Ich habe diesen Vorwurf schon neulich zurückgewiesen. In der Landwirtschaft bilden sich jedenfalls keine amerikanischen Reichtümer. (Lärm links: Keinemann!) Keinemann ist durch die Holzbestände seiner schönen Waldungen zu seinem Vermögen gekommen. Allerdings war er auch von einer ungewöhnlichen landwirtschaftlichen Kapazität. Der Vorredner sagte, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter wollten höhere Löhne. Deshalb haben wir auch der Landwirtschaft höhere Zölle verschafft. (Sehr gut! rechts. Lärm links.) Woher sollen sonst die Landbewohner ihre Arbeiter bezahlen können? Die Preise für landwirtschaftliche Produkte zeigen eine sinkende Tendenz, während die sonstigen Produktionskosten und die öffentlichen Lasten gestiegen sind. Entweder gibt man die Landwirtschaft ganz preis oder man setzt sie in die Lage, höhere Löhne zu zahlen, um sich ihre Arbeiter zu erhalten. Niemand wird es als ehrenliches Zeichen ansehen, daß wir Hunderttausende von Arbeitern über die Grenze kommen lassen müssen, um überhaupt den einheimischen Boden bebauen lassen zu können. (Lärm.) Es liegt auch im Interesse des Staates, der Abwanderung vom Lande zu steuern. Denn es hat sich bei der Refrakturierung herausgestellt, daß die Beschäftigung in den Fabriken auf die Wehrpflicht ungenügend entwickelt. Die Erhaltung der Landwirtschaft ist also auch eine Frage der Wehrfähigkeit des Staates.

Jedes Gewerbe hat den Anspruch darauf, daß sich das in ihm angelegte Betriebskapital landesüblich verzinst und daß die Leistung des Betriebshabers wirklich honoriert wird. Wie können also die Konsumenten Anspruch erheben, daß der Landwirt mit Verlust arbeitet, daß er sein Kapital nicht verzinst, seine Arbeit nicht vergütet bekommt? (Sehr richtig! rechts; Lärm links.) Ueber das durchaus notwendige Minimum hinaus haben wir die Zölle nicht erhöht; alle dahingehenden Vorwürfe haben sich als unbewiesene Behauptungen erwiesen. — Redner polemisiert weiter gegen die Bemängelungen der Zölle einzelner Positionen durch den Abg. Herold. Ohne Ungehörigkeiten beim Malzjudicial wären wir nie zu einem Verträge mit Oesterreich gekommen. Bei Vertragsverhandlungen ist es eben unmöglich, alles zu erreichen; aber das, was wir bei den Viehzüchtlern erreicht haben, wird die ungeheure Differenz ausgleichen, die zwischen den Kosten der Viehzucht bei uns und in den Kontrahenzländern besteht. Ohne Viehsteuern-Konvention war der Vertrag mit Oesterreich unmöglich; darüber haben mich die österreichischen Minister nicht im Zweifel gelassen. Wir haben dabei die Wünsche unserer Landwirtschaft im weitesten Umfange berücksichtigt; wir haben die Repressiv- in eine Präventivsperrre verwandelt, die wir allerdings nun nicht mehr nach freiem Ermessen verhängen können. — Der Industrie sind nicht bloß Nachteile geworden, wir haben zahlreiche Verbesserungen für sie erzielt, so für die Textilindustrie, für die Leder-, Kaufhaus- und Holzindustrie, für Eisenwaren und Maschinen. — Rußland, Rumänien, Serbien und Oesterreich-Ungarn sind jetzt noch überwiegend Agrarstaaten, die sich aber bestreben, zu Industriestaaten zu werden. Es ist klar, daß wir diesen Staaten, wenn sie uns die erhöhten Getreidepreise bewilligen sollten (Lärm links: das ist es ja eben!), erhöhten Schutz für ihre aufblühende Industrie gewähren müßten. (Erneute Lärm links.) Nicht wegen der landwirtschaftlichen Mindestzölle. (Sehr richtig! rechts.) Hätten wir die Verträge nicht abgeschlossen, so hätten wir auch viel Tadel zu hören bekommen. Es ist eben unmöglich, es allen recht zu machen; wir können nicht gleichzeitig alle Produkte der Landwirtschaft schützen und alle Forderungen des Exports erfüllen: Man darf die Verträge nicht nach einzelnen Positionen beurteilen, sondern man muß die Diagonale ziehen. Wir hoffen, alle berechtigten Interessen voll vertreten zu haben. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Kanitz (l.): Wir können dem Reichslanzler nur dankbar sein, daß er den deutschen Getreidebau wieder auf einen festen Fuß gestellt und die Gefahr vom deutschen Vaterlande abgewehrt hat, seinen Getreidebau zu ruinieren. Herr Bernstein hat England gepriesen. Warum erwähnt er nicht, daß England die Einfuhr lebenden Viehes aus folgenden Staaten verbietet? (Redner verliest eine lange Liste, die mit Argentinien beginnt und mit Zulu endet. Heiterkeit.) England schlägt sich also gegen alle Länder der Welt mit alleiniger Ausnahme von Island ab, dessen Vieheinfuhr allerhöchstens in Sekunden und Minuten bestehen könnte. (Heiterkeit.) Die Engländer sind praktische Leute, sie legen das größte Gewicht darauf, ihren Viehstand zu schützen. Da sollte Herr Bernstein sich über unsere Viehperrnen-Maßregeln nicht gar zu sehr erziehen. (Er. Heiterkeit.) Die neuen Verträge heißen „Zusätze“, sind aber tatsächlich auf einer ganz neuen Grundlage aufgebaut. Vor 15 Jahren verlangte Oesterreich oder vielmehr Ungarn, eine Ermäßigung unserer Getreidezölle. Es erhielt sie. Aber nun erhielten auch andere Länder auf dem Wege der Weisbegünstigung dieselbe Ermäßigung. Oesterreich-Ungarn ist aber unterdessen mehr Industriestaat geworden und hat andere Interessen. Alles hat sich also verschoben. — Der Herr Reichslanzler hat gesagt: Langfristige Handelsverträge sind die Grundlage unserer volkswirtschaftlichen Blüte. Ich bin so frei, mich dem Herrn Reichslanzler als Häretiker vorzustellen. Die Industrie allein kann ja in Betracht kommen, und ich glaube, kurzfristige Weisbegünstigungsverträge sind für sie besser (Widerspruch b. d. Preis.), damit man jede Neuerung im Tarifwesen des Auslandes sofort mit gleicher Münze bezahlen kann. Wer kann heute auf acht oder zehn Jahre im voraus sagen, wie hoch die Herstellungskosten einer Ware im Auslande sein werden? Ich stehe mit dieser Ansicht nicht allein. In England, Amerika, Frankreich ist man derselben Ansicht. Ich bestreite es, daß die Caprivischen Handelsverträge eine besonders günstige Wirkung auf unsere Industrie gehabt haben. Die Entwicklung war ja günstig, aber ich behaupte, daß sie in Frankreich noch günstiger war. (Nein! nein!) Bei den Sozialdemokraten.) Und für Amerika kann man ja gar nicht im Zweifel sein, daß dort ohne langfristige Handelsverträge ein enormer Wohlstand emporgelblüht ist.

Leider haben wir nichts darüber gehört, wie sich unser Verhältnis in Zukunft gestalten soll zu den Ländern, in denen wir in keinem Vertragsverhältnis stehen. Soll hier die Weisbegünstigung aufrecht erhalten werden? Diese Frage ist für mich wichtiger als die ganzen Tarife (Sehr richtig! rechts), denn unsere Ausfuhr nach den Vertragsstaaten beträgt nur ein Drittel der Ausfuhr nach den anderen Staaten. Von Amerika und seinen Zollhellen haben ich Ihnen ja schon oft Wort gehalten. Das heutige einfache, ich möchte sagen planlose Weisbegünstigungsverhältnis mit Amerika be-

darf jedenfalls der Revision. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen dafür sorgen, daß die große Unterbilanz in unserem Warenverkehr mit Amerika wenigstens etwas herabgemindert wird. Eine unerhörte Konkurrenz macht uns Amerika auf dem Gebiete der Eisen- und Textilindustrie. Auch Argentinien gegenüber haben wir eine große Unterbilanz. Ich frage, ob unser neuer Vertragstarif allen diesen Staaten, z. B. auch Spanien, ohne Gegenleistung eingeräumt werden soll.

Herr Jaurès hat in Frankreich einen Weizenpreis von 200 M. als das Minimum bezeichnet (Hört! hört! rechts), während unser Preis nach dem neuen Zolltarif etwa 190 M. beträgt. Es tut mir eigentlich leid, daß für die Sozialdemokraten statt Herrn Bernstein nicht Herr Schippel gesprochen hat. (Redner fixiert den anwesenden Abgeordneten Schippel; große Heiterkeit rechts.) Herr Schippel hat vor einem Jahre gesagt: „Es ist nicht wahr, daß der Getreidepreis infolge der Zölle gestiegen ist. Die Agrarzölle haben mit Mühe und Not die alten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gehalten und die Landwirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt. Niemand ist durch die Agrarzölle bereichert worden.“ (Sehr richtig! rechts.) Denn wenn unsere Landwirtschaft nicht wäre, wo bliebe dann die Industrie? Ich glaube, Herr Bernstein, wenn Sie sich das genau überlegen, werden Sie auf denselben Standpunkt kommen. Die französischen Viehzölle sind noch immer doppelt so hoch als die deutschen. Unsere Pferdezüge betragen im Durchschnitt kaum 70 Mark.

Abg. Sieg (nail.): Die einstimmige Ansicht meiner ganzen Fraktion geht ebenfalls dahin, daß Deutschland kein reiner Industriestaat ist, sondern daß die Parität aufrecht erhalten werden muß. Abg. Bernstein hat hier lediglich als Vertreter der Industriearbeiter gesprochen. Ja, wir haben doch auch andere Arbeiter. Die Landarbeiter müssen doch auch gehoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hierfür muß die Landwirtschaft selbst gehoben werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Großindustriellen werden sich mit Freuden fügen, damit das große Werk zustande komme. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was meine politischen Freunde seinerzeit beim Zolltarif erreicht haben, trägt jetzt seine Früchte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bernstein hat zu seinem Entzücken über das Feinere Obst hier in Deutschland gellagt. Warum ziehen Sie (zum Abg. Bernstein) oder nicht besser die Konsequenzen Ihres hohen Wissens? Kommen Sie mal zu mir, dann werden Sie sehen, was ein Obstzüchter an Ort und Stelle für einen Scheffel Obst bekommt. Der Händler steckt den Profit ein. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Verkaufs-Organisation!) Ja, wir können doch einen Scheffel Obst nicht organisieren. (Große Heiterkeit rechts.) Außerhalb Ihrer Partei — mit Ausnahme des Herrn Schippel — wird niemand Ihre Weisbegünstigung vertreten. — Wir hoffen, daß die Kommission schnell arbeiten wird an dem großen Werke zum Segen des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen, beim Zentrum und rechts.)

Abg. Kömpf (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat von der Lösung einer großen Frage gesprochen; er hat aber dabei den wichtigsten Gesichtspunkt außer acht gelassen, nämlich die Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung jährlich um eine Million Menschen zunimmt. In Frankreich, das uns Graf Kanitz vorführte, nimmt die Bevölkerung gar nicht zu, in England weniger wie bei uns. Es ist die oberste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß diese eine Million Menschen kräftig im Inlande ernährt wird. (Sehr richtig! links.) Mit großer Genugtuung hat der Herr Reichslanzler auf die Verbesserung der Lebenshaltung der weitesten Kreise der Bevölkerung und namentlich auch der lohnarbeitenden Klasse hingewiesen. Darin stimmen wir ihm vollständig zu; aber wenn diese Lebenshaltung sich gebessert hat, so ist es vornehmlich das Verdienst unserer Industrie und namentlich unserer Exportindustrie. (Sehr richtig! links.) Wesentlich diese Exportindustrie hat es ermöglicht, unsere Bevölkerung im Lande zu beschäftigen und solche Löhne zu zahlen, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen sich bessern konnte. (Sehr richtig! links.) Die Förderung in der Lebenshaltung weiter Kreise bedeutet aber nichts anderes, als eine Vermehrung der Nachfrage nach den Produkten aller Art und besonders nach landwirtschaftlichen Produkten. (Sehr richtig! links), und unter diesen nach Getreide; noch viel mehr aber nach Fleisch, Gemüse und Eiern. Und gerade diese landwirtschaftlichen Produkte sind es doch, die auch die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe verkaufen können, während der Verkauf von Getreide doch nur von den größeren landwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen werden kann. (Sehr richtig! links.) Klingt es nicht wie ein Hohn, wenn in den offiziellen und offiziellen Auslassungen zu den neuen Handelsverträgen geradezu eine Strafe auf die Tüchtigkeit der Industrie gesetzt wird? Denn das ist doch eine Strafe, wenn man sagt, die Industrie sei so tüchtig, daß man ihr ungelohnt einige Voraussetzungen ihrer Tüchtigkeit entziehen könne, nämlich die freie Entfaltung nach außen, die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter und Arbeiter. Die Verschönigungen und Verschönerungen von offizieller Seite erinnern mich lebhaft an eine Satire über einen Vater mit seinen beiden Kindern, die ich einmal vor einem halben Jahre in einer hiesigen Zeitung gelesen habe. Die Mahnung an die Industrie klingt, als wenn ein Vater zu seiner Tochter sagt: Du bist ja sonst so artig und tüchtig, sei nun ruhig, ich habe einen Sohn aus dem Lande, der schreit immerzu, dem Schreihals muß ich den Mund stopfen. (Widerspruch und Lärm rechts.) Weibe nur so artig, dann wirst Du schon durchs Leben kommen, und etwas kräftiger jagt der Reichslanzler, in den Handelsverträgen von 1892—1894 sei die Landwirtschaft zu kurz gekommen, jetzt dürfe sie die Industrie nicht wundern, wenn sie einmal zu kurz käme. Aber die staatsmännischen Gedanken, die den Handelsverträgen des Grafen Caprivi zu Grunde gelegen haben (Lärm rechts), bestanden nicht lediglich in dem Abwägen der Interessen der einzelnen Erwerbsgruppen gegen einander, sondern der weitsehenden Gesichtspunkt war, daß Deutschland seine Bevölkerung nur durch die Industrie, namentlich durch die Exportindustrie, vermehren und dem Lande erhalten kann. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Dieser staatsmännische Gedanke (Lärm rechts) hat seinen klaffenden Ausdruck gefunden in dem Wort: Wir müssen entweder Waren exportieren oder Reisende. (Sehr gut! links.) Die neuen Verträge schaffen die dringende Gefahr, daß sie wieder mit dem Export von Menschen im großen Maßstabe beginnen werden. Bis jetzt hat dieser Export, diese Auswanderung, erfreulicherweise abgenommen, nämlich von 120 000 im Jahre 1891 auf 83 000 im Jahre 1902 und 88 000 im Jahre 1903. (Hört! hört! links.) Daß aber diese Menschen im Lande bleiben, daran hat die Landwirtschaft ein vitales Interesse. Denn sonst muß die Lektüre, über die Sie mit Recht sagen, noch größer werden. Und wer soll die landwirtschaftlichen Produkte verzehren, wenn die Konsumenten auswandern? Und ist das nicht die größte Schädigung der Wehrkraft des Reiches? (Sehr richtig! links.)

Am 1. März 1894 behauptete ein agrarischer Führer, daß es mit der Landwirtschaft im Osten darüber sei; die kommenden zehn Jahre würden Deutschland mehr kosten, als ein unglücklicher Krieg. Was aber zeigt die Statistik? Die Zahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Güter ist in der Zeit der Caprivischen Handelspolitik in Ost- und Westpreußen ganz bedeutend zurückgegangen. Es ist damals weiter von den Agrariern die Behauptung aufgestellt worden, Deutschland würde mit russischen Roggen überschwemmt werden. Was aber haben wir: In den Jahren 1880—91 betrug dieser Import durchschnittlich 763 000 Tonnen jährlich, in den Jahren 1900—03 aber 777 000 Tonnen. Das sind 14 000 Tonnen mehr, aber es kommt in Betracht, daß inzwischen der Identitätsnachweis aufgehoben worden, und daß seitdem deutsches Getreide ins Ausland geführt worden ist, das aus Rußland erlegt werden mußte. Die Zunahme der Produktion der Landwirtschaft beträgt seit den Caprivi-Verträgen 16 Proz. bei Winterweizen, 40 Proz. bei Sommerweizen, 33 Proz. bei Winterroggen, 20 Proz. bei Sommerroggen und 48 Proz. bei Hafer. (Hört! hört! links.) Alle diese Zahlen sprechen gegen die Annahme des Reichslanzlers, daß die Landwirtschaft unter den Handelsverträgen Caprivis zu kurz gekommen sei. Sie sind aber auch ein Beweis für die Zurückgegang der deutschen Landwirtschaft. Sie wird sie hoffentlich weiter betreiben und vorwärts kommen ohne so große Zollerhöhungen, wie sie die neuen Verträge enthalten.

Die Arbeitskraft des deutschen Volkes ist viel größer als seine Konsumtionsfähigkeit. Hierin liegt der innere Grund für die Notwendigkeit, zum Industriestaat überzugehen. (Hört! hört! rechts.) Je länger und je mehr man sich dieser Notwendigkeit widersetzt, desto größer wird die wirtschaftliche Erstarrung sein, die diesen Uebergang erzwingt. (Hört! hört! rechts. Sehr gut! links.)

Ich muß anerkennen, daß Erleichterungen erzielt worden sind. Zunächst das Infrastrukturamt am 15. Februar 1900; dann die Erleichterung für jüdische Handlungsreisende (Zuruf bei den Antisemiten: Natürlich!) in Rußland. Was ihre Besteuerung angeht, so sind sie gleichgestellt mit christlichen Handlungsreisenden. Ob sie es auch in bezug auf die übrige Behandlung werden, darüber schweigt der Handelsvertrag. Der Grundvererb ist den Ausländern in Rußland erleichtert worden. Es sind Schiedsgerichte eingeführt für zolltarifliche Streitigkeiten leider nicht mit Rußland. Eine gemischte Sachverständigenkommission unter neutralem Vorsitz soll über veterinär-polizeiliche Fragen nach dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn entscheiden. Das System aber der hohen Eingangszölle, des Abschusses gegen andere Nationen konnte durch alle Unterhandlungen nicht beseitigt werden, weil die Unterhändler mit gebundener Marschroute gingen. Es mutet fast wie Ironie an, wenn es in der Einleitung zum russischen Verträge heißt: Der deutsche Kaiser und der Kaiser von Rußland sind von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern noch mehr zu beleben. (Lärm links.) Diese Handelsverträge sind eigentlich Verträge gegen den Handel.

Es ist eine Illusion, daß die Löhne steigen, wenn die Zölle erhöht werden. In dem Augenblick, wo der Export unterbunden wird und die notwendigen Lebensmittel verteuert werden, kann von einer Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht die Rede sein. (Sehr richtig! links.) Das Resultat der Politik ist eine Schädigung der Industrie, die auch diejenigen trifft, die als Hochschützlinge für agrarische Forderungen eintreten. (Sehr richtig! links.) Das Resultat dieser Politik ist das gängliche Ignorieren der Interessen der Konsumenten in den Handelsverträgen. (Sehr richtig! links.) Einzelne Industrien wie die Gold- und Silberwaren, sowie die Spielwarenindustrie sind ja zufrieden, andere Industrien wieder sind schwer bedroht. Die Kartonnindustrie z. B. betont, daß die Zölle nach Oesterreich, die schon prohibitiv waren, noch erhöht sind. Aber die Interessen der einzelnen Industriezweige müssen zurücktreten vor zwei großen Fragen, der der Kartelle und der Auswanderung unserer Industrie. Nur hinter hohen Zollmauern haben die Kartelle solchen Umfang in fast jedem Wirtschaftsbereich des Deutschen Reiches erreichen können. So wirken die Zölle nicht nur direkt verteuern auf die Preise, sondern auch indirekt durch die Möglichkeit derartiger Syndikationen. Für die Auswanderung der Industrie liegt der Grund nicht allein in unserer Zollpolitik. Ein Teil der Schuld liegt daran, daß die auswärtigen Staaten ihre eigene Industrie bevorzugen, selbst wenn diese teurere Preise stellt. Daß dieses Verfahren mit dem Wortlaut der Handelsverträge vereinbar ist, läßt sich nicht leugnen. Ob es mit dem Geiste der Handelsverträge vereinbar ist, will ich heute nicht untersuchen, weil es die deutschen Regierungen ebenso machen. In die einzelnen Bundesstaaten bevorzugen die Industrie ihres eigenen Staates vor der der anderen Bundesstaaten. Das Ausland zwingt die deutschen Fabriken, Kartellen im Auslande zu etablieren. Die Herrschaft der neuen Handelsverträge wird jedenfalls diesen Zwang zur Auswanderung noch verstärken. Der Reichslanzler zitierte sichtlich das Wort des Fürsten Bismarck an den russischen Minister Herrn v. Giers: Weinen Sie nicht; den deutschen Agrarzöllern werden Sie eine russische Industrie verbanken. Das ist die denkbar schärfste Verurteilung unseres ganzen augenblicklichen Wirtschaftssystems. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich kann jetzt nicht ausführlich eingehen auf die Ausführungen des Herrn Vorredners. Ich behalte mir das für morgen vor. Aber ich muß einen Punkt hier zurückweisen, nämlich die Auffassung über die schädliche Wirkung der neuen Handelsverträge auf Handel und Industrie. Diese Auffassung ist nämlich durchaus irrig. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Aber die Handelsverträge studiert hat, muß sich überzeugen, daß eine sehr große Anzahl von Bestimmungen in den neuen Verträgen und zwar sowohl in den unsrigen, als in denen der Vertragsstaaten, für die Industrie einen Vorteil gegenüber dem früheren Zustand bedeuten.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist ein schlechter Antrag eingegangen, für den erkrankten Abg. Paasche als vorläufigen Vizepräsidenten den Abg. Büsing zu wählen. Der Antrag wird debattellos angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages führte am Donnerstag die ostafrikanische Währungsfrage noch zu einer längeren Debatte. Abg. Dr. Arndt bedauerte, daß in der Kolonie nicht die Reichswährung eingeführt worden ist; die jetzt von der Regierung erzwungene besondere, mit der indischen nicht identische Rupienwährung komme nur den Wechslern zu gute. Die geplante Währung werde von großer Bedeutung für die Entwicklung der Kolonie sein; er würde aber die Erlösung einer staatsfinanziellen Vorgelegen haben. Abg. Erzbürger polemisierte gegen die Darlegungen des Professors Helfferich vom Tage vorher über die neue Währung in Ostafrika; aber kurz oder lang müsse man doch zur Reichswährung übergehen. Die Errichtung der Bank in die Hände der Deutschen Ostafrika-Gesellschaft zu legen, sei außerordentlich bedenklich; erst habe man jener Gesellschaft das Notendruckprivileg für 500 000 M. abgekauft, jetzt gebe man es ihr wieder — wahrheitsgemäß, um es ihr nach abermals zwei Jahren noch einmal abzukaufen. Scharf zu tadeln sei die Ausschaltung des Reichstages in dieser Frage; man betrachte ihn offenbar nur als Geldbewilligungsmaschine. Kolonialdirektor Dr. Stäbel sagte, die Interessenten im Schutzgebiete hätten sich für eine Rupienwährung ausgesprochen. Abg. Spanh hatte gewünscht, man hätte durch Reichsgesetz die Grundlage für Schaffung von Kolonialbanken nach Analogie der preussischen Kommunalbanken gelegt. Geh.-Rat Dr. Helfferich verteidigte das Vorgehen der Regierung. Abg. Dr. Müller-Sogau tadelte entschieden, daß man jetzt wiederum nur einigen Zentrums-Abgeordneten Einblick in den Vertrag gestattet habe.

Bei dem Etat der Eisenbahnen in Ostafrika machte der Kolonialdirektor Dr. Stäbel Mitteilung davon, daß der Betrieb der Usambara-Bahn demnächst verpackt werden solle. Der Vertrag werde dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Im Verlaufe der Debatte fragte Abg. Ledebour an, welcher Abstammung die farbigen Schutztruppler und farbigen Hülfsträger der Verwaltung seien. Kolonialdirektor Dr. Stäbel legte dar, daß die farbigen zum Teil Sudanesen, zum Teil Eingeborene des Schutzgebietes seien. Die Verwaltung müsse zugeben, daß einzelne schwarze Schutztruppler sich ein hochfahrendes Wesen angewöhnten; aber sie würden streng beaufsichtigt und bei Uebertreten bestraft. Abg. Ledebour wies auf die Notwendigkeit eines Ersatzes der staatsfremden Soldaten in der Verwaltung durch Eingeborene hin, eine Bemerkung, deren Veredlung Dr. Stäbel nicht bestritten konnte.

Beim Etat für das Schutzgebiet Loga regte Abg. Ledebour die Frage der Logolandgesellschaft wieder an, die schon in der letzten Session behandelt wurde. Kolonialdirektor Dr. Stäbel sagte, daß im Schutzgebiete eine Kommission gebildet worden sei, um zu untersuchen, ob nicht die Landgesellschaft zur Aufgabe eines Teiles ihres Gebietes gezwungen werden könne und müsse. Für eine Landgesellschaft seien die Unterabteilungen bereits abgeschlossen worden und es habe sich herausgestellt, daß im Interesse der Eingeborenen und der Besitz der Gesellschaft zu beschränken sei; auf den Kopf der einheimischen Bevölkerung müßten unter Berücksichtigung der Volksvermehrung wenigstens 2 Hektar zur Verfügung

Neuen. 1500 Hektar wurden der Gesellschaft abgenommen; ob man auch im Interesse des Risikos noch Landabteilungen verlangen sollte, sei noch nicht festgelegt. Abg. Ledebour verlangte, daß diese Erklärungen im Protokoll niedergelegt würden; er bezweifelte, daß der jetzt den Eingeborenen zu Gebote stehende Raum (ungefähr 1 Hektar für die Familie) ausreichte, zumal man doch auch Wald- und Jagdgebiete in Rechnung stellen müsse. Die Verwaltung habe keinen Anspruch auf besonderes Lob. — Das Schuggebiet Lago erfordert keinen Reichszuschuß, erhält sich vielmehr aus seinen eigenen Einkünften; aber dabei ist zu bemerken, daß 20 Proz. der gesamten Einnahme aus — Schatzkassen bestehen!

Die Stadt der anderen Schuggebiete werden ohne erhebliche Debatte genehmigt. Nächste Sitzung Dienstag; Tagesordnung: Kaufschon und Marine-Gesetz.

Wahlprüfungs-Kommission. Gegen die Wahl des Abgeordneten Mugdan, freisinnig, Wahlkreis Gorki-Lauban, lag ein Protest von sozialdemokratischer Seite vor. Bei der Hauptwahl hatten Stimmen erhalten: Sozialdemokrat 16 667, Freisinn 9529, Nationalliberal 9228, Zentrum 1094; bei der Stichwahl Keller, Sozialdemokrat, 18 200, Mugdan 18 495. Eine Anzahl Behauptungen des Protestes wurden von der Kommission als nicht genügend substantiiert erachtet, andere für erheblich erklärt und z. B. Wahlakte fälscht, wo Stimmzettel im Wahllokal ausgelegt hatten; allein, bei der Berechnung stellte sich heraus, daß unter Berücksichtigung der erheblichen Fälle dem Abg. Mugdan noch eine Mehrheit von 182 Stimmen verblieb. Deshalb beschloß die Kommission, beim Plenum die Gültigkeit der Wahl Mugdans zu beantragen.

Zu dem entgegengesetzten Resultat kam die Kommission bei der Prüfung der Wahl des Abg. Korfanth (Pole), Wahlkreis Skatowig-Jabrze. Bekanntlich spielten sich bei dieser Wahl die Skramale in Laurahütte ab, die zu schweren Eingriffen der Polizei führten, unter anderem auch zum Verbot einer Wählerversammlung in Przelaska. Ein von Seiten der Zentrumspartei eingelegter Protest gegen die Wahl Korfanths bewirkt nun, durch die Skramale und das Versammlungsverbot, daß die Wahlprüfung verlegt, darum die Wahl für ungültig zu erklären. Die Erhebungen haben die Tatsache des Versammlungsverbotes bestätigt. Korfanth hatte bei der Stichwahl 23 550, Petoda, Zentrum, 22 675 Stimmen erhalten, ersterer also eine Mehrheit von 675 Stimmen. Die Kommission hielt das Versammlungsverbot für so erheblich, daß sie zur Kassierung der in dem betreffenden Bezirk abgegebenen Stimmen schritt. Damit fiel die Majorität Korfanths und die Kommission beschloß darauf einmütig, die Ungültigkeit der Wahl beim Plenum zu beantragen.

Die Politik der russischen Regierung.

In einem kürzlichen Artikel, der gewisse Stimmungen der russischen Oberen wiederzugeben scheint, erörtert ein Moskauer Mitarbeiter der „Vostischen Zeitung“ die politischen Ansichten. Der Gewährsmanne rechnet damit, daß die herrschende Clique systematisch darauf hinarbeitet, den „Unterstand der Massen“, d. i. der Bauern, gegen die revolutionäre Intelligenz rebellisch zu machen. Sicher ist, daß der Zarismus seit jeher diese Politik verfolgt und noch neuerdings hat er sie sogar bei den Industrie-Arbeitern angewandt, die freilich für solche Treueführung schon zu aufgefärrt sind.

Der Korrespondent der „Vostischen Zeitung“ kommt zu dem Schluß:

„In diesen Provinzen lebt und arbeitet daher das Landvolk unter Bedingungen, wie sie uns deutsche Chronisten aus dem 12. Jahrhundert schildern. Genüß, der Bauer ist nicht mehr Leibeigener, seine Lage ist aber noch weit trauriger als die der Leibeigener, denn er ist Werkzeug und Kanonenfutter für eine ihm völlig unbekannte Clique, während er sich einbildet, für den Zaren zu arbeiten. ... Am deutlichsten aber spricht sich das Bedenken, daß durch ein Hundschreiben an das Landvolk wendet, worin die Bauern aufgefordert werden, den Zaren zu schützen und der Obrigkeit zu gehorchen! Wegen wen soll der Zar geschützt werden? Doch wohl gegen den Feind der Clique, gegen die Liberalen, gegen alle „Nichttruppen“ und Intelligenzen, die es satt haben, sich und das Volk auszusprengen zu lassen. Anders ist dieser Aufruf gar nicht zu verstehen. Die Clique bereitet das Volk vor, im gegebenen Augenblick für die Reaktion zu arbeiten. Im Aufbegehren wird der Jude, in Moskau der liberale Semstwo-Mann daran glauben müssen. Nach den Vorgängen in Petersburg halte ich die Clique für allem fähig, und kein gebildeter Russe leugnet, daß die Popularität — wörtlich zu nehmen — auf Seiten der Regierung bleiben wird.“

Ich glaube nicht, daß ein Volksaufstand in Rußland in allen Gouvernements gleichzeitig ausbrechen wird; dazu hat die Clique wohl noch zu viel Gegner in den Reihen der Gouverneure. Ebenfalls wenig kann ich annehmen, daß er schon jetzt beginnen wird. ... Es werden große Truppen von Arbeitern, die sich an den Ausständen beteiligten, in die Heimatdörfer abgeschoben. Wozu wird denn gerade das unruhige Element in die Dörfer geschickt und nicht die Tausende von Bettlern? Es gibt dafür keine andere Erklärung als den Wunsch der Mächtigen, das Volk gegen die Intelligenz vom Lande zu hegen.

Trotz allem dürfte ein Bauernaufstand gegen die Intelligenz vor dem nächsten Jahr zu erwarten sein. Dann aber treten wirtschaftliche Faktoren hinzu, die mir einen solchen Aufstand wenigstens für einzelne Gouvernements unvermeidlich erscheinen lassen. Zunächst der Mangel an Saatgetreide und der Mangel an Geld, welches zu beschaffen, und dann die Abwesenheit genügender Arbeitskräfte. Die Zeit der Ackerbestellung ist in Rußland weit länger benehmen als in Deutschland, und die in mehrere Stadien geschrittenen Acker liegen häufig 2—3 deutsche Meilen auseinander. Nun haben einzelne Kreise 7 und 8 Mobilmachungen über sich ergehen lassen müssen. Die Bauern vieler Gebiete werden daher vor der Unmöglichkeit stehen, den Acker zu bestellen und später zu ernten. Der Staat wird nicht in der Lage sein, rechtzeitig Getreide zu liefern, wenn er dazu auch finanziell in der Lage wäre. Was also bleibt dem Bauer übrig, als zu rauben? Oder glaubt jemand, daß er schon so ausgemergelt sei, daß er sich hinlegt, um zu sterben?

Wenn der Zar nicht einlenkt und unerbittlich die von der gemäßigten-liberalen Gruppe aufgestellten Hauptforderungen: Freiheit der Presse und Zusammentritt eines Parlaments von Semstwo-Leuten erfüllt, dann wird Rußland der Zummelplatz eines Volksaufstandes werden, der an Schrecken nicht geringer werden wird, als der dreißigjährige Krieg es für Deutschland war. Dieser Aufstand wird vielleicht nicht nur das Haus der Romanow vom Throne fegen, — er wird die Kultur vernichten und den russischen Staat zertrümmern.“

In diesem liberalen Stimmungsbild spiegelt sich, wie man sieht, ein gut Stück bürgerlicher Angst vor dem Aufstand der dunklen Masse. So weit es die Bauern angeht, die allerdings teilweise sogar in den japanischen Krieg mit verbundener Begeisterung für den Friedenszaren gegangen sind, mögen die Beschränkungen nicht ganz unbegründet sein. Dagegen liegt die ganze Rettungsmöglichkeit in dem Industrieproletariat, das zu einem Kampf gegen die Intelligenz durch die ärgsten Vorkämpfer des Väterchens zu gewinnen ist. Aber die „gemäßigte Liberalen“ fürchten sich eben auch vor dem proletarischen Klassengegner, und deshalb ihre Angst, die Gelpenster sieht. Der „gemäßigte“ Liberalismus gerade ist die Gefahr, die nur durch die entschlossene Demokratie überwunden werden kann.

Ueber die Bewegung in Rußland. Polen liegen keine klaren Nachrichten vor. In den gefährlichen blutigen Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Die Militärdiktatur unterdrückt, ohne einschneidenden Blut zu vergießen.

Neuer Ausstand in Petersburg?

Laffans Bureau meldet: Die Mehrzahl der Arbeiter in der staatlichen Patronenfabrik im Petersburger Viertel Wassili-Dstrow, in der 5000 Personen beschäftigt sind, legte die Arbeit nieder. Auch die Arbeiter einer Anzahl kleinerer Fabriken in Wassili-Dstrow wurden ausständig. Die Arbeiter in dem Fabrikort Kopolino und in den Putilow-Werken verließen die Fabrikräume nach achtstündiger Arbeitszeit. Der Generalgouverneur Trepow ließ darauf Bekanntmachungen veröffentlichen, alle staatlichen Fabriken würden geschlossen werden, falls nicht die volle Arbeitszeit eingehalten und alle anderen bestehenden Arbeitsbedingungen beobachtet werden würden.

Gapons „Strafe“.

Wie ein böshafter Zensurpafß lieft sich das Telegramm über die Bestrafung Gapons:

Georgi Gapon ist des Seelsofger-Amtes im Deportationsgefängnis entsetzt mit dem Verbot, die geistlichen Pflichten zu erfüllen, solange seine Rolle in der Arbeiterbewegung nicht klargestellt sei.

Es scheint danach, daß Gapon den Häfchern tatsächlich entronnen ist!

Intellektueller Streik.

Dorpat, 9. Februar. Siebzehn Professoren der Universität gaben in der Sitzung des Professorenkollegiums die Erklärung ab, daß sie wegen der erregten Stimmung der Studenten, welche einen normalen Lauf der Studien beeinträchtigen und weil es unvereinbar mit der Würde der Hochschule sei, die Studien fortzusetzen, wenn ihre Möglichkeit durch Polizeischonung garantiert werde, ihre Tätigkeit einstellen. Das Kollegium beschloß mit 28 gegen 7 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen, die Vorlesungen zeitweilig einzustellen, bis das Kollegium die Möglichkeit der Wiederaufnahme derselben festgestellt haben werde.

Ausstandsbewegung.

Satu, 9. Februar. Infolge des Sezerausstandes sind die Zeitungen heute nicht erschienen.

Der Generalfreik in Lodz.

Lodz, 4. Februar. (Fig. Ber.) Bereits seit dem 21. Januar dauerte unter der Arbeiterchaft eine Gärung, die mit dem Streik in der Fabrik von Steineri begonnen hatte. Am 28. stand bereits diese ganze Fabrik (1000 Mann). Am gleichen Tage blieb die Fabrik Behr (3000 Mann) stehen, dann die von Leonhard, Dobranid u. a., zusammen etwa 15 000 Arbeiter. Am Freitag morgen streikte schon etwa die Hälfte, am Samstag sämtliche Fabriken, desgleichen ruhten die Stadtbahnen, die Theater. Sonnabend wurden auf die Anforderung der Streikenden hin alle Monopolläden mit Branntwein geschlossen, desgleichen alle Restaurants, Konditoreien, größere Läden, Bureau und die Post. Der Generalfreik wurde ein absoluter: Die Schulen wurden geschlossen, die Druckereien, Bäckereien, Telephonstationen, Gaswerke — alles ruhte. Die Behörden verordneten, um die Beleuchtung aufrecht zu erhalten, den Betrieb mit Soldaten zu besetzen, es kam jedoch sofort zu Unruhsfällen. Darauf wurden am 2. Februar in der Nacht alle Heizer und die Hauptarbeiter der Gaswerke in ihren Wohnungen verhaftet, unter militärischer Bedeckung nach den Verhörsstätten gebracht und hier zwangsweise festgehalten! Die Droschkentufcher wurden nicht zum Streik gezwungen.

Am Sonnabend, den 28. Januar, bot die Stadt ein so eigenartiges Bild. Unzählige Arbeitermengen durchstreiften die Stadt. Die Polizei und die Soldaten sahen noch ruhig zu. Demonstrationen gingen ruhig in allen Straßen, hauptsächlich in der Petrikauerstraße. An vielen Punkten blieb die Menge stehen und sozialdemokratische Redner hielten auf offener Straße politische Ansprachen. Um 4 Uhr nachmittags formierte sich in der Langenstraße ein Arbeiterzug von mindestens 10 000 Mann.

So lange die Militärkräfte hauptsächlich aus Reservisten der Artillerie bestanden, hielt sich die Soldateska noch zurück. Aber schon im Laufe des Sonntags wurden frische Gifstruppen aus Sterniewice und aus Lomitz, Kavallerie aus Wloclawek, Kosaken aus Wielun herbeigeschickt. Im Grand Hotel in der Petrikauerstraße nahm der Petrikauer Gouverneur Arcimowicz Posto, Soldaten und Offiziere wurden auch in Hotels und Privathäusern einquartiert, wie feindliche Eroberer. Abends am Sonntag, den 29., begann denn auch schon das blutige Spiel. Gegen 5 1/2 Uhr wurde eine Menge Publikum in der Petrikauerstraße von der Polizei umzingelt, in den Hof des Hauses Nr. 107 derselben Straße hineingedrängt und hier begann eine unbeschreibliche Mekelei: mit Gewehr- und Knüttelstücken die Scherger auf die ruhigen und wehrlosen Leute ein, auf die Köpfe, auf die Köpfe; von zwei Opfern dieses Massakers, einem Schuhhändler Wegner und Frau Weich man, daß sie im Sterben liegen, anderen erging es ähnlich. Um 6 Uhr vor dem Grand Hotel bat eine Gruppe Arbeiter um das Schließen des Restaurants, als bald stürzte sich ein Trupp Soldaten auf die Arbeiter und das Publikum und fing an, fürchtbar zu massakrieren. Der Polizeimeister Czeganowski stand selbst mit einer Kajakita dabei und bearbeitete eigenhändig die Passanten! Trotz allen diesen Probationen verhielten sich die Arbeiter mit musterhafter Ruhe. An den folgenden Tagen suchten die Bestien noch eifriger nach Opfern. Allmählich wurde jemand aus dem Publikum ohne jeden Anlaß herausgegriffen und zu Tode gefoltert oder durchschossen. So am 3. Februar wurde ein gewisser Kaplanski, Handlungsgehilfe aus dem Speditionsbureau von Livow, ein gänzlich unbeteiligter Mensch, mit einer Fiede durchbohrt. Am Montag, den 30. Januar, wurden Schulsungen fürchtbar von den Kosaken geschlagen, weil sie in der Petrikauerstraße truppweise ruhig spazierten, und zwar geschah dies auf lauten Befehl des Polizeimeisters. Am 1. Februar, in Widzewo, entstand ein Gemetzel in der Fabrik von Heinkel u. Kuniger. Kosaken und Soldaten gaben einige Salven auf die Arbeiter, die sich hier behufs Lohnempfang versammelt hatten, neun Arbeiter fielen tot, mehr als 20 wurden zu Krüppeln geschossen. Freitag, den 3., um 9—10 Uhr, gab es ein ähnliches Gemetzel in der Langenstraße bei Rudolf Keller (Faschinenfabrik), wo Streikende einen Teil der Streikbrecher überreden wollten. Die Arbeiter sind blutig geschlagen worden, in Ketten gelegt und ins Gefängnis abgeführt worden.

Seit Dienstag dauern die Verhaftungen, am meisten werden Gymnasialkinder festgenommen.

Für den Montag hat die Sozialdemokratie das Ende des politischen Generalfreiks beschlossen und die Fortsetzung einzelner Streiks zu ökonomischen Zwecken. Zu diesem Behufe sind für jede wichtige Fabrik die Forderungen auf gefonderten Flugblättern formuliert worden. Hauptforderungen, die wir stellen, sind: Achtstundentag, Minimallohn 20 Kop. pro Stunde für Männer und Frauen gleich, Verbot der Ainderarbeit bis 16 Jahre, Abschaffung der Ueberstunden und der Nachtarbeit, Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Die Revolution in Rußland.

II.

So genügt es denn, die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in russischen Reiche einzigermaßen zu kennen, um sich im voraus darüber klar zu sein, daß die jetzige Revolution, gleichviel welche Formen und welchen äußeren Anlaß sie zunächst annehmen, nicht aus der Pistole geschossen kam, sondern vielmehr historisch aus der sozialdemokratischen Bewegung im ganzen Reiche emporgewachsen ist, daß sie ein normales Stadium, einen natürlichen Anknüpfungspunkt auf der Entwicklungslinie der sozialdemokratischen Agitation bildet, einen Punkt, in dem die Quantität wieder einmal in die Qualität — in eine neue Form des Kampfes — umgeschlagen ist, eine beschleunigte Reproduktion auf höherer Stufenleiter der

sozialdemokratischen Massenbewegungen in Petersburg vom Jahre 1908 und in Moskau vom Jahre 1909.

Ueberblickt man nämlich die etwa fünfzehnjährige Geschichte der sozialdemokratischen Praxis im russischen Reich, dann erscheint sie nicht als ein schroffer Plötzakts, als welcher er subjektiv den dort tätigen Sozialdemokraten jedenfalls erscheinen mochte, sondern als eine ganz logische Entwicklung, in der sich jedes höhere Stadium aus dem rückwärtigen ergab und ohne dieses gar nicht denkbar wäre. Wie bitter die anfängliche Phase der geschlossenen Einzelpropaganda von den Sozialdemokraten selbst später auch kritisiert wurde, so hat doch zweifellos erst diese unerschöpfliche Stillschubarbeit jenen zahlreichen Stod aufgefärrter Individuen unter dem Proletariat herangebildet, die weiterhin zu Trägern und Stützpunkten der Massenagitation auf dem Boden der wirtschaftlichen Interessen wurden. Desgleichen hat erst diese intensive ökonomische Agitation die weiteren Schichten der Arbeiterchaft so weit ausgerüstet, ihnen die Idee des Klassenkampfes so weit beigebracht, daß die ausgesprochene und scharf akzentuierte politische Agitation einen fruchtbareren Boden fand und so die Reihe der großen Straßendemonstrationen aufsteigern konnte. Und alle diese Entwicklungsstufen in ihrer Gesamtheit, in ihrer sich immer steigenden Intensität und dem immer zunehmenden Umfang der Agitation haben erst jene Summe der politischen Aufklärung, jene Aktionsfähigkeit und jene revolutionäre Spannung geschaffen, die zu den Ereignissen des 22. Januar und der folgenden Woche geführt haben. Und zweifellos ist es alleiniges und direktes Werk der Sozialdemokratie, daß sie das Gefühl der politischen Klassen-zusammengehörigkeit aller Proletarier im Zarenreich trotz aller nationalen Exereien des Absolutismus so stark entwickelt hat, daß die Petersburger Erhebung zum Signal einer einmütigen allgemeinen Erhebung der Arbeiterchaft im ganzen Reiche wurde: im eigentlichen Rußland wie noch mehr in Polen und Litauen, einer Erhebung zu gemeinsamen Zwecken, mit gemeinsamen Forderungen.

Nicht darauf kommt es natürlich an, um den von der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland beabsichtigten geschichtlichen Weg als den besten, den einzig und wirklich guten zu rechtfertigen. Es ließe sich vielleicht — besonders jetzt, hinterdrein — ein viel kürzerer und besserer Weg ausfindig machen. Da aber die gesellschaftliche Geschichte eine ewige Krenniere, eine Vortrefflichkeit bleibt, die nur einmal gegeben wird, so kommt es — besonders für die Sozialdemokratie — vor allem darauf an, die tatsächlichen Wege der Arbeiterbewegung, wie sie nun einmal in jedem Lande statgefunden hat und stattfindet, in ihrer inneren Logik begreifen zu lernen.

Freilich spielen die Kriegereignisse und der unerträglich genordene Druck des Absolutismus eine große, eine entscheidende Rolle bei diesen Ereignissen. Allein, daß der Moment des gegenwärtigen Krieges einen solchen Ausbruch herbeiführen konnte, daß der Druck des Absolutismus subjektiv für die große Masse des Industrieproletariats ganz unerträglich geworden — objektiv ist sich dieser Druck stets gleich geblieben — darin eben äußert sich die von der Sozialdemokratie geleistete Vorarbeit. Der für das offizielle Rußland nicht minder vernichtende Krinrieg hat seinerzeit nur zu einer farce „liberaler“ Reformen geführt und diese Farce war die Liquidation und das Requitale derjenigen politischen Macht, die der russische Liberalismus für sich allein auszubringen vermocht hat. Der russisch-fürliche Krieg, der an barbarischem Schalten und Walten mit Zehntausenden Proletarier- und Bauernleben dem gegenwärtigen in nichts nachstand und der seinerzeit auch eine starke Gärung in der Gesellschaft hervorgerufen, hat nur das Auftommen der terroristischen „Narodnaja Wola“ beschleunigt und in ihrer glänzenden, aber kurzen und sterilen Laufbahn gezeitigt, was an politischer Macht die revolutionäre Intelligenz, geknüpft auf die demokratischen und liberalen Kreise der „Gesellschaft“, auszubringen imstande ist. Das Auftommen der Partei des systematischen politischen Terrors war aber seinerzeit schon von vornherein ein Produkt der Enttäufung über die Organisations- und Aktionsunfähigkeit der russischen Bauernmasse. Damit hatte auch diese Gesellschaftsklasse im Zarenreich ihre historische Indolenz nachgewiesen.

Und erst der jetzige Krieg vermochte eben eine revolutionäre Massenbewegung aus dem Boden zu stampfen, die sofort die ganze Zwingburg des Absolutismus erzittern machte. Weil eben erst der jetzige Krieg im ganzen Reiche eine durch die fast jahrzehntelange Agitation ausgerüstete und aufgefärrte moderne Arbeiterklasse vorgefunden hat, die imstande ist, die revolutionären Konsequenzen des Krieges zum erstenmal in der Geschichte Rußlands zur revolutionären Tat zu prägen.

Und erst auf dem Fonde dieser sozialdemokratischen Arbeiterbewegung besamen liberale Regungen und demokratische Strömungen der Intelligenz, des fortschrittlichen Adels Blut und Leben, Bedeutung und Nachdruck. Die proletarische Revolution kam gerade im richtigen Moment, nämlich just als ihre momentanen Vorläufer: die liberale Semstwo-Aktion und die demokratischen Intelligenzaktionen in Rußland an ihrer eigenen Machtlosigkeit zu zerfallen drohten, als in der ganzen oppositionellen Bewegung plötzlich ein bedeutsamer toter Punkt eingetreten war, den die Reaktion mit der sicheren Spürnas der Herrschenden sofort herausgefärrt hatte und sich eben ansetzte, mit festerem Fuße aufzutreten. Der muskulöse proletarische Massenarm hat den Karren mit einem Ruck vorwärts geschoben und ihm eine solche Geschwindigkeit beigebracht, daß er nicht eher zur Ruhe kommen kann und wird, als bis der Absolutismus unter seinen Rädern zermalmt liegt.

Auch im Zarenreich ist die Sozialdemokratie nicht diejenige, die erntet, wo andere gesät haben, vielmehr gehört ihr die revolutionäre Ausfaat mitamt der Riesenernte der Urbarmachung des proletarischen Bodens. Die Ernte aber gehört allem fortschrittlichen Elementen der bürgerlichen Gesellschaft und nicht zuletzt — der internationalen Sozialdemokratie.

A. Luxemburg.

Partei-Nachrichten.

„Der Klassenkampf im Ruhrrevier“.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien vor einigen Tagen eine Broschüre, die das Ringen der Ruhrbergleute im Kampfe gegen das übermächtige Grubenkapital schildert. Dieser Kampf, geboren aus der Empörung über jahrelange brutale Mißhandlung des Menschen im Arbeiter, geboren aus der tiefstschmerzlichen Ausbeutung der Arbeiter durch ein raffgeriges Unternehmertum, ist ein geschichtliches Ereignis von hoher Bedeutung in den Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse. Nationale, politische und religiöse Differenzen, die unter diesem bunt zusammengefügten riesigen Arbeiterheere zur Freude und zum Vorteil der Unternehmer eine schädliche Rolle spielten, waren mit einem Schläge ausgelöscht. Einig und geschlossen stand eine Masse von mehr als 200 000 Proletarier auf, dem gemeinsamen Feinde Kapitalismus entgegen, der ja selbst keine Unterschiede macht zwischen Arbeiter und Arbeiter.

Die Broschüre behandelt in einer Einleitung die Bedeutung dieses Kampfes als Klassenkampf, die besonderen Anlässe des Streiks und seinen Verlauf, das Leben des Bergmannes und schließlich die parlamentarischen Aktionen, die er hervorgerufen, sowie die Stellung der Regierung und der Parteien zu dem Streik und den Forderungen der Streikenden. Sie ist somit ein geschichtliches Dokument und für alle Arbeiter von hoher Wichtigkeit.

Der Preis beträgt 20 Pf. Für Wahlvereine und Vertrauensleute Vorzugspreise.

Bestellungen nehmen alle Zeitungsdepoteure entgegen.

In der Errichtung einer Parteidruckerei in Elberfeld, Barmer hat der Verlag der „Freien Presse“ den Kauf eines Grundstücks vollzogen. Mit den Bauarbeiten wird in den nächsten Tagen bereits begonnen und am 1. Januar 1908 soll das neue Gebäude in Benutzung genommen werden. Wir begrüßen das Unternehmen als ein erfreuliches Zeichen der Stärkung unserer Partei in Rheinland und Westfalen und der Entwicklung der „Freien Presse“.

Gewerkchaftliches.

Christliche Waffen.

Ueber den angeblichen „Terrorismus“ der Zentralverbände beklagen sich gern die Christlichen. Sie selber aber sind da, wo sie in der Mehrheit sind, diesem Terrorismus gegen Andersdenkende nicht abgeneigt. Ihr Hauptmittel zur Verdrängung der unliebsamen freien Gewerkschaften jedoch ist die Anschwärzung derselben bei den Unternehmern und die damit verbundene Hervorhebung der eigenen Unschädlichkeit für das Unternehmertum. Der „Münchener Kiferbund“, eine im christlichen Fahrwasser segelnde Mißgeburt einer Kuch-Arbeitervereinigung, die alljährlich für das Seelenheil ihrer lebenden und verstorbenen Mitglieder einen Jahresgottesdienst abhalten läßt, versandte an das Unternehmertum folgendes Birkular, das als klassisches Beispiel für die christliche Kampfweise hiermit der Nachwelt überliefert sei. Es lautet wörtlich:

Münchener Kiferbund!

An die geehrten Herren Prinzipale der Kifer Münchens! Durch das Vorgehen des Zentralvereins der deutschen Schächter sieht sich der Münchener Kiferbund e. V. veranlaßt, sämtliche in das Kifergewerbe einschlägigen Arbeitgeber mit dem zurzeit bestehenden Verhältnissen vertraut zu machen. Schon seit Jahren sucht der Zentralverein mit allen erdenklichen Mitteln den seit 25 Jahren bestehenden Münchener Kiferbund dahin zu bestimmen, sich in corpore der Organisation anzuschließen; dieselben Bestrebungen scheiterten jedoch fortwährend an der Einigkeit der Münchener Kifer. Erst in letzter Zeit ging der Zentralverein mit Hilfe der „Münch. Post“ schärfer vor, um sein Ziel in Bälde zu erreichen dadurch, daß verschiedene Departikel und Flugblätter erschienen, in denen das Verhältnis zwischen den Prinzipalen und den Kifern, sowie das Verhalten des Kiferbundes zu den Forderungen des Zentralvereins einer äußerst abfälligen Kritik unterworfen wurden. Gleichzeitig wurde auf Veranlassung des Schächtergehilfen Böswald eine Sektion dieser sozialistischen Kifer gegründet, um die Gewalt über die Münchener Kifer und deren Prinzipale in ihre Hände zu bekommen und das gute Verhältnis, das zurzeit zwischen diesen besteht, zu zerstören. Es ist ja richtig und auch Tatsache, daß die Lohnverhältnisse in manchen Betrieben wie auch die allgemeine Lage der Kifer sehr viel zu wünschen übrig lassen und einer Verbesserung bedürftig wären. Der Münchener Kiferbund ist sich jedoch dessen bewußt, daß, wenn er an die Arbeitgeber herantritt, um in manchen Fällen eine Verbesserung herbeizuführen, diesem nach Möglichkeit stattgegeben wird, ohne hierbei den ganzen Verein der Sozialdemokratie zu überliefern. Der fortgesetzten Agitation des Zentralvereins ist es nun gelungen, mehrere dem Kiferbunde nicht angehörige Kifer für sich zu gewinnen, welche in hiesige Verhandlungen in Konfession traten. Der Münchener Kiferbund erachtet es daher als seine Pflicht, die Arbeitgeber vor solchen gewissenlosen Elementen zu warnen. Als Grund hierfür gilt die Aussage des bei der Firma Stahl (Kunpshenburgerstr. 25) beschäftigten Kifer und Agitators H. Vauer in der Zentralversammlung vom 8. Januar d. J., wofolbst dieser wörtlich anführte: Wir müssen gegen unsere Prinzipale arbeiten und der meine weiß es ganz gut, daß ich Sozi bin, aber weg tun kann er mich nicht! — Warum? Daß unter solchen Umständen von einer fortschreitenden Entwicklung eines Geschäftes bei der jetzigen allgemeinen gedrückten Lage und der Konkurrenz keine Rede sein kann, wird jedermann zugeben müssen. Das Kifergewerbe bringt es mit sich, daß der Prinzipal seinem Kifer oft sein ganzes Vermögen anvertraut, deshalb sollte sich der Arbeitgeber die Frage aufwerfen: Ist mein Arbeiter würdig und fähig, das Vertrauen, das ich ihm schenke, zu meinen Gunsten zu verwerten? Die Angehörigen des Zentralvereins sind das nicht, sie arbeiten gegen ihre Arbeitgeber, deshalb ist es an der Zeit, jetzt schon dafür zu sorgen, daß Angehörige des Zentralvereins in hiesigen Betrieben keine Anstellung finden, ebenso wie der Kiferbund diese aus seinen Reihen entfernt.

Wir erlauben uns daher an unseren Herrn Prinzipalen die bescheidene Frage zu stellen: Sind Sie mit dem Vorgehen des Münchener Kiferbundes einverstanden, wollen Sie die Aufnahme eines Arbeiters nicht bewilligen, der der Organisation angehört? Und wollen Sie sich bei Bedarf von Arbeitskräften an den Münchener Kiferbund wenden, der Ihnen vertrauenswürdige Kräfte zuweist, so bitten wir, uns davon in Kenntnis setzen zu wollen. Wir hoffen daher um so sicherer, diesen Gegner aus dem Felde zu schlagen im Interesse unserer und unseres Berufes.

Im Auftrage der Vorstandschaft des Münchener Kiferbundes:
Heinrich Steinmez, Vorsitzender, Stephansplatz 10.

Der in dem Birkular genannte Kifer Vauer hat gegen den Verbreiter des Birkulars zunächst Klage eingereicht und es wird den Herrschaften hoffentlich von Gerichts wegen klargemacht, daß das alte Wort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.“ auch für fromme Christen gilt. Im übrigen paßt auf den Stil des Birkulars das bekannte Wort:

D gib den Menschenhunden ihr Recht
Und laß das kommende Geschlecht
Mit Schwänzen geboren werden.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Kifer nimmt, wie in der Versammlung der Streikenden am Donnerstag berichtet wurde, einen äußerst günstigen Verlauf. Die Beteiligung der Arbeiter an der Bewegung ist eine über Erwarten starke. Am Streik sind beteiligt über 300 Arbeiter von 120 Arbeitgebern. Mehr als 200 Arbeiter arbeiten bei 70 Arbeitgebern zu den neuen Bedingungen. Unter denen, die den Tarif bewilligt haben, sind die drei größten Firmen der Kiferbranche. Dieses Resultat nach einem Streik von 3-4 Tagen ist ein so günstiges, daß es zu weiteren Erwartungen für die nächste Zeit berechtigt. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Unternehmer erst abwarten wird, wie sich die Verhältnisse im Laufe dieser Woche gestalten. Sie werden bewilligen, wenn sie sehen, daß die Streikenden an ihren Forderungen festhalten.

Bekanntlich haben die Unternehmer in ihrer Versammlung am Dienstag die strikte Ablehnung des Tarifs beschlossen. Sie haben aber ihren Beschluß nicht, wie vereinbart war, dem Obmann des Gehilfen-Ausschusses bekannt gegeben. Gleichwohl ist der Beschluß der Streikleitung bekannt geworden. Er lautet: 1. Der Tarif darf von keinem Kollegen unterschrieben werden. 2. Es wird eine Organisation durch die Bezirksvereine und den Verein „Innenkollektion“ eingerichtet, welche es sich zur Aufgabe macht, den Kollegen Arbeitskräfte zu vermitteln resp. werden sich die Kollegen selbst, soweit sie Zeit haben, durch Bereitwilligkeit zur Arbeit in den Dienst der guten Sache stellen. 3. Soll an familiäre Vaugetwerksmeister seitens des Innungsverbandes ein Schreiben erlassen werden, worin in Anbetracht des Streikes die Vaugetwerksmeister um Nachsicht gebeten werden.

Die Versammlung der Streikenden nahm die Mitteilung dieses Beschlusses mit vollkommenem Gleichmut auf. Man ist eben überzeugt, daß derselbe an dem günstigsten Fortgang der Bewegung nichts ändern kann, und daß insbesondere von der Arbeitswilligkeit der Meister für die Streikenden nichts zu befürchten ist. — In der Meisterversammlung waren auch die Bezirksvereine der Arbeitgeber vertreten. Bezeichnend ist es, daß die Herren Gde, Vorsitzender des Bezirksvereins Charlottenburg und Schaefer, Vorsitzender des Bezirksvereins Norden, den Tarif bereits unterschrieben haben. — Die jährliche Beteiligung an der Lohn-

Bewegung ist außer der guten Kontrolle durch die eigenen Berufsgenossen der Solidarität der übrigen Bauarbeiter zu danken, welche die Arbeit der Streikfrontkollone nach Kräften unterstützen. Auf einem Bau in der Straßauer Allee wurde dem Kontrollleur der Allee durch den Bauherrn der Zutritt verweigert. Als Antwort darauf legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder und die Folge davon war die, daß der Bauherr sogleich anderen Sinnes wurde. Die Kontrollleure konnten den Bau ungehindert betreten und es gelang ihnen auch, die arbeitswilligen Arbeiter zum Anlauf an den Streik zu bewegen. — In den nächsten Tagen sollen Versammlungen für die Tapezierer aller Branchen veranstaltet werden, um diese über den Streik zu unterrichten und zu veranlassen, daß sie während des Streiks keine Klebearbeit verrichten.

Es wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Versammlung erklärt, daß sie von den Erfolgen der Lohnbewegung befriedigt ist, an den aufgestellten Forderungen festhalten und mit aller Energie zur Durchföhrung bringen wird. Weiter wird in der Resolution gesagt, die Drohungen der Arbeitgeber können die Streikenden nicht schrecken. — Sollte die Innung keinen Vertrag mit den Kleibern abschließen, dann werde man auch ohne Vertrag auszukommen wissen. Die Kleiber seien willens, stabile Verhältnisse im Beruf zu schaffen.

Zur Lohnbewegung der Treppenbau-Arbeiter. Die beiderseitigen Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben sich in mehreren Sitzungen über eine Grundlage zur Beilegung der ausgebrochenen Differenzen verständigt. Die gegenseitigen Vereinbarungen über den neuen Lohnsatz sollen nunmehr den Versammlungen beider Parteien zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Achtung, Schuhmacher! Wegen Lohnfragen haben die Arbeiter der Schuhfabrik von Kölsche, Neue Königstr. 31, die Arbeit niedergelegt.

Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken senden uns folgende Aufschrift: Die in Ihrer Nr. 83 vom 8. d. Mts. unter der Notiz: „Achtung, Gummi-Arbeiter!“ enthaltene Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Die Kürzung ist nur für einen bestimmten Artikel erfolgt und beträgt auf den Wochenlohn für die beteiligten Arbeiter noch keine drei Prozent. Also so oder so eine Lohnreduzierung, die den einzelnen Arbeiter natürlich härter trifft als mit 3 Proz., wenn er das Unglück hat, den betreffenden Artikel zu verfertigen.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! In den Radiatoren-Werken zu Eberswalde sind den Arbeitern in letzter Zeit erhebliche Abzüge an Abordpreisen gemacht worden, vielfach in der Höhe von 10-20 Proz. Da sich infolgedessen eine hochgradige Unzufriedenheit unter den dortigen Arbeitern bemerkbar macht, so sucht der Werksmeister Schmidt aus Eberswalde in Berlin Arbeitswillige für den genannten Betrieb. Metallarbeiter und besonders Schlosser werden nun von der Brandenburgischen Gussleitung ersucht, sich nicht ohne ganz bestimmte Abmachungen zur Annahme von Arbeit in den Eberswalder Radiatoren-Werken verleiten zu lassen.

Bei der Breslauer Wagn- und Schließgesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Da die Gesellschaft noch in mehreren Orten Deutschlands gleichartige Institute unterhält, ersuchen wir unsere dort beschäftigten Kollegen, zurzeit auf keine Engagements nach Breslau einzugehen.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Konferenz städtischer Arbeiter. In Erlangen fand eine Versammlung der dem Verbands städtischer Arbeiter angehörigen Mitglieder aus den Städten Nürnberg, Fürth und Erlangen statt. Die Besprechung der Verhältnisse an den einzelnen Orten war sehr interessant. In Erlangen, das eine freisinnige Stadtverwaltung hat, erhalten Arbeiter, die 20 Jahre und noch länger im Dienste der Stadt stehen, einen Wochenlohn von 3 bis 9 M. Die Beamten wurden bereitwillig aufgebessert, für die Arbeiter hatte man nichts übrig. Auf eine Eingabe an den Magistrat wurden lumpige 600 M. zur Verfügung gestellt, die zur Aufbesserung „besonders fleißiger und zuverlässiger Arbeiter“ verwendet werden sollen. Bei diesem System gedeihen Demagogentum und Speicheldrüse vorzüglich. In dem ebenfalls freisinnig regierten Nürnberg liegen die Verhältnisse auch nicht besonders günstig. Für gewisse Zwecke hat man zwar sehr viel Geld übrig, aber den Arbeitern gegenüber wird gespart. In Fürth ist zwar manches erreicht, aber noch viel Verbesserungsbedürftig; was erreicht wurde, ist nur dem Eintreten der sozialdemokratischen Kollegiumsmitglieder zu verdanken. In einer einstimmig angenommenen Resolution bewachte die Konferenz das Verhalten der verschiedenen Stadverwaltungen und erklärte, daß die städtischen Arbeiter nur durch eine stramme Organisation ihre Lage verbessern können. Ferner wurde erklärt, daß sich die städtischen Arbeiter mit dem letzten Verzicht der Stadtobersten nicht zufrieden geben können, sondern ihr billiges Recht fordern, da doch die städtischen Betriebe Musterbetriebe sein sollen.

Ausland.

Die Gründung einer neuen Zentrale für die niederländische Gewerkschaftsbewegung

scheint jetzt nahe bevorzustehen. Der Vorstand des Diamantarbeiterverbandes hat an die Vorstände von 13 anderen Verbänden ein Birkular versandt, worin zu einer auf den 28. Februar nach dem Verbandsgebäude der Diamantarbeiter in Amsterdam einberufenen Konferenz zur Erörterung dieser Frage eingeladen wird. Den letzten Anstoß zu diesem Schritt gab der Umstand, daß das „Nationale Arbeitersekretariat“ die mit der Leitung und den Verhältnissen in ihren Berufsorganisationen unzufriedenen Mitglieder aufforderte, aus diesen Organisationen auszutreten und sogenannte „Föderationen“ in ihrem Beruf zu gründen, die dann sich dem Sekretariat anschließen und so zu dessen Stärkung dienen sollten. Dieses Vorgehen hat bei mehreren Organisationen teilweise Erfolg gehabt, unter anderen bei den Zigarrenmachern, den Möbelstüchtlern, den Zimmerern und den Textilarbeitern. In dem Birkular des Diamantarbeiterverbandes heißt es:

„Es muß aufführen, daß das „Nationale Arbeitersekretariat“, das im wesentlichen nicht mehr ist als eine Zusammenfassung von ein paar Duzend größtenteils sehr unbedeutenden Fachvereinen, als die zentrale Organisation, als der Sammelpunkt der niederländischen Gewerkschaftsbewegung posiert und mit diesem falschen Schein viele Arbeiter verblendet. Nicht länger mögen die größten und besten der niederländischen Gewerkschaftsorganisationen durch das Nationale Arbeitersekretariat, das auch jenseits der Landesgrenzen als der Mittelpunkt des Gewerkschaftswesens unseres Landes angesehen wird, außerhalb der Gemeinschaft mit der ausländischen Gewerkschaftsbewegung gestellt sein.“

Die Lohnstreitigkeiten der norwegischen Metallformer. Die am Montag in Kristiania gepflogenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der Arbeiter weigerten sich hartnäckig, den Formern bei Akkordarbeit einen bestimmten Lohnsatz zu garantieren. Ebenso wollen sie im allgemeinen nicht darauf eingehen, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung von Akkordlöhnen zu gewähren. Man einigte sich zwar darauf, daß die Vertreter der Hauptorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber Norwegens über die Streitfragen weiter verhandeln sollen; wenn aber die Arbeitgeber bei ihrer bisherigen Auffassung beharren, ist wenig Aussicht auf gütliche Beilegung des Konflikts vorhanden.

Soziales.

Wegen den Mißbrauch der Amtsgewalt!

Der Bürgermeister von Lauban hatte den Polizei-Inspektor Haenisch beauftragt, festzustellen, ob zwischen einer Witwe G. und dem bei ihr wohnenden Kaufmann W. ein anstößiges Konkubinat bestehe. G. suchte Frau G. auf und machte ihr Vorklagen über

ihre vermeintliches Zusammenleben mit W., durch welche W. sich beleidigt fühlte. W. verklagte den Polizei-Inspektor wegen Beleidigung und berief sich auf die Bekundungen der Frau G., wonach der Beklagte von einem „sündhaftigen Zusammenleben“ und davon gesprochen hat, daß der junge Mann sich schämen solle, den ganzen Tag da-zusitzen und nichts zu tun.“

Die Regierung zu Wagny erhob zugunsten des besagten Polizei-mannes den Konflikt und verlangte die Einstellung des Verfahrens, weil sich G. in Ausübung seines Amtes befunden und seine Amts-befugnisse nicht überschritten habe. Wenn ein Beamter durchgreifen müsse, brauche er sich nicht auf Höflichkeit einlassen. Er könne die Dinge beim rechten Namen nennen. Das Bestehen einer wilden Ehe habe er mit Recht annehmen können, und er habe das Zusammenleben skandal-mäßig nennen dürfen, da mehrere Leute erklärt hätten, sie nähmen Vergerniß daran.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für nicht begründet, so daß dem Verfahren Fortgang zu geben ist. Es wurde ausgeführt, daß nicht festgestellt werden könne, daß G. seine Amts-befugnisse nicht überschritten habe. Da er den Auftrag gehabt hätte, zunächst einmal das Bestehen eines Konkubinats festzustellen und, falls dies geschehe, dagegen einzuschreiten, so habe er nicht von vorn-berein von dem Bestehen eines Konkubinats ausgehen dürfen. Auf jeden Fall sei er aber in den Ausdrücken, die er im Gespräch mit der Frau brauchte, über seinen Auftrag und über seine Amts-befugnisse hinausgegangen, indem er sagte, Frau G. halte W. aus, ihr Zusammenleben mit ihm sei skandalmäßig und der junge Mann solle sich schämen, den ganzen Tag dazusitzen und nichts zu tun. Wenn auch W. stellunglos gewesen sei, so habe doch nicht fest-gestanden, daß er vollständig untätig blieb. Unter diesen Umständen könne der Regierung nicht darin zugestimmt werden, daß das Privatklagenverfahren gegen den Beamten unzulässig wäre. Es sei ihm vielmehr freier Lauf zu lassen.

Ueber die öffentlichen Anlagen in deutschen Großstädten macht das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte“ Angaben, denen wir folgenden entnehmen:

Die Fläche der öffentlichen Park-, Garten- und Schmud-anlagen ist am größten in München mit 66 500 Ar. dem folgen Berlin mit 46 435, Dresden mit 34 816, Magdeburg mit 26 230, Leipzig mit 25 843, Köln mit 24 825, Hannover mit 22 921, Elberfeld mit 19 555, Bremen mit 18 937, Kassel mit 18 079, Breslau mit 17 310, Braunschweig mit 16 984, Dortmund mit 12 595, Düsseldorf mit 12 063 und Barmen mit 12 033 Ar. Für alle anderen Großstädte beträgt die Fläche unter 12 000 Ar. Sehr gering ist die Fläche der Anlagen in Altona mit 2495, Danzig mit 2287 und Krefeld mit 1440 Ar. Von den Mittelstädten haben die größte Fläche an Park-, Garten- und Schmud-anlagen Potsdam mit 13 812 und Görlitz mit 13 321 Ar. Einzelne Groß-städte haben außerhalb ihres Stadtgebietes umfangreiche städtische Parkanlagen, so Berlin 18 600, Breslau 13 652, Düsseldorf 9500 und Krefeld 8450 Ar. Rechnet man diese zu den innerhalb der Stadt liegenden öffentlichen Anlagen mit dazu, so sind im Vergleich zur Einwohnerzahl die Anlagen am größten in Kassel mit 16,6 Quadratmetern auf einen Einwohner, dann folgen Braunschweig mit 16,0, München mit 13,4, Elberfeld mit 12,4, Bremen mit 11,8 und Magdeburg mit 11,5, während in Charlottenburg nur 4,7 und in Berlin 3,4, in Hamburg sogar nur 1,6, in Altona 1,5 und in Frankfurt a. M. 1,3 Quadratmeter Anlagen auf den Einwohner entfallen.

Verfassungen.

Arbeitervertreter-Verein. Auf der Tagesordnung der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung stand die Fortsetzung der Diskussion über die in der vorigen Versammlung gegebenen Beschlüsse des Vorstandes und Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die letzte Versammlung wurde vollständig ausgefüllt mit einer Debatte über die Verhältnisse der Hausdiener in der Heilstraße 25. Uthges vom Handels- und Transportarbeiter-Verband führte in fünfviertelstündiger Rede aus, daß die Hausdiener in Heilstraße seit Jahren verschiedene Beschwerden über ihr Arbeits-verhältnis haben, daß die Vorstellungen bei den zuständigen Stellen und den Vorgesetzten der Hausdiener nicht den gewünschten Erfolg hatten, und daß sogar die Vertrauensleute der Hausdiener gemahregelt worden seien. Schließlich machte der Redner den Arbeitervertretern im Vorstande und Ausschuss der Landesversicherungsanstalt den Vorschlag, sie hätten sich der Interessen der Hausdiener nicht genügend angenommen. — Bürger vom Verbands der städtischen Arbeiter verpflichtete dem Redner darin bei, daß in den Heilstätten der Landesversicherungsanstalt manche Mißstände hinsichtlich der Verhältnisse des Personals herrschen, und daß das Koalitionsrecht durch manche der leitenden Personen angefaßt werde. Weiter bemerkte der Redner, das Personal der Lichterberger Anstalt habe durch Befonnenes und charakterfestes Vorgehen mit Erfolg für die Abschaffung von Mißständen gewirkt, während die Hausdiener von Heilstraße, unter denen Kadavrosigkeit und Spießhede herrsche, es sich zum großen Teil selbst zuschreiben hätten. — Vom Ausschuss der Landesversicherungsanstalt sprachen W a r n s t, K r e n s und V o r h a r d, vom Vorstande S i m a n o w s k i. Diese Redner führten übereinstimmend und unter Berufung auf Tatsachen aus, daß sie für die Interessen der Heilstätter Hausdiener eingetreten seien, soweit dies im Rahmen ihrer Befugnisse möglich sei. Das Beschwerdematerial, welches ihnen die Hausdiener unterbreiteten, sei aber so unhaltbar gewesen, daß man es nicht vertreten konnte. In einem Falle habe der Vertrauensmann der Heilstätter Hausdiener verschiedene Beschwerden an ein Ausschussmitglied gelangen lassen, und in der Ausschussung sei dann der Beweis erbracht worden, daß auch nicht eine dieser Beschwerden auf Wahrheit beruhe. Die Hausdiener hätten die Arbeitervertreter im Ausschuss dadurch in eine sehr unangenehme Lage gebracht. — Die Redner vom Vorstand und Ausschuss betonten, daß sie selbstverständlich für die Interessen der Angestellten eintreten, soweit ihnen die Möglichkeit dazu gegeben sei. Das gekennzeichnete Vorgehen der Hausdiener und ihres Vertreters Uthges müsse aber entschieden verurteilt werden. — Um Mitternacht wurde die Diskussion über diese Angelegenheit, zu der sich noch verschiedene Redner gemeldet hatten, durch Annahme eines Schlusstrages beendet. — Darauf bewilligte die Versammlung aus der Kasse des Vereins 500 Mark für die streikenden Vergarbeiter, welche Summe der Gewerkschaftskommission übergeben werden soll.

Novawes-Neuendorf. Am Mittwoch fand die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Novawes-Neuendorf statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung teilte der zweite Vorsitzende K r u h l mit, daß der Genosse Otto S o f f m a n n n beim Wahlvereinsvorstand beantragt habe, ihm sein Gemeindebevollmächtigten Mandat abzunehmen. Mit diesem Antrag beschäftigten sich der Vorstand und die Bezirksführer, welche auch der Versammlung den Antrag unterbreiteten, dem Wünsche Hoffmanns nachzukommen. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. Im Anschluß hieran erledigte die Versammlung die Erwahlung zum Vorstand. Wesentlich legte Hoffmann in der letzten Versammlung seinen Posten als Vorsitzender nieder und wurde an dessen Stelle der Tischler Karl K r o h n b e r g als Vorsitzender gewählt. Da Krohnberg mehrere Jahre hindurch den Schriftführerposten bekleidet hat und bis jetzt inne hatte und durch seine Wahl zum Vorsitzenden der Schriftführerposten frei wurde, so wählte die Versammlung den Buchbinder Paul K e r n t o p p zum Schriftführer. Da der Genosse W o e s t e - N i e d e r, welcher dem preussischen Parteitag Bericht erstatten sollte, durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, so hielt an dessen Stelle Statthalter Dr. V o r h a r d t - C h a r l o t t e n b u r g einen 1 1/2 stündigen Vortrag über das Thema: „Elettrifizität als Kulturfaktor“, welcher von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Zur Annahme in den Wahlverein haben sich 10 Personen gemeldet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In den gesperrten Union-Gesellschaften...

Hertzfeld. Sonntag nachmittag 2 Uhr findet im Lokale von...

Johannisthal. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet...

Hohenschönhausen. Sonntag mittag 1 Uhr findet bei Schulze...

Lokales.

Die Krankenhäuser vor der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung...

Die Hauptdebatte hatte man von der Beratung des dringlichen Antrages erwartet...

Wenzels Leidenbegännis. Auf Befehl des Kaisers findet die Beerdigung...

Die Quellen der Vermehrung der Berliner Bevölkerung. Der Bevölkerungszuwachs...

Vorort- und Stadtbahnlinien? Zu dieser Streitfrage hat die königliche Eisenbahndirektion...

Wenn ein Prinz krank ist. Durch die Krankheit des Prinzen Eitel Friedrich ist...

Die Freisinnigen haben die Blamage dieses grotesk-komischen Beschlusses...

Die arbeitende Jugend.

Uns wird geschrieben: Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter...

Die Quellen der Vermehrung der Berliner Bevölkerung. Der Bevölkerungszuwachs...

Vorort- und Stadtbahnlinien? Zu dieser Streitfrage hat die königliche Eisenbahndirektion...

Wenn ein Prinz krank ist. Durch die Krankheit des Prinzen Eitel Friedrich ist...

Die Schwindelzeiten des Fuhrherrn Lindemann, über dessen Klage wir berichteten...

Sonnten. Sie blieben bei dieser Kontrolle fast gänzlich aus...

Der Landgerichtsdirektor in Konkurs. In dem Konkurs über das Vermögen...

Die dritte städtische Irrenanstalt, welche bekanntlich in Buch an der Berlin-Stettiner Eisenbahn...

Die Illumination der Offizierkasernen bleibt uns erhalten. Wichtigste teilt der Ausschuss der Vereinigung...

Wenn ein Fremdwörterbuch fehlt. Ein Leser schreibt uns: „Ich erhielt heute morgen den Besuch eines Schümannes...

Zu der Familientragödie, die sich im Bureau des Justizrats Löwenfeld abspielte...

Die Schwindelzeiten des Fuhrherrn Lindemann, über dessen Klage wir berichteten...

Zu der Lichtenberger Mordsache hat die Kriminalpolizei gestern eine überraschende Entdeckung gemacht...

Wunden veranlaßt, das blutbesetzte Stüd aus der Tür heraus-
zusagen, um eingehende chemische Untersuchungen auf dem Polizei-
präsidium vorzunehmen. Von Wichtigkeit für den Fortgang der
Untersuchung in der geheimnisvollen Sache ist jetzt für die Kriminal-
polizei die Verbeischnung des zweiten Sparlassenbuchs der Er-
mordeten. Zeugen gegenüber hat die Comradt bezeugt, daß sie kurz
vor Weihnachten auf zwei Sparlassenbücher je 200 M. eingezahlt
habe. Nach den Angaben der Ermordeten dürfte sie im Besitze von
3-4000 M. gewesen sein. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn
sich das betreffende Kasseninstitut, bei welchem das zweite vermehrte
Sparlassenbuch ausgestellt ist, und das trotz der eifrigsten Nach-
forschungen bisher nicht ermittelt werden konnte, melden würde.

Zu dem Selbstmord des Werkmeisters Hermann Müller aus der
Liebigstr. 36 teilt uns der Sohn des Verstorbenen mit, daß von
einer Neigung zum Trunk keine Rede sein konnte. Wir hatten am
1. Februar über den traurigen Vorfall berichtet.

Ein seltsamer Fund wurde an dem Eisenbahndamm zwischen
Belzig und Biezenburg gemacht. Wie der Amtsvorsteher in Sand-
berg der hiesigen Kriminalpolizei mitteilte, fand man dort
24 Gegenstände, die anscheinend aus einem Eisenbahnzug geworfen
waren. Es gehören dazu außer Damen- und Bettwäsche eine
schwarze Marktjacke, eine braune Handtasche, dunkelblaue Hufe,
Frauentod und Kragen, ein schwarzes Damen-Sommerjackett und
ein 7,8 Meter langes Stüd Dreil.

Vermißte Schulkinder. Die Zahl vermißter Schulkinder mehrt
sich von Tag zu Tag. Neuerdings sind spurlos verschwunden: der
14jährige Adolf Schauf aus der Wallstraße 87 und der 14jährige
Georg Jäffing aus der Leibnizstraße 22 zu Charlottenburg. Weiter
werden vermißt die 14jährige Marie Farnide aus der Capri-
straße 7 zu Charlottenburg, ein für ihr Alter sehr großes und
kräftiges Mädchen, die 16jährige M. Schüler aus der Raabestraße 8
und die 19jährige Else Mad aus der Oranienstraße 4.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Behr
nach der Zimmerstraße 8/4 gerufen, weil hier gegen 11 Uhr
Gardinen und Betten in einem Schlafzimmer in Flammen standen.
Der 18. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Zur selben
Zeit hatte die dritte Löschkompanie in der Pallasstraße 2 zu
tun, wo durch das Herunterfallen einer Hängelampe Feuer aus-
gebrochen war, das Decken und Möbel ergriffen hatte. — Zwei
weitere Wohnungsbrände mußten dann in der Flugstraße 11
und in der Eisenbahnstraße 35 abgedrückt werden. Im
wesentlichen wurden auch hier Möbel, Betten und Kleidungsstücke
beschädigt. — Abends 9 Uhr erfolgte ein Alarm nach den Elek-
trizitätswerken von Bergemann, Aktien-Gesellschaft in der
Oudenarderstraße 23/22, Ecke der Hennigsdorferstraße.
Hier war in einem Arbeitsaal ein Brand entstanden, der einen
Posten Papierabfälle ergriffen hatte. Der 18. Löschzug konnte die
Flammen bald ersticken. — Unfug an öffentlichen
Feuermelder lag einer Alarmierung zugrunde, die dann den-
selben Löschzug nach der Ecke der Fenn- und Tegelerstraße
führte. Leider gelang es nicht, den freibeweglichen Burschen zu er-
mitteln. — Die übrigen Feuermeldungen, die noch in den letzten
24 Stunden einliefen, waren auf „blinden Alarm“ zurückzuführen.

Zum Besten der Bergarbeiter. Am Sonntag, den 12. Fe-
bruar, mittags präzis 12 Uhr, veranstalteten die in Arbeiterkreisen
wohlbekannten Gesangsvereine „Nordwacht“, „Beddinger Harmonie“,
„Gesangsverein der Schneider“, „Gesangsverein der Zimmerer“ in
Wallsamiebers „Kassanienwäldchen“, Wabstr. 16, eine Matinee
zum Besten der ausständigen Bergarbeiter im Ruhreviertel, unter
gütiger Mitwirkung der Konzertfängerin Frau S. Seipelt, des
Violinvirtuosen Herrn Alexander Altmann, des Herrn Kapellmeisters
Hempel, sowie des Elite-Streichorchesters des Herrn Musikdirektors
Blume. In Anbetracht des ausgewählten Programms und des
billigen Preises von 30 Pf. pro Biletts ist dem Unternehmen ein
reges, dem guten Zweck entsprechender Besuch zu wünschen.

Zum Besten der Bergarbeiter wird vom Buchbinder-Männerchor
und dem Gesangsverein Harmonie Sonntag vormittag 11 $\frac{1}{2}$ Uhr im
Gewerkschaftshause eine Matinee abgehalten, in welcher der Humorist
Herr Balgo mitwirkt. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf.

Sport. Die allabendlich auf der Bühne des Winter-
garens stattfindenden Wettläufe auf rotierender Bahn zwischen
Miß Minni Letta und drei englischen Damen gewinnen jetzt in-
sofern an sportlichem Interesse, als Miß Minni Letta, die in Eng-
land die Weltmeisterschaft im Disfanzgehen errungen hat, durch die
Berlinerin Fräulein Marz Sacher herausgefordert worden ist und
sich mit dieser heute und an den nächsten Tagen in einem Match
messen wird. Fräulein Sacher hat in dem Treptower Damen-
wettkampf 1904 den zweiten Preis errungen und ist aus dem in
Friedenau ausgeschiedenen Match „Paris-Berlin“ als Siegerin
hervorgegangen; auch in Magdeburg und anderen Städten hat die
junge Dame Preise errungen.

Der Arbeiter-Schwimmerbund hält am 12. Februar, vormittags
10 Uhr, im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Generals-
versammlung ab. Nähere Auskunft erteilt R. Danziger, Burgdorfer-
straße 14.

Wissenschaftliche Kurse zur Bekämpfung des Alkoholismus
werden unter Leitung des Geh. Medizinalrats Rubner in der Oster-
woche abgehalten werden. Die Teilnahme an den Kursen ist un-
entgeltlich. Rechtzeitige Meldungen sind dringend erwünscht.
Programm und alles Nähere ist gegen Einsendung von 10 Pf. durch
Herrn Lehrer Kochanowski, Berlin, Samariterstraße 35, zu haben.

Theater. Im Belle-Alliance-Theater findet — nach-
dem Freitag das Theater geschlossen bleibt — die Erstaufführung
der Ausstattungspost „Der beste Tip“ am Sonnabend statt; die
Vorstellung beginnt um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr ausnahmsweise, vom Sonntag an
wieder um 8 Uhr. — Das Schauspiel „Im Hasen“ von Georg
Engel, das bisher in Berlin noch nicht gegeben wurde, gelangt am
Sonnabend, den 11. Februar, im Schiller-Theater O.
(Wallern-Theater) zur ersten Aufführung. — Im Metropol-
Theater wird die Ausstattungspost „Die Herren von Ragim“
Sonnabend um 100. Male gegeben. — George Hirschfelds neues
Schauspiel „Abeneinander“ geht im Lessing-Theater Sonn-
abend zum ersten Male in Szene.

Ueber Beseitigung von Infektionskrankheiten hält Herr Professor
Dr. Bahmann heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Volkshause, Charlottenburg,
Rosinenstr. 3, einen beachtenswerten Vortrag.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg.

Die Gemeindevahlen in Lichtenberg. Die Agitation für die im
März stattfindenden Erziehungswahlen kommt nunmehr in Fluß. Die
Bürgerlichen beginnen durch ihre diversen Wahlkomitees mit der
Arbeit. Zunächst werden die Potenzen, d. h. nicht hier am Orte
wohnende Wähler usw. und Kinderjährige (sind doch sogar
Schülerinnen auf Grund ihres Besizes in die Wählerliste ein-
getragen) bearbeitet und so die „papierernen Wähler“ geschaffen,
die einzige Rettung unserer Bürgerlichen.

Andererseits unsere Parteigenossen. Mit einer großen öffentlichen
Wählerversammlung begann am 8. Februar das sozialdemokratische
Wahlkomitee die Agitation. Die Gemeinde-Vertreter Weiß und
Grauer erstatteten Bericht über das Tun und Lassen des Orts-
parlamentes. Der Beifall, den die Referenten errieten und die
Zustimmung der Disfussionsredner ließen erkennen, daß die
Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeinde-Vertreter keine erfolg-
lose war und daß es den Sozialdemokraten vorbehalten bleibt, in
allen Fragen des öffentlichen Lebens als treibende Kraft zu wirken.
Eine Resolution, in der die Tätigkeit der sozialdemokratischen
Fraktion im Rathhause gebilligt und in der versprochen wird, bei der
bevorstehenden Wahl für sozialdemokratische Kandidaten nicht nur

in der dritten Wählerklasse, sondern auch in der zweiten und ersten
Klasse einzutreten, fand einstimmige Annahme. Nicht weniger als
4 Hausbesitzer soll die dritte Wählerklasse stellen. Trotzdem berechtigt
der Anhang der Wahlagitation zu den besten Hoffnungen.

Auch in Lichtenberg sind die Polizeidienner mit Revolvern
versehen worden. Es ist nicht ersichtlich, wem zu Nutzen dies ge-
schehen ist und wer die Mittel hierfür bewilligt hat. — Der Land-
rat des Kreises Niederbarnim, Herr v. Tressow, will sein
Amt zum 1. April niedergehen und sich der Bewirtschaftung seiner
Güter widmen. Ein Gegner der Entwidlung unserer Vororte geht,
ein anderer wird an seine Stelle treten. — Der Gemeindevorstand
hat den Bau eines Krankenhauses abermals an sich für
wünschenswert, aber nicht für dringlich erklärt. Darum
braucht Lichtenberg mit seinen 52 000 Einwohnern auch ein Kranken-
haus; kann der Ort nicht nach wie vor seine Kranken in Berlin
von einem Krankenhaus zum andern transportieren lassen?

Rixdorf.

Die am Richardsplatz in Rixdorf belegene böhmische Kirche war,
der „Volks-Ztg.“ zufolge, in der vergangenen Nacht der Schauplatz
einer argen Verwüstung. Mehrere Personen sind, wie die Spuren
ergeben, durch eines der hohen Bogenfenster der Kirche, dessen Scheibe
sie zertrümmert hatten, in das Innere eingedrungen, wahrscheinlich
in der Absicht, Geld aus Opferbüden und dergleichen zu stehlen. Da
sie aber nichts von Geldeswert fanden, haben sie ihrer Wut durch
Zerschlagung von allerlei Kirchenutensilien und durch Beschmutzung
des Kirchenraumes Ausdruck verliehen. Besonders in der Sakristei
hauften sie. Als der Küster sie im Laufe des Tages betrat, fand
er in dem kleinen Räume alles verwüstet und durcheinandergeworfen.
Die Spinde waren zerklüftet und umgekippt, die Bücher der
Sonntagschule lagen zertrümmert am Fußboden, der gleichfalls über-
und über mit Abendmahlskostaten, Kinderharzen, den Stempeln der
Kirche usw. bestreut war. Ein Lalar war stark beschädigt, eine
Klause mit Abendmahlswein zur Hälfte ausgegossen, während drei
Plaschen Wein fehlten. Ebenso sind drei große Altarlichte geraubt
worden. Merkwürdigerweise waren die goldenen und silbernen
Altargeräte unberührt geblieben, woraus man, wie erwähnt,
schließen muß, daß es den Eindringlingen entweder nur um Er-
langung baren Geldes oder lediglich um Verübung eines Missetates
zu tun gewesen ist. Die Burschen verließen die Kirche wieder,
indem sie das Portal von innen mit Gewalt öffneten. Man fand
die Tür vormittags offen stehen. Die Rixdorfer Polizei hat alle
Sebel in Bewegung gesetzt, um den Kirchenschändern auf die Spur
zu kommen.

Pantow.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung
mit der Neuaufstellung des Bauungsplanes auf dem Terrain
der Immobilienbank. Wie vorausgesehen war, hatten die Deutsche
Vodengesellschaft und die kleineren Spekulanten das Bedürfnis,
ebenfalls von den Vergünstigungen, welche der Immobilienbank
gewährt werden sollten, etwas zu profitieren. Ihre Proteste und
Anträge, welche im letzten Augenblick eingegangen waren, blieben
unberücksichtigt. Es wurde beschlossen, daß einer Neuaufstellung des
Bauungsplanes für das in Frage kommende, zwischen
Prenzlauner Chaussee und Berlinerstraße liegende Gelände
nichts im Wege stehen soll. Die Herstellung von Nebenstraßen
mit Kleinsteinspalt soll nur geschehen, wenn darunter eine
zwanzig Zentimeter starke Betondecke hergestellt ist; aber auch dann
behält sich die Gemeinde vor, die Art des Pflasters von Fall zu Fall
zu bestimmen. Größe und Anzahl der vorzugesetzten freien Plätze
müssen auch im neuen Bauungsplan beibehalten werden.

Ein Antrag des Amtsvorstandes, die Sicherheitsbeamten mit
Revolvern auszustatten, wurde einstimmig abgelehnt
mit der Motivierung, daß seit Menschengedenken kein Fall vor-
gekommen ist, wo ein Gewand von seiner Schußwaffe hätte Ge-
brauch machen müssen. Es könne vorkommen, daß die Beamten sich
in einer eingebildeten Gefahr wähnten; sei die Kugel in solchem
Falle aus dem Laufe, dann käme die Leberlegung zu spät.

Eine Beschwerde unserer Genossen darüber, daß die Ge-
meindewählerlisten in der Zeit vom 16.-30. Januar, wie
es die Landgemeinde-Ordnung in den §§ 39, 55 und 56 vorschreibt,
nicht ausgelegt sind, wurde vom Amtsvorsteher zurückgewiesen. Er
begündete die Zurückweisung mit einem Schreiben der Regierung,
welches in gleicher Sache auf eine Beschwerde aus Weihenstephan
ergangen ist und worin ausgeführt wird, daß die Wählerliste nur vor
der Gemeindevahl auszuliegen brauche. Die sozialdemokratischen
Gemeindevorsteher erklären, die Sache im Verwaltungsfreit-Ver-
fahren zur Entscheidung bringen zu wollen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Lump in Follis.

Schwere Vorwürfe wurden gestern vor der 1. Strafkammer des
Landgerichts II gegen die Rentiere Helene Freifrau von
Freiberg und deren Söhne, den Kunstschilder Alexander
Freiherr von F. und den Landwirt Theodor Freiherr
v. F. erhoben. Den drei Angeklagten wurde vorgeworfen,
wissentlich falsche eidesstattliche Versicherungen abgegeben zu haben,
um bei einer Anzahl gepfändeter Gegenstände eine Freigabe zu
erwirken. Der Sachverhalt ist folgender. Der Zweittangeklagte
Alexander Freiherr von Freiberg unterhielt im Jahre 1903 mit
einem gerade 16 Jahre alt gewordenen Mädchen, dem er wiederholt
die Ehe versprochen hatte, ein Verhältnis, welches nicht ohne Folgen
blieb. Der Vormund des Mädchens ließ, da sich v. F. weigerte,
seiner Pflicht nachzukommen, durch eine einseitige Verfügung eine
Sicherstellung der späteren Alimentenzahlungen bewirken. Frei-
herr v. F. bekannte sich zwar zu der Vaterhaft, weigerte sich in-
dessen, sein Eheversprechen einzulösen oder Alimente zu zahlen.
Der Vormund des Mädchens ließ deshalb in der in Friedenau
gelegenen Wohnung des Angeklagten durch den Gerichtsvollzieher
Dertel eine Pfändung vornehmen. Außer Studentenutensilien, Ge-
wänden und Kleidungsstücken wurde noch ein Automobil ge-
pfändet. Gegen die Pfändung strengten die Mutter und der Bruder
des Gepfändeten eine Interventionsklage an, welcher eidesstattliche
Versicherungen beigelegt waren. Diese sollen, wie die Anklage
behauptet, wissentlich falsch abgegeben worden sein. In den eides-
stattlichen Versicherungen wurde angegeben, die sämtlichen
gepfändeten Gegenstände wären nicht Eigentum des Ehegatten,
sondern gehörten der Freifrau v. F. bezw. dem Freiherrn Theodor
v. F. Auf Grund dieser Angaben wurden die gepfändeten Gegen-
stände wieder freigegeben, unter anderem auch eine photographische
Linse. Einige Tage später erhielt der Vormund auch noch einen in
höhnlichem Tone abgefaßten Brief, welchem sieben Linfen,
allerdings diesmal keine photographischen, sondern — Hülfen-
früchte, beigelegt waren. Wenn wir etwas für Sie übrig haben,
so sind es höchstens diese Linfen. — Der Vormund beruhigte sich
indessen nicht bei der Freilassung der Gegenstände, sondern beantragte
weitere Beweishebung. Nachdem die ganze Sache bis zum
Kammergericht getrieben war, ergaben sich verschiedene Momente,
welche Veranlassung boten, daß seitens dieses Gerichts die vor-
liegende Anklage in die Wege geleitet wurde. In den eidesstattlichen
Versicherungen gaben die Angeklagten an, daß sämtliche gepfändeten
Kleidungsstücke des Alexander v. F. Eigentum der Mutter seien, diese
ferner das Automobil für 300 M. gekauft habe, um es vor den zahl-
reichen früheren Gläubigern des Gepfändeten zu retten. Diese und
eine ganze Reihe anderer Angaben sollen, wie die Anklage behauptet,
wissentlich falsch sein. Das Mädchen mit ihrem Kinde hat bis heute
von ihrem freiherrlichen Geliebten keinen roten Pfennig
an Alimente erhalten. Staatsanwalt Mittag erachtete alle
drei Angeklagten im Sinne des Eröffnungsbeschlusses für überführt.
Die ganze Sachlage, wie sie die Beweisaufnahme ergeben habe,
sei zu durchsichtig; es handle sich um ein recht schlecht erdacht
und deshalb sehr dreistes Manöver, um ein armes, bedürftiges Mädchen
um berechtigte Ansprüche zu bringen. Aus diesem Grunde beantragte
der Staatsanwalt gegen jeden der Angeklagten einen Monat

Gefängnis. Der Gerichtshof glaubte jedoch nach kurzer Be-
ratung annehmen zu können, daß sich die Angeklagten bei Ab-
fassung der eidesstattlichen Versicherungen, die in einigen Punkten
objektiv unrichtig sind, im guten Glauben befinden zu haben. Da
in subjektiver Hinsicht jeder Nachweis von der Kenntnis der Un-
richtigkeit fehle, so habe der Gerichtshof ein Nichtschuldig aus-
sprechen müssen. Das Urteil lautete deshalb gegen alle drei An-
geklagten auf Freisprechung.

Wissen möchten wir, ob der Lumpazius, der beratt an dem von
ihm verführten Mädchen und seinem eigenen Kinde handelt, in
seinen Kreisen anders als mit Verachtung behandelt wird.
Hat denn die Mutter dieses Burschen nicht soviel Bewissen, um
ihm zu bedeuten, daß jeder anständige Mensch vor ihm aus-
sprechen muß?

Wegen Vergehens gegen das Postgesetz hatten sich vor der Straf-
kammer in Kottbus der Expeditionschef Kaufmann Paul Groß-
kopf in Berlin, der Expedient Gustav Marschner in Berlin und der
Expresbote Karl Schönberg in Kottbus zu verantworten. Den
Angeklagten wird zur Last gelegt, vom 1. September 1901 bis
31. Juli 1903 die „Berliner Morgenpost“ sowie die
„Berliner Abendpost“ nach den Städten Lübben, Lübbenau,
Veschnau, Kottbus und Spremberg durch den Expresboten Schönberg
expediert zu haben. Als die „Berliner Morgenpost“ in eine Aktien-
gesellschaft umgewandelt wurde, gab die Firma Ullstein u. No. zum
1. September 1901 die „Berliner Abendpost“ heraus, welche zu drei
Vierteln dem Gebr. Ullstein und zu einem Viertel Herrn August
Scherr gehörte. Die Firma Ullstein übergab der Aktiengesellschaft
gegen eine Vergütung von 20 Pf. pro Exemplar und Monat zu
Gunsden des Abonnenten die „Abendpost“ zur Weiterbeförderung.
Der Angeklagte Schönberg als Expresbote gibt zu, die beiden
Zeitungen in Königsbrunnshausen von einem anderen Voten in
Empfang genommen zu haben, doch sei er sich keiner strafbaren
Handlung bewußt. Er habe ein Monatsgehalt von 50 M. erhalten
und die beiden Zeitungen an die genannten Städte verabsolgt.
Der Angeklagte Großkopf ist als Expeditionschef schon im Jahre
1901 in Frankfurt a. O. mit 25 000 M. in einer ähnlichen Sache
im Dienst der selben Firma vorbestraft worden, doch im Gnadenwege
wurde ihm die Strafe auf 500 M. herabgesetzt. Er bestritt, daß die
Verantwortlichkeit auf ihm ruhe, seit Juli 1901 habe er diese
dem Expedienten und Mitangeklagten Marschner übertragen.
Großkopf bezog ein Monatsgehalt von 500 M. und Marschner ein
solches von 225 M. Der Gerichtshof nahm als erwiesen an, daß
durch ein und denselben Expresboten die beiden Zeitungen als von
2 Firmen ausgehend expediert wurden und beurteilte Großkopf, da
bei ihm Rückfall vorliegt, zum achtfachen Betrage der Zeitungs-
gebühren, nämlich zu 11 626 M., Marschner zum vierfachen Betrage,
nämlich zu 3652 M. Strafe und Schönberg ebenfalls zum vierfachen
Betrage, nämlich 7354 M. event. jeden Angeklagten zu einer Haft-
strafe von 8 Wochen.

Verfammlungen.

Zentralverband der Typsetzer. In der Generalversammlung der
Zentrale Berlin, die am Freitag unter sehr starker Beteiligung der
Mitglieder abgehalten wurde, erstatteten der Vorsitzende Hagen
und der Kassierer Kund den Geschäfts- und Kassenbericht für
das Jahr 1904. Aus demselben ist zu entnehmen: Es fanden 6 Gene-
ralversammlungen, 5 Vertrauensmänner- und 63 Bezirksversammlungen
statt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 26 Sitzungen
und 11 Sitzungen mit den Bezirksleitern. — An 6 Bausperren waren
71 Kollegen beteiligt. Dafür wurden 250 M. ausgegeben. Der
Feuertitel erstreckte sich auf 97 Bauten, an 36 streikende Kollegen
wurden 120 M. gezahlt. — Im Arbeitsnachweis wurden im Laufe
des Jahres 9455 Arbeitsstunden eingetragen. Verlangt wurden
9189, besetzt wurden 9010 Stellen. Am Jahreschluß waren 266
Arbeitslose eingetragen. Am 2. d. M. betrug die Zahl der Arbeits-
losen 634. — Das Jahr 1904 begann mit einem Mitgliederbestand
von 1987, der am Schluß des Jahres auf 2260 gestiegen war.

Die Jahresbilanz für die Hauptkasse zeigt eine Einnahme von
52 588,27 M., eine Ausgabe von 52 511,88 M. Unter den Aus-
gaben sind unter anderem folgende Posten: Reiseunterstützung
360 M., Umzugsunterstützung 220 M., Krankenunterstützung 6573
M., Steuerunterstützung 460 M., Streikunterstützung 226 M.,
Rechtschutz 213 M. — Die Bilanz der Sozialkasse zeigt in Einnahme
60 308,37 M. (einschließlich des alten Bestandes von 23 805,65 M.),
in Ausgabe 25 436,50 M., es bleibt ein Bestand von 34 871,87 M.

Nach einer regen Disfussion, in der die Geschäftsführung des
Vorstandes im einzelnen besprochen wurde, erfolgte die Entlastung
des Gesamtvorstandes, auch erklärte sich die Versammlung mit der
Tätigkeit des Gesamtausschusses einverstanden. — Hierauf sollte
die Neuwahl des Vorstandes erfolgen. Zunächst wurde der erste
Kassierer Kund einstimmig wiedergewählt. Für das Amt des
ersten Vorsitzenden lagen zwei Vorschläge vor. Der bisherige
Vorsitzende Hagen, der nicht wieder annehmen wollte,
wurde lebhaft um die Wiederannahme ersucht, er blieb jedoch bei
seiner Weigerung. Schließlich wurde die Vorstandswahl bis zur
nächsten Versammlung vertagt.

Vermischtes.

Anzettlungen gegen die frühere Kronprinzessin von Sachsen?
Aus Dresden wird hiesigen Blättern gemeldet: Nach dem vergeblichen
Versuch, zu Weihnachten eine Zusammenkunft mit ihren Kindern
in Dresden zu erzwingen, reiste die Gräfin Montignoso bekanntlich
nach Florenz. Auf Befehl des Königs hat sich jetzt dessen Rechts-
beistand Justizrat Dr. Körner nach Florenz begeben, um sich über
die allgemeinen Verhältnisse der Prinzessin Anna Monika Pia, der
jüngsten, nach der Flucht der Gräfin geborenen Tochter, zu unter-
richten. Eine sensationelle Meldung bringt hierzu das „Leipz.
Tagbl.“. Es schreibt: „Wir erfahren aus Dresden, daß nach dorthin
gelangten glaubwürdigen Nachrichten die Gräfin Montignoso kurze
Zeit nach ihrer abenteuerlichen Reise nach Dresden in Florenz ein
neues Liebesverhältnis angeknüpft hat. Dies dürfte dazu führen,
daß ihr die Erziehung der Prinzessin Anna Monika Pia nicht an-
vertraut bleiben wird. — Aber auch noch eine andere Folge dürfte
diese neueste Verirrung der unseligen Frau haben: die Auffklärung
der Kreise des sächsischen Volkes, die von ihrem Wahn über den
Charakter der Gräfin und ihrer Abenteuer immer noch nicht lassen
wollten. Nach dieser neuesten Wendung würde eine Parteinarbeit
für die Frau sich mit keinerlei sittlichen Begriffen mehr vereinbaren
lassen. Dies ist nun auch der äußere Abschluß der ganzen leidigen
Angelegenheit.“

Man tut gut, diese Mitteilungen, die von anderer Seite bereits
als Klatsch bezeichnet werden, mit Vorsicht aufzunehmen. Man
scheint es mit Anzettlungen gutgesinnter Blätter zu tun zu haben.

Ein internationaler Friedenskongress soll vom 4. bis 7. Sep-
tember dieses Jahres in Paris abgehalten werden. Auf der Tages-
ordnung stehen folgende Fragen: Plan einer neuen Enzyklopädie,
Sittenlehre ohne Gott, Trennung von Staat und Kirche, Organisation
der Propaganda, Friedensfertum und Friedenspropaganda. Das
Generalsekretariat des Kongresses befindet sich in Paris, 63 Rue
Claude-Bernart.

Aus dem Junker-Elorado. Wie sehr noch der Branntwein-
teufel in vielen Gegenden Masurens, besonders unter dem Arbeiter-
stande, herrscht, zeigt die traurige Tatsache, daß jüngst in einer
Ortschaft der Ostelbischer Gegend festgesetzt wurde, daß nicht
weniger als vierzehn Schüler von ihren Eltern Branntwein als
Erziehungsmittel in den Unterrichtspausen mitbrachten hatten.
Es ist ferner Tatsache, daß bereits neunjährige Schüler vor Beginn
des Unterrichts nach Hause gebracht werden mußten, weil sie, wie
die „Allent. Ztg.“ schreibt, völlig betrunken waren.

Wochenschrift von Berlin am 8. Februar. Nach Ermittlungen des Hl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,60-17,58 M., mittel 17,56-17,54 M., geringe 17,52-17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,90-13,89 M., mittel 13,88-13,87 M., geringe 13,86-13,85 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,40-15,90 M., mittel 15,10 bis 13,90 M., geringe 13,80-12,70 M. Dinkel**), gute Sorte 16,40-15,70 M., mittel 15,60-14,90 M., geringe 14,80-14,10 M. Gersten, gelbe, zum Kochen 45,00-30,00 M., Speisgerste, weiße 30,00-30,00 M. Linen 30,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-8,00 M. Nüchtern 4,66-4,32 M., Den 9,00-7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,50-2,00 M. Eier der Schale 5,50-3,50 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 8. Februar. Elbe bei Wustig + 2,32 Meter, bei Dresden + 0,65 Meter, bei Magdeburg + 2,24 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,30 Meter. — D der bei Kattow + 2,28 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 5,14 Meter, bei Breslau Unter-Pegel + 0,02 Meter, bei Frankfurt + 2,01 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 5,02 Meter. — Rega bei Wj + 1,18 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

B. G. 237. Es gibt kein Wort, das nie, und ebenso wenig ein Wort, das unter allen Umständen beleidigend ist. In der Bemerkung: wenn... fühlen sich die Weiber beleidigt, wird ein Gericht schwerlich eine Beleidigung erkennen. Weib galt in früheren Jahrhunderten als der ehrenrührigste Ausdruck für Mitglieder des weiblichen Geschlechts, heute pflegt man im Norden und Osten Deutschlands hier und da in einer solchen Beziehung als Kränze etwas minder Respektvolles zu erblicken. In dem von Ihnen geschriebenen Zusammenhange liegt nichts Herabwürdigendes in dem Ausdruck. — **G. L. 59.** Rein. — **Mühlstein.** Die Aufhebung des Reglementspräsidenten, das die mit Hülfe eines für ein Geschäft beschäftigte Wäckerin selbständige Unternehmerin sei, ist falsch aber leider endgültig. Die Entscheidung steht mit der händigen Rechtspflege des Reichs-Versicherungsamtes und des Ober-Verwaltungsgerichtes im Widerspruch und beruht auf völliger Verkennung des Begriffs „selbständiger Betrieb“. — **W. S. 58.** Wer über 70 Jahre alt ist oder Unfallrente oder Invalidenrente (wie Sie) im Jahresbetrage von mindestens 116 Mark bezieht, kann sich von der Versicherungsbeiträge befreien. Der Antrag auf Befreiung ist an die untere Verwaltungsbehörde (in Berlin an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Breitestraße Nr. 24) zu richten. So lange Befreiung nicht erfolgt ist, ist zu zahlen. — **W. W. 1905.** Rein. — **Jülicher.** Sie können sich beim Polizeipräsidenten beschweren. — **Lotterre.** Sie würden infolge der futuristischen Bestimmung jedes Anrechtes auf eventuellen Gewinn verlustig gehen. — **S. Friedrichshagen.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf vollen Schadenersatz, abhängig des inzwischen Verdicten, klagen. — **W. Schuhl.** 1. Der Kaufmann des Schadenersatz-Prozesses ist nicht bestimmt vorzusprechen, liegt aber für den Vater des nicht Verunglückten unzulässig. In seinen Gunsten käme § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht. 2. Ungebunden 5,00 Mark. 3. Wenden Sie sich an den Vertrauensmann Ihres Wohnortes oder direkt an den Parteivorstand. — **G. R. 31.** **W. W. Löwenstraße, W. Blantenfeldstraße** und andere **Wirtschaftsvereine:** Nichtstempel ist bei einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von mehr als 300 M. und zwar für jedes Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) zu zahlen. Die Stempelsteuer beträgt bei einem Mitgliedsbeitrag von mehr als 300 bis einschließlich 500 M.: 50 Pf., bei 500 bis 1000 (einschließlich): 1,-, bei 1000 bis 1500: 1,50, bei 1500 bis

3000 M. jährlich: 2,- M. und so fort in jede angefangenen 500 M. 50 Pf. mehr. Für Teile des Kalenderjahres (zum Beispiel bei einem vom 1. April zum 1. April laufenden Vertrag) ist die der Höhe der Mitgliedsrate entsprechende Steuer zu zahlen. — **Nemie.** Rein. — **H. S. 100.** Nach der herrschenden Ansicht ist auch das Gewerbe anzumelden, das in der eigentlichen Behandlung kranker durch einen nicht approbierten Arzt besteht. Die Anmeldung hat in Preußen bei dem Gemeindevorstande, für den Stadtkreis Berlin bei der Verwaltung der direkten Steuern zu erfolgen. Weiteres ist nicht erforderlich. 2. Jedes Inzerat, das Stellung in sichere Aussicht stellt, ist wegen Betruges strafbar, es sei denn, der Inzerierende glaubt selbst an seine Behauptung. Ueberries kann in betriebl. Angelegenheiten und auch in solcher, die Sie erwähnen, ein Verstoß gegen das Gesetz über unzulässigen Weidewerth gefunden werden. Dem durch solche Inzerate Angebotenen kann ein Anspruch auf Wiederherstellung der von ihm gezahlten Beiträge und auf vollen Schadenersatz auch dann zufließen, wenn der Heilwünscher wegen mangelnder Erkenntnis der Tragweite seiner Handlung freiwillig freigegeben wird. — **H. S. 42.** Unter Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit versteht man solche Versicherungs-gesellschaften, die die Versicherung ihrer Mitglieder nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit betreiben, bei denen also in der Regel alle Mitglieder für alle Versicherungsfälle durch Umlagen herangezogen werden. Die gesetzlichen Vorschriften für solche Gesellschaften finden Sie in den §§ 15 bis 53 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901. — **W. R. 88.** 1. Wenn der Prinzipal durfte Sie als Hausdiener m. a. W. durch die Krankheit herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit, nicht aber nach gebörder Krankheit wegen der früheren Arbeitsunfähigkeit längere Zeit entlassen. 2. Ja, aber Sie tun gut, ausdrücklich die Einstellung Ihrer Rechte sich vorzubehalten. 3. Sie haben Anspruch auf Lohn für 14 Tage, abzüglich dessen, was Sie während dieser Zeit verdienen. — **Grimmstein 1058.** 1. Das Angebot können Sie sobald als möglich bei dem Standesbeamten bestellen, in dessen Bezirk einer der Verstorbenen wohnt. 2. Vorschriften darüber, was der Prätulatum zu den Eltern der Braut sagen soll, gibt es nicht. — **Kungenfrank, Charlottenburg.** Ohne vorherige Unternehmung und als Kranker werden Sie wohl von keiner freien Kasse aufgenommen werden. Sie gehören infolge Ihrer Beschäftigung der Kasse an, die für den Betrieb gebildet ist, in dem Sie arbeiten. Durch regelmäßige Beitragszahlung bleiben Sie vollberechtigtes freiwilliges Mitglied. — **34 W. 1. und 2.** In der Regel ja. 3. und 5. Rein. 4. Doch. 6. Die Annahmen finden Sie im Adresskalender, zweiten Teil, verzeichnet. — **W. 47.** Es gibt keine Spiele, die unter keinen Umständen als Glücksspiele zu erachten sind. Glücksspiele sind alle solche, bei denen im wesentlichen oder gar ausschließlich der Zufall entscheidet, nicht der Verstand oder die Geschicklichkeit der Spielenden. Es sind Würfeln, Bierblatt, Pokern, Toppeln, Gottes Segen bei Kohn und wie die Dinger sonst heißen mögen, als Glücksspiele erachtet. Entscheidungen, in denen wegen der Vermögensgegenstände des Vermögens dieser Charakter des Spiels als nicht vorhanden erachtet wurde, sind sehr seltene. Selbst Trüben ist wegen hoher Beträge, die dabei in Frage kommen, als Glücksspiel erachtet. — **J. S. Rüdler.** 1 bis 3 ja. Es in dem Sie betreffenden Fall ein Anspruch auf Entlohnung besteht, ist nicht zu beanstanden, weil Sie unterlassen haben, darzulegen, welches der wörtliche Inhalt Ihres Vertrages ist. — **G. 31.** Mit dem Widerruf von Weidewerthgegenständen gegenüber dem Gesinde verhält es sich im Gebiet der altpreußischen Gesinde-Ordnung wie folgt: Wirklich gegebene Weidewerthgegenstände können auf den Lohn angewendet werden, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres (also wenn der Gesindevertrag am 1. April begann, bis zum 1. April) durch Schuld des Gesindes aufgehoben wird. Anzuerkennen ist nur das beim Widerruf noch vorhandene. Nach freilich bestimmter Ansicht muß der Widerruf des Gesindes durch Zustimmung eines vom Gerichtsdoktor her zustellenden Schriftstellers erfolgen. — **G. 23.** 1. Wenn Krankenversicherungspflicht vorliegt, ja, sonst nein. 2. War die Arbeiterin Krankenversicherungspflichtig, so haften

die Kasse, gleichwohl ob die Arbeiterin angemeldet war oder nicht. Der Kasse, nicht der Arbeiterin gegenüber haften der Unternehmer. — **H. W. 4.** 1. Ja. 2. Leider nein. — **H. R. 13.** Die gewöhnliche Deckung ist zulässig. Die Pfändung wird in etwa 14 Tagen nach Ablauf der Frist vorgenommen. Sagen Sie doch dem Portier Bescheid. — **H. S. 100.** 1 bis 3 Ja. — **H. S. 18.** **G. R. 19.** **Armenrecht 500:** Ja. — **G. W. 18.** 1. Erben sind der Blüher und das Kind. Das Kind erst 1/2, der Blüher 1/2, des Nachlasses. Soweit erkrankt, ist Ihre Frage eine Doktorfrage, da Nachlass nicht vorhanden ist. In die Ehe vor 1900 in der Mark geschlossen, so müßte der Blüher innerhalb 6 Wochen nach dem Tode in einer notariell oder gerichtl. beglaubigten Erklärung dem Nachlassgericht mitteilen, daß er nicht nach männlichem Recht, sondern nach dem des Bürgerlichen Gesetzbuchs erben will. 2. Der Blüher müßte sich zum Vormund bestellen lassen oder das Kind adoptieren. — **W. S. 1.** Sind Sie Mitglied einer G. m. H. und beträgt Ihr Anteil 200 M., so haften Sie mit diesem Anteil und nochmals mit 200 M. — **W. G., Köp.** Nach früherer Ansicht des Kammergerichts etwa 15 Minuten, falls diese Zeit zum Austritt erforderlich ist. Nach strengerer, offenbar falscher Ansicht des Kammergerichts ist eine Frist nicht zulässig. — **Eisenacherstr.** Ergibt sich aus Ihrem Vertrag, wie in und um Berlin üblich, nicht das Gegenteil, so hat der Vrit von Dritten eingeschlagene Gehälter zu ersetzen. — **H. G. 6.** Die Geschenke, die der mit Ihnen nicht verlobt gewesene Mann Ihnen gemacht hat, bleiben Ihr Eigentum. — **Gustav Schlag.** 1. Rein. 2. Ein Recht auf Abzahlung öffentlicher Vergütungen steht Ihnen leider nicht zu. Möglicherweise hat eine Beschwerde an den Landrat Erfolg. Die günstigen Aussichten sind aber gering. — **H. 100.** 1. Falls das Mädchen vor Ablauf des Jahres (also wenn es am 1. April zugezogen ist, vor dem 1. April) den Dienst verläßt, ja. 2. Soweit solche bei der Rückforderung noch vorhanden sind: ja. — **W. S. G.** Die Behauptung des Kassenmeisters, daß Sie oder Ihre Herrin sich strafbar machen, wenn Sie und nicht er die Kassenarbeiten ausführen, ist höchst und völlig unrichtig. — **Hohmeisterstr. 18.** Strafloslich verfolgbare und mit Geldstrafe bis 200 M. oder mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten bedroht ist eine Person, die einen verschlossenen Brief nachsah und unzulässig öffnete. Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft tritt nur auf Antrag ein. Daraus allein, daß ein Brief schlecht zugestellt ist, folgt keineswegs, daß er unbesugt eröffnet ist. — **J. S. 8.** Die Sparkassenverwaltung kann Legitimation verlangen. Sie können die Fesseln vorzeigen oder gemeinsam mit dem Bedienten das Geld erheben oder schon jetzt von der Fesseln die Verwaltung in Kenntnis setzen lassen. — **G. W. 120.** Ja. Sie würden aber mit Erfolg verweigert werden, weil Ihre zweite Frage in bejahendem Sinn zu beantworten ist. — **G. R. 22.** Die gesetzliche Frist sechs Wochen zum Quartalsberichten ist einzuhalten, falls nichts anderes vereinbart ist. — **Friedrich.** Fordern Sie den Vrit auf, die lästigen, lässigen, unzulässigen Witwenrenten innerhalb einer von Ihnen zu legenden angemessenen Frist zu entfernen, drohen Sie dem Vrit an, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist auf seine Kosten die Wachen einsetzen lassen würden und führen Sie Ihre Drohung dann dadurch aus, daß Sie die Eindringlinge durch einen Kammerjäger entfernen lassen und die Kosten einlagen. — **T. M., Dresdenerstraße.** 1. Ja. 2. Rein. — **G. R. 100.** 1. Ja. 2. Solche Fülle können allerdings vor. — **H. W. 23.** 1. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts ja. 2. Es müßte aus dem Statut hervorgehen, für welche Unkosten die einzelnen haben sollen und wem gegenüber. — **G. S. 3.** Eine Frist für eine Entscheidung auf einen Rentenanspruch gibt es nicht. Entgegen die sich im Bureau, welche Hindernisse der Beamtentung im Wege stehen. Es vergehen drei Monate bis zum ersten Bescheid; die Behörde hat eventuell zeitraubende Recherchen anzustellen. — **H. W. 100.** 1. Welches ist möglich. 2. Der Armenverband. 3. Ja, jedoch nur nach Maßgabe seiner Familienverpflichtungen und seines Vermögens. 4. Rein. 5. Ja. — **9999.** Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 10. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhäuser. Der Roland von Berlin.
Neues königl. Cyren-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Faust. I. Teil. Anfang 7 Uhr.
Berliner. Der Zwist der Verliebten.
George Dandin.
Leßing. Traummusik.
Wespen. Die neugierigen Frauen.
General. Die Zuchtzeit.
National. Jibello.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometerstreifer.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Die Großstadtluft.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Fuhrmann Henschel.
Kleines. Nachlass.
Reichens. Hotel Compagnon.
Uffspielhaus. Der Kamillentag.
Trianon. Die glückliche Wäckerin.
(Horsouise).
Deutsch-Amerikanisches. Rev. Port.
Laffen. Dorf und Stadt.
Kassino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Welle. Alliance. Lumpenbaggelbund.
Carl Weiß. Geld und Rame.
Dyppo. Berliner Luft. Kadetten
Koll-Ärend. Spezialitäten.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Anf. 5 Uhr.
Herrnhof-Theater. Feing Leb in
Wald.
Palast. Der Hüttenbesitzer. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im
Bannkreis der Jungfrau.
Im Hofsaal abends 8 Uhr: Prof.
Dr. v. Unruh: Stahl und Eisen.
Jubaildenstraße 57/52. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh:
Eisen und Stahl.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/52.

P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Wedsted, das finn-
ländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 30 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Wahl von Franz Sehar.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend 4 Uhr: Ohamelochin.
Sonntag 3 Uhr: Der Bettelstudent.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Dorf und Stadt.
Sonnabend: Gastspiel des Theaters
des Westens: Don Juan.
Sonntag, nachmittags: Hamlet.
Abends: Dorf und Stadt.
Montag: Doppelentzwei Erden.

Apollo-Theater.
Heute Freitag, den 10. Februar:
Entscheidungslauf
über den 10 Km.-Rekord zwischen
Robl und Arend
um den Extrapreis von 1000 M.
Dazu:
Berliner Luft von Paul Lincke
und die Februar-Altkalender.

Kasino-Theater
Solbrigstraße 37 (Rosenfelder Tor)
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2-8 Konzert.
Heirat
auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Verleitung.

Etablissement Buggenhagen
Kortplatz.
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest
KONZERT.
Der dumme Paj u. der kluge Gans.
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserjanz:
Tanz.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Im Hafen.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Pension Schöller.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Freitag, den 10. Februar,
abends präzis 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung!
Zum 50. Male:
Mit unübertroffenen Erfolge:
Der Schlager der Saison!
Hirta 400 Mitwirkende! 2 Musikkorps!
Die große Schumannsche Musikausstellung.
Pantomime

Eine Nordlandreise.
Im Strafe der Witternachtsfenne.
Komisch-phantastische Pantomime in
8 Akten. Entworfen und mit macher-
haft schöner Pracht inszeniert vom
Dir. Alb. Schumann. Feinhalte, hier
noch nie gesehene Gfelle!
Vorher: Großartiges Gala-Parforce-
Programm und
Neu! Der Heldentenor zu Pferde,
Der Bernhardiner Hund als
Kunstreiter!

Real Clown Stoff mit sein dreifertigen
Tieren. Ferner: Samli. Spezialitäten
u. Direktor Albert Schumanns neueste
Monstra-Dressuren.
Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei): **Maroffo.** Abends
7 1/2 Uhr: **Eine Nordlandreise.**

Metropol-Theater
Zum 99. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgosse mit Gesang
und Tanz in 5 Bildern von
Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid. Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Balllet).
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches
Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Zum Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
81. New-York
Male:
Sonntag nachm. 8 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Geizige.
Hieraus: **Der Hexenfang.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwan! in 3 Akten v. Anthoni Ward
u. Leon Jancof. Deutsch v. R. Schöman.
Sonntag, 12. Februar, nachmittags
3 Uhr: **Der seltsame Toupinel.**

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Vorstellung 5. Sonntag 3 Uhr.
Lucia Krall,
die berühmte Gesangs-künstlerin.
Smeralda und Senitza,
akrobatische Tänzerinnen. Ueber-
treffen alles, was bisher in diesem
Genre auf irgend einer Berliner
Varietébühne gesehen wurde.
Jacques Brona, Tanzhumorist.
14 erstklassige Nummern.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das erste Gebot.**

Skala-Theater.
Hutenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: **Verzweifeln.**
Poffe mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Bahstraße 53.
Die Gastspielvorstellungen finden in
folgenden Abstellungen statt:
Bernhard Rose-Theater.
Stadt-Theater Manbit.
Fräulein Allert-Theater.
Neue Welt.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.

Gebrüder Herrnhof-Theater.
Der
Herrnhof-Schlager
mit seinen köstlich
bejadelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan! in 3 Akten mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnhof.
Präsidial, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnhof.
Anf. 8 Uhr. Billettvorverk. 11-2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Geld und Name.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung. Hänsel und Gretel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parkett
60 Pf.) s. lehtemal: **Senta Wolfsburg.**

W. Noack's Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Zum lehtemal:
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sonnabend: Keine Vorstellung.

Palast-Theater
Burgstr. 22. früher Keen-Palast.
Bis-abends 8 Uhr. 2 Uhr v. Bsp. Bsp. v. Bsp.
Heute:
Große Elite-Vorstellung.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten v. George Dinet.
Chairo... Milly Wichmann a. G.
Anfang 8 Uhr. Vorher: **Konzert.**
Kleine Preise!
Morgen: Das grandiose Februar-
Programm. 9 1/2 Uhr: **Wie man**
Weiber fesselt.
Die Vorstellungen finden trotz der
Ausstellung allabendlich statt!
Vorzeiger dieser Annonce zahlen
wochentags die halben Kassenspreise!

Sanssouci.
Kollbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmann's
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.

WINTERGARTEN.
Anfang 8 Uhr

SAHARET
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.

Reichshallen.
Täglich:
Steffner Sänger
Auf Hochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Billette an den
nummern. Wägen
sind freis. Tage
vorher zu haben

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen
Hören
Staunen
und weiter empfehlen.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Sonnabend, den 11. Februar 1905:
Maskenball
des
Rauchklubs „Borussia“.

Otto Fritzkows
Abnormitäten - Ausstellung
Münzstraße 18.
Täglich Vorstellung.
Die **Riesin Hona**, 485 Pf. schwer,
die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Zirkus Busch.

Grosser Sports-Abend.
Fortsetzung der Grossen Internationalen Ringkampf-Konkurrenz.

M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Weges.
Camer de Bouillon (Belgien) gegen S. Kiechhöfer (Berlin)
Jean Debruidt (Belgien) - W. Sandorff (Ungarn)
Georg Burghardt (Österreich) - Josef Lubbitz (Böhmen)
Fritz Schilling (Berlin) - J. van Dem (Holland)
(Beginn der Kämpfe gegen 8^{1/2} Uhr.)
Seitens der Berliner Amateure Herren Max Schneider, Georg Kitzmann, Hermann Gensch, Albert Hein, welche jetzt in Kopenhagen sämtliche Preise in der Konkurrenz mit den ersten dänischen Athletenclubs errungen haben, sind

Herausforderungen an die Ringer des Zirkus Busch ergangen, welche von heute ab mit zum Austrag kommen.

Insbesondere mit noch nie dagewesenen Erfolge die große Ausfallungs-Feierle **Katharina II.**
Herr Burkhardt-Pootitz, Schulritzer. Persönliches Auftreten des Direktors Busch, „Chips“, engl. Vollblut, Sprung von edler Erde über 8 Pferde
Geogram-Nummern.

Voranzeige.
Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Fest-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Comitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika zugeführt wird.
Billetts sind schon jetzt an der Kassenkasse sowie im Invalidendank und bei H. Berkheim zu haben. — Preise der Plätze: Logenplatz M. 20.—, Parquet M. 10.—, Balkon M. 8.—, I. Platz M. 3.—, II. Platz M. 2.—. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges

Gebrüder Rauh & GRÄFRATH bei Solingen.

Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage zur Probe!** Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.

Nr. 1600. Hochfeine, kräftige **Herren-Nickel-Uhrkette** ganze Länge 27 cm, unter Garantie stets weißbleibend, mit Glücksanhänger (Perlmutter mit Emaille-Kleeblatt), moderne Fassung, zum Preise von nur Mark **1.40** per Stück franko. Abbildung ca. 1/2 natürl. Größe.



NEUHEIT!
Katz- und Maus-Vexier-Börse „Fortuna“
Die Katze auf der Mausejagd.
Abbildung ca. 1/2 natürl. Größe.



2 Buchstaben in das Perlmutter des Anhängers eingestochen kosten 10 Pfennig.

Versand unter Nachnahme oder geg. Vorauszahlung d. Betrages.

Garantieschein: Nicht gefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst u. portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten illustrierten **Pracht-Katalog** über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie-, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren und viele andere Artikel in grösster Auswahl.
Bei größeren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.
Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

!! Ueber 5000 lobende Anerkennungs-schreiben !! bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.
So schreibt Herr Kraus: „Teile Ihnen unaufgefordert mit, daß ich mit der gelieferten Ware von Ihrer w. Firma sehr zufrieden bin. Dasselbe ist solid gearbeitet und übertrifft weit Erzeugnisse anderer Fabriken, was Ausführung und Preis betrifft.“ (gez.) Hugo Kraus.

Schutz-Marko 105/5°

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei, E. G. m. b. H.

Reinickendorf Ost, Wilke-Strasse 62,
empfiehlt ihr **garantiert reines Roggenbrot!**
Durch vollständige Neu-Einrichtung unseres Betriebes entspricht derselbe allen Anforderungen der Hygiene und können wir deshalb unsere Bäckerei als die sauberste Berlins bezeichnen.
In nächster Zeit gestalten wir gern jedermann die Befestigung unserer Räume.
Wir bitten genau auf unsere Schutzmarke zu achten, mit welcher jedes Brot versehen ist.
In allen Geschäften, welche unser Brot verkaufen, hängen unsere Plakate aus, auf welchen eben-falls die Schutzmarke ist.
Der Vorstand.

Raucht Vineta No. 8

beste 2 Pf.-Zigarette!

Leihhaus

Berlin, Anhalterstr. 2, Charlottenburg, Friedrich Karstl. 12.
Belohnung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 17782°

Sachsenheide **Neue Welt** Arnold Scholz 108-111.
Freitag, den 10. Februar 1905:
Großes bayrisches Bockbierfest
Der größte Trumpf der Bod-Station
Kongreß der Dickleibigen.

I. Preis: 75 Mark.
II. Preis: 50 Mark. 20392
III. Preis: 25 Mark.

Zur Konkurrenz sind zugelassen sämtliche **dickleibigen Herren** Groß-Berlins.
Die Teilnahme findet am 10 Uhr auf der Bühne statt.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Fellow Cigaretten 2-5 Pfg.

Zu haben: Fr. Fischer, N., Müllerstr. 162.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin).
Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied **Wilhelm Giese** plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof zu Friedrichsfelde statt.
Ihm rege Beteiligung ersucht
69/3 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Berlin u. Umgebend.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **Hermann Hempel** am 7. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.
Ihm rege Teilnahme bietet
254/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Aug. Rabe** am 8. d. M. gestorben ist.
Ihm seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Rummelsburg, Neue Bahnhofstraße 10 aus statt.
Rege Beteiligung erbetet
111/15 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß der Maurer **Heinrich Matthey** nach langen schweren Leiden im Alter von 59 Jahren am 8. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Lutherkirchhofs aus statt. 20542 **Die Hinterbliebenen.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am 8. Februar 1905 unser altes Mitglied **Heinrich Matthey** im Alter von 59 Jahren an Lungenschwindsucht verstorben ist.
Ihm seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle der Lutherstraße in Rankow aus statt.
Rege Beteiligung wünscht
136/11 **Die Verbandsleitung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Emilie Dacke** geb. Geiz nach langen Leiden im 80. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshof, Doppel-Kasse, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
20206 **Hermann Dacke.**

Dankjagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme sowie Kränkchen bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter **Luise Hartmann** sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Karl Hartmann, Ehegatte, nebst Sohn. 20116
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben unergeliebten Frau
Emilie Ewald sage allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.
20106 **F. Ewald,** Bollnestr. 66.

Dankjagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreicher Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters **Adolf Fröhlich** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
20196 **Witwe Fröhlich** und Sohn.
Dr. Simmel, Prinzen-Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Prima:
Gänsefleisch, gar, rein, a Pfd. 0.90 M.
do. 5 4.20
Pom. Gänsebrüste, ger. a 1.20
do. bei 5 Pfd. a 1.25
Stückenfleisch a 0.50
officiert 20126
Otto Ender, Dallwitzstr. 25.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1782L°

Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.
E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.°

Heute:
Frische Wurst
in bekannter tadelloser Qualität.
Lindenstr. 69, Hofpartier.
Rich. Augustin, Feinstes- und Wurstgeschäft, Sitzungszimmer. Tel. Amt IV, 8720.



Inventur-Extrapreis!
Eine Partie **grosse**
Divandecken
auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4.35 (Wert 6.75)
Buntpersische Divandecken **6.75** (Wert 10.50)
Echte Pilsch-Divandecken **23.50** (Wert 33.00)
Prunkdivandecken 25—30 Mk.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Nach auswärts per Nachnahme.
Berlin **Orantenstr. 158.**
Inventur-Extralistes gratis u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. und franco.

Ueberraschend
wirkt bei Husten, Heiserkeit, Hals-, Brust- u. Lungenleiden, Verschleimung, Nässe etc.
Knötterich-Brüthee.
Gibt nur mit Marke „Eremit“ in Paletten a 1.—, 3 Palet. 2.75 hier frei Haus. Bei 6 Paletten franko überall hier. Die Wirkung wird noch erhöht durch den gleichzeitigen Gebrauch von **Reichels Bonbon-Pectoral**
Seit Jahren erfolgreich verwendet!
1 Pfund 1.20, 1/2 Pfund 60 Pf.
Otto Reichel, Berlin, Orantenstr. 4.

Fellow Cigaretten 2-5 Pfg.

Zu haben: K. Roth, O., Friedrichsberg, Scharnweberstr. 45

Blutarme und Bleichsüchtige

kaufen das **Hämatogen** Flasche Mark 1.50, 5 Flaschen 7 Mark nur bei **19092°**
Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Oberstr. 46, Nizdorf, Hermannstr. 46.

Fellow Cigaretten 2-5 Pfg.

Zu haben: Fr. Fischer, N., Müllerstr. 162.

VI. Wahlkreis!

Sonntag, 12. Februar, abds. 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtdirektors Genossen H. Helmann über: „Das Proletariat und seine Bildungsmittel“. 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Achtung! **Achtung!**

6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Sonntag, den 12. Februar 1905, abends 5 1/2 Uhr, in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee 28:

Volksversammlung für Männer u. Frauen

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118.)

Sonntag, den 12. Februar 1905, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Wisse, Brunnenstraße Nr. 688:

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Abrechnung des Kassierers, sowie Bericht der Revisoren. 2. Ersatzwahl des Vorstandes: erster Kassierer, zweiter Vorsitzender, zwei Beisitzer und vier Ersatzmänner. 3. Wahl des Ausschusses und vier Ersatzmänner. 4. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Der Ausschuss.

H. A.: Heinrich Metzke.

H. A.: Otto Panzer.

NB. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. D. D.

Herrentragen, rein Lein. 4 f. beste Qualität. D. N. 3 u. 3.50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 D. N. 1,50 und 2,25. Serviteurs, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an. Kravatten, Handtücher, Hosenträger, Taschentücher, Strümpfe etc.

Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstraße 23.

Elegante Masken-Garderobe empfiehlt zu den feinsten Kreisen Fr. Panknin Oranienstr. 178, 2 Treppen rechts. Jede Abgabepflicht. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten. 1893*

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik Gustav Rühlig, Berlin, Brünnelstraße 46, versendet gegen Nachnahme gratis neue Bettfedern d. Pfd. 50 Pf. beste Goldwolle d. Pfd. 1,25, bessere Goldwolle d. Pfd. 1,75, vorzügliche Dunen d. Pfd. 2,85. — Aus diesen Dunen erzeugen 3 bis 4 Pfund zum gleichen Oberbett. Verpackung frei. Berlin u. Bremen gratis. Bitte Anfertigungskarte.

Stukkateure.

Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung: 1. Die Ueberstundenarbeit im Schauspielhaus und die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit. Referent Kollege Schneck. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Die Kollegen der Treppengeländer-Fabriken befinden sich im Streik.

Alle diejenigen, die zu den neuen Bedingungen auf den Bauten arbeiten, müssen im Besitz einer roten Berechtigungskarte sein. Wir ersuchen alle Bauarbeiter, hierauf zu achten.

Bade-Anstalten von H. Kalisch

Bad Königsdorf — Bad Landsberg
Gollnowstrasse 41 Landsbergerstr. 107
verabreichen
Dampf- und Russische, Elektrische, Lehtannin-,
Wannen- und alle medizinischen Bäder. ***
Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1942L*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:

Versammlung

der Treppengeländer-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen.
Die Kommission.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, finden in den nachbenannten Lokalen die bekannten

Bezirks-Sitzungen

| Bezirk | Platz | Restaurant |
|--------|---|------------|
| 1. | Blumenstr. 38. | Schulz. |
| 2. | Schönhauser Allee 135. | Ramlow. |
| 3. | Roabit, Weidenstr. 11. | |
| 4. | Rigdorf, Rosenstr. 24. | Prohl. |
| 5. | W. Bülowstr. 59. | Kumke. |
| 6. | Stalherstr. 59. | Klix. |
| 7. | Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3. | |
| 8. | N., Biesenstr. 29. | Tauschel. |

Sämtliche Verbandkollegen, die als Einsetzer beschäftigt sind, sowie auch die außerhalb wohnenden werden dringend ersucht, bezugsfreie Sitzungen zu besuchen, auch werden dieselben neue Mitglieder aufgenommen.

Desgl. werden die Kollegen auf das am 25. März im Gewerkschaftshause stattfindende Wintervergügen aufmerksam gemacht. Billets hierzu sind bei allen Kommissionsmitgliedern sowie auch am Sonntag in den Sitzungen zu haben.

Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 2):

Kommissions-Sitzung.

79/17 Der Obmann.

Sonntag, den 12. Februar 1905, nachm. 5 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

Bürsten- und Pinselmacher

im Lokale des Hrn. F. Bühler, Neue Königstr. 26 (Eing. Badgedstr.).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“
Referent: Genossin Fr. Ida Altmann.

Nachdem findet gemütl. Abendunterhaltung bestehend in Tanz, humoristischen und ernsten Vorträgen.
Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pf. Entree erhoben.
NB. Gäste sind freundlichst eingeladen.

Achtung! Vereine!

Eine künstlerische Saaldekoration, den „Marktplatz von Tokio“ darstellend, für große u. mittlere Säle passend, ist zu Kostümstücken an Vereine und Gesellschaften unter günstigen Bedingungen zu verleihen.
Verein Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer. Adr.: Fr. Siewert, Lehmannstr. 5.

Skrofulöse u. Lungenkranke

lösen beim Beginn der kalten Jahreszeit nicht versummen, eine Lebertran-Kur zu machen. 17762*

Echt Bergener Lebertran

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden Epigwegerichs-Bonbons. Höher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei
Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Überdstraße 46 und Rixdorf, Hermannstraße 46.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Mitglied des Bundes „Solidarität“.

Tour am Sonntag, den 12. Febr., nachmittags 2 Uhr, nach Pötschen (Trossi, Schiffschiffkanal). Start: Vintaplatz.

Sonntag, d. 12. d. M.: Familienfränzchen der 6. Wkt. in Wernauß Park, Schmederstr. 23. Blatt 39 Pf.

Sonntag, d. 12. d. M., nachmittags von 4 Uhr ab: Winterfest der 9. Wkt. im Zwinnmünder Gesellschaftshaus, Zwinnmünderstr. 42. Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Fahr- wartung bei Wisse, Brunnenstraße 188. Sämtliche Fahrwege sind hierzu eingeladen. 11/12

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Kette“, Tegel.

(Mitgl. d. Verb. Radf.-B. Solidarität)

Sonabend, den 18. Februar: Großer Wiener Maskenball

in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1.

mögen die Bundesgenossen freundlichst eingeladen werden. 20025 Der Vorstand.

Maxim Gorki,

der Dichter des „Nachtschl.“ wurde während der letzten Unruhen in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher in unsern Lesern die Werke Gorkis in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundlichen Beachtung.

Maxim Gorki:

- Rain und Artem . . . 60 Pf.
- Im Nihil für Otdachloje . . . 60
- Warenka Olessowa . . . brosch. 1 Bl.
- (Ein mildes Mädchen) geb. 2
- Das Opfer der Vergangenheit . . . 1
- Ein Individualist . . . 1
- Ein sonderbarer Leser . . . 1
- Tscholoksch Bolosy (Nied vom Falken) . . . 1
- Gesunkene Leute . . . brosch. 1
- geb. 2
- Der Bogaband . . . brosch. 1
- geb. 2
- Das Ehepaar Crlow brosch. 1
- geb. 2
- Der rote Waska . . . brosch. 1
- geb. 2
- Piaue Funken . . . brosch. 1
- geb. 2
- Die Geschäfte eines Vätergeistes . . . brosch. 1
- geb. 2
- Desgl. 2
- Das Nachtschl. brosch. 2
- geb. 3

Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, daß 10 eben der neue Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckt
Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalaußenverkauf verfallener Pfandstücke. Sportbilligster freihändiger Pfandverkauf verschiedener Verkaufsmarken. Interessenten! Niemand verschmähe diese vorteilhafte Gelegenheit wahrzunehmen: Betten, Bettwäsche, Bettkissen, Aussteuerstücke, Gardinen, Stores, Vorhänge, Teppiche, Decken, Tischdecken, Schloßdecken, Herrenhosen, Damenhosen, Damenkleider, Herrenkleider, Einsegnungsgewand, Schmuckstücke, allerlei Garderoben. Zentral-Handelshaus, Seidenweg neuzeitlich. 144*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10.00, wer Teilzahlung Rahmmaschine kauft oder nachweist. Woche 1.00. Alle Systeme. Bitte Postkarte. Borchert, Borchertstr. 50.

Rahmmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1.00, Ringelstich, Bobbin, Adlerstich, Schneidstich, Schneidstich, Umlänge, Brunnenstraße 60. Postkarte. 1100*

Rahmmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1.00, Frankfurter Allee 10 am Ringelstich, Adlerstich, Borchert, Borchertstr. 50. Postkarte. 1100*

Rahmmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bestmann, Gollnowstraße 20. 225L*

Reichhaltige Tischdecken in Filz, 1,85, Viktorialack 2,35, echt Filz 5,85. Inventur-Räumungspreise. Teppichhaus Emil Leßdore, Oranienstraße 158.

Tüllbettedecken. Erstklassig, reichgestickt 5,35, Engländer 2,45. Inventur-Räumungspreise. Teppichhaus Emil Leßdore, Oranienstraße 158.

Teppichhaus Leßdore, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 289L*

Gardinen, Stores, Tüllbettedecken, Inventurpreise. Reste enorm billig. Gardinen - Verkaufshaus Kranenstraße 30, Dönhofsplatz. 1786B*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhofstraße. 142/12*

Teppichdecken, Kundenkauf wegen Umzug, Adolf, Weinstraße 20. 1497*

Federbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer Möbel Aufgabebalder billig Dresdenstraße 38, vorn II links.*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelassene und verbleiben gewogene Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Wert 27,00, Ausziehtisch 16, Tischstühle mit Federmatratze und Stühlen 20, Tischstühle 50, Paucel-sola 70, Waschtische 20, Kleiderständer 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 757*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 201L*

Pianos, gebrauchte, verkauft billig Schilm, Aussteuerstraße 51. 114*

Teppiche mit Gardinen, Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, part. 137*

Teppichdecken billig! Robert Große Frankfurterstraße 9, part. 137*

Ringelstich, Bobbin, Schneidstich, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00. Vollst. genügt. Köpferstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 50/50.

Grünramm und Kuchenschiff, gut, billig, zu verkaufen. Rigdorf, Thüringerstraße 41. 2002B*

Kandlöhner! Neue Landhauskolonien, 2 1/2 Meilen vom Zentrum Berlin, genehmigter Bebauungsplan, Einbauplan fünfzig Pfennige, verkauft Schulz, Rigdorf, Renauststraße 12/13.

Vandparzellen (Baustellen) Bahnhofsstraße Oranien! Hochgelegene Wiesen und Wald. Billigste Preise! Große Zukunft! Näheres bei Michaelstraße 18. 1922B*

Heberleber, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Rühlens, Rosenbaderstraße 15, III. 81/14*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1.00, Ringelstich, Bobbin, Adlerstich, Schneidstich, Umlänge, Brunnenstraße 60. Postkarte. 1100*

Singermaschinen, gute Beistelle, billig, Langestraße 25, vorn III, Höhe. 2002B*

Neueste Serienpostkarten, Schläger, Handelsneubild, Engroslager, Gollnowstraße 22. 2002B*

Verkauf sofort zwei Kleider-schränke, Vertiko, Bettstellen, Büch-sen, Ausziehtisch, Stühle, Säulen-truhen, Spiegelständer, Spiegel, Waschtische, Schreibtisch, Bilder, Regulator, 2 St. Betten, Kleider-sachen, Garderobe, Postkarte. 75/12

Zastlerverkauft. Ein 35 Jahre altes Zastlergeschäft mit guter Kunden-schaft im Vorort Berlin ist für Zuzug-zweck sofort zu verkaufen (Laden). Offerten unter „Kauf“, Postlagernd Friedrichshagen. 2022B

Küchenständer, gut erhalten, billig, Rigdorf, Rosenbaderstraße 83, vorn III.

Pfandleihe Rühlensplatz 7 verkauft postbillig Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Wäsche, Steppdecken, Betten, Wanduhren, Taschentücher, Ketten etc.

Herrenanzüge, Hosen postbillig Pfandleihe Rühlensplatz 7. 3079*

Verschiedenes.

Adenid. Die Beileidigung, die ich gegen Herrn Wilhelm Schornrad ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. Wilhelm Bödgen. 1977B*

Potentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Rixdorf. Rat in Patent-sachen. 1970B*

Wahr wohnt Brunnenstraße 116.

Uhren repariert Wilhelm Hade, Rixdorfstraße 20. 1135*

Knopfherstellung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch anheim Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 202L*

Pfandleihe, Ringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 301L*

Platinabill kauft Juwelier, Lindenstraße 103. 1967B*

Teilzahlung. Anfertigung eigener Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 808L*

Ich will möglichen eine englische für eine deutsche Zeitung senden. George M. Newton, 17 Young Street, Edinburgh. 2021B

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Grabenreinigung erhält gewissenhafte Ausbildung Charlottenstraße 32a, H. Lips. 1965*

Tischlerlehrling verlangt G. Hoffmann, Tischlermeister, Berlin W. 30, Gleditschstraße 14. 1115*

Tüchtiger Dampfhammer Schmied gesucht. Kutschenfabrik, Pantow, Schulzestraße. K

Tüchtige Hülfsleger werden verlangt. Warmbold u. Rasse, Unterstr. 8. 2013B

Lehrburschen für den ganzen Tag verlangt Wilhelm Gultmann, Dresdenstraße 75. 2018B

Mädchen sucht Porzellammaler, 9,50, Stromstraße 4. 199B

Streichen - Steppern, Hand-arbeiterin verlangt Handt., Mantelstraße 32 II. 114

Arbeiter, Bäcker, 44 Jahre, sucht Witwe oder älteres Fräulein für Hausb. Wasserstraße 18, Ahner.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Tüchtige **Verzilberer** finden dauernde Beschäftigung. **A. Rechtenbach, Stendal.**

Autoväger,

tüchtig, sucht Dandouin, Ritterstr. 20.

Rahmennmacher!

Die Firma Gost u. Co., Kurfürstenstraße 116, ist für Rahmennacher, Tischler, Polierer, Glaser, Bergelder und Zuschneider wegen Differenzen geplatzt.

77/14 Die Erbsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**

Musikinstrumenten-Arbeiter, **Tischler u. Polierer!**

An der Pianofabrik von Rösner befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt.

Die Jehnerkommission.

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembickl, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik.

18/16

Zuzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Glaser!

Achtung, Glaser!
Achtung, Bauhandwerker!
Wegen Tarifdifferenzen (Umgebung d. paritätischen Arbeitsnachweises) ist die Firma Schmerler & Co. (Inhaber Daniel Glaser), Schützenstraße 72/73 und Spichernstraße 4, für Glaser gesperrt.

73/1 Die Erbsverwaltung.